

Landesinfo Baden-Württemberg



Am 6. Dezember, haben sich etwa 6000 Menschen an einer Demonstration in Stuttgart beteiligt, die sich gegen die Verschärfung des Versammlungsgesetzes in Baden-Württemberg wandte. Die FDP deutet an, dass sie vielleicht auf die Rücknahme der einen oder anderen Regelung des Innenministers bestehen wird. Weitere Proteste sind nötig, damit das Vorhaben insgesamt fällt. Foto: Roland Hägele

Demonstration am 28.3.

„Wir zahlen nicht für Eure Krise“

S. 3

Rastatt

60 Jahre Menschenrechte

S. 11

Unterschreiben!

Volksbegehren Landkreise

Seite 15

Kehl / Strasbourg

Nein zu Krieg, nein zur Nato

Seite 8

Die LINKE vor Ort

Mannheim bis Ravensburg

Seite 14

Liste Bundestagswahl 2009

Bewerberinnen und Bewerber stellen sich vor

S. 20

Inhalt

■■■ Frankfurter Erklärung: Gerechtigkeit durchsetzen	4
■■■ Der Krieg im Gaza: Waffenstillstand jetzt!	6
■■■ Ostermarsch: Aufruf nach Kehl	8
■■■ Aus den Landesarbeitsgemeinschaften	9
■■■ Rastatt: Veranstaltung 60 Jahre Allgemeine Menschenrechte	11
■■■ Region Stuttgart: Wahlprogramm verabschiedet	12
■■■ Stuttgart: Mehr Rechte für Stadtratsmitglieder	13
■■■ Freiburg: Kulturstadt muss auch soziale Stadt sein	14
■■■ Unterschriftensammlung für Volksbegehren gestartet	14
■■■ Auf der Tagesordnung des Mannheimer Gemeinderats	19
■■■ 25 Bewerberinnen und Bewerber für die Landesliste zur Bundestagswahl 2009 stellen sich vor	20
■■■ Veranstaltungen, Termine	32

Aktionen unterstützen, Wahlen vorbereiten!

Liebe Genossinnen und Genossen, in diesem Landesinfo stellen sich Bewerberinnen für die Landesliste zum Deutschen Bundestag der Mitgliedschaft vor. Am 31. Januar wird in Stuttgart gewählt. Wir haben als Landesvorstand im letzten Info dazu Kriterien für die Kandidatinnen und Kandidaten veröffentlicht. Im Vordergrund stehen für uns: politische und soziale Qualifikation, gutes öffentliches Auftreten, Geschlechterquotierung, regionale Verteilung, Abbildung der Vielfalt unserer politischen Arbeit im Land. Wir hoffen, dass die Personaldebatte dazu fair geführt wird, denn wir wollen nach dieser Wahlentscheidung gemeinsam für einen Erfolg dieser Liste kämpfen. Sechs Bundestagsabgeordnete aus Baden-Württemberg sind unser hochgestecktes Ziel. Wir haben kein leichtes Jahr vor uns. 2009 beginnt mit einer tiefgreifenden Finanz- und Wirtschaftskrise. Die Einbrüche bei der Automobilindustrie und ihren Zulieferern schlagen im exportorientierten Baden-Württemberg voll durch. DIE LINKE hat ein Sofortprogramm gegen die Krise. Bundesausschuss und Bundestagsfraktion haben dazu Beschlüsse gefasst.

DIE LINKE mobilisiert zu den Demonstrationen am 28. März in Frankfurt und Berlin.

In den Parlamenten und auf der Straße setzen wir uns dafür ein, dass die Profiteure der bisherigen Umverteilung von Unten nach Oben nicht auch noch an den Folgen der Krise verdienen. Wir wehren uns dagegen, dass die Beschäftigten, die Erwerbslosen, die Niedrigverdiener die Zeche für diese Krise bezahlen müssen. Wir bekämpfen weiter die unsoziale Agenda 2010 und wir fordern ein Konjunkturprogramm, das die soziale Ungleichheit im Land verringert und nicht noch verschärft. Initiativen und Aktivitäten der Kreisverbände vor Ort sind jetzt entscheidend. Die große Herausforderung für den Landesverband heißt in den nächsten Wochen: Kommunalwahl. Schaffen wir in allen großen Städten die Listenaufstellungen und am 7. Juni den Einzug in die Rathäuser. Alle Mitglieder sind aufgerufen, bei dieser Kraftanstrengung zu helfen. In einigen Kreisverbänden braucht es noch einen Pusch, um die Kandidatur zu ermöglichen. Bitte meldet Euch, wo Unterstützung gebraucht wird. Bis Anfang April müssen die Listen in den Kommunen und Kreisen aufgestellt und die Unterschriften eingereicht sein.

Auch das Thema Krieg wird uns im neuen Jahr weiter beschäftigen, Krieg in Afghanistan und jetzt in Palästina. Das Engagement der Friedensbewegung ist notwendig. DIE LINKE bleibt konsequente Antikriegspartei. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem wirksamen Waffenstillstand in Nahost, eine Forderung, die wir sowohl an die israelische Regierung als auch an Hamas stellen. Wir fordern weiter den Rückzug der Bundeswehr aus Afghanistan und wir unterstützen die Aktionen gegen den Nato-Gipfel im April in Strasbourg. Allen Mitgliedern wünschen wir im neuen Jahr Gesundheit und viel Erfolg für unsere gemeinsamen politischen Ziele.

Geschäftsführender Landesvorstand

Christoph Cornides, Dorothee Diehm, Bernd Riexinger, Sabine Rösch-Dammenmiller, Sybille Stamm, Bernhard Strasdeit

Das nächste Landesinfo erscheint im März.

Redaktionsschluss für das Landesinfo 2/2009 ist der 3. März 2009.

Wir freuen uns über jeden eingesandten Artikel, bitten aber darum, diese nicht länger werden zu lassen als ca. 5000 Zeichen. Fotos und Karikaturen sind sehr willkommen. Einsendungen bitte an die Landesgeschäftsstelle der LINKEN.

Beilagenhinweis: Faltblatt zur Kommunalwahl der LINKEN Baden-Württemberg.

Bezug

Das Landesinfo ist das Informationsorgan der Partei DIE LINKE. Baden-Württemberg. Es erscheint fünfmal im Jahr. Der Bezug des Landesinfo ist im Mitgliedsbeitrag enthalten.

Impressum

Herausgeber und Verlag:

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon: 0711-241045, Fax: 0711-241046, Webseite: www.die-linke-bw.de, E-mail: info@die-linke-bw.de

Redaktion

Ute Gsöls-Puhl, Barbara Hoffmann, Alfred Küstler, Dirk Spöri, Bernhard Strasdeit (verantw.), Lars Stern und Matthias Paykowski. Für Antragsmaterialien, Mitteilungen, Protokolle und Adressen ist der Landesvorstand verantwortlich. Inhaltliche Beiträge, LeserInnenbriefe, Stellungnahmen usw. sind herzlich willkommen. Ein Anspruch auf Veröffentlichung besteht nicht.

Herstellung und Druck

GNN-Verlag Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

LandesvertreterInnen- versammlung am 31. Januar

Wahlversammlung zur Wahl der Landesliste Baden-Württemberg der Partei DIE LINKE zum Deutschen Bundestag. Samstag, 31.1.2009, Einlass: 9 Uhr; Beginn: 10 Uhr, Ort: Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Str. 20. Schriftliche Bewerbungen für die Landesliste, die bis zum 15.1. im Landesbüro vorlagen, sind in dieser Ausgabe des Landesinfos abgedruckt.

Fortsetzung des Landesparteitages am 1. Februar

Entsprechend Vertagungsbeschluss vom 6.12.2008 wird der Landesparteitag fortgesetzt am Sonntag, 1. Februar 2009; Einlass 9 Uhr, Beginn: 9.30 Uhr Ort: Stuttgart, DGB-Haus, Willi-Bleicher-Straße 20. Der Landesparteitag wird am 1.2.2009 die Wahlen zum Landesvorstand und Nachwahl Bundesausschuss fortsetzen und die begonnene Antragsberatung zu Ende führen.

Wahlen zum Landesvorstand

Am 6.12. 2008 wählte der Landesparteitag einen geschäftsführenden Landesvorstand sowie 5 weibliche Landesvorstandsmitglieder. Zu wählen sind noch 1 weibliches Vorstandsmitglied sowie 6 Vorstandsmitglieder auf gemischter Liste.

Bisherige Wahlergebnisse laut Wahlprotokoll:

Geschäftsführender Landesvorstand / Wahl Landesschatzmeister: Christoph Cornides: 163 von 184 abgegebenen bzw. 175 gültigen Stimmzetteln;

Frauenwahlgang GLV: Dorothee Diehm (137), Sybille Stamm (133), Sabine Rösch-Dammenmiller (120), Anne Rahlfs (62, nicht gewählt) – bei jeweils 184 abgegebenen Stimmzetteln.

Gemischter Wahlgang GLV: Bernd Riexinger (150), Bernhard Strasdeit (146) bei 173 abgegebenen Stimmzetteln.

Vorstandswahl, Wahlgang Frauen: abgegebene Stimmzettel: 170; Gewählt: Annette Groth (137); Marta Aparicio (136); Susanne Kempf (125); Silvia Ofori (125); Sabine Zürn (124). Nicht gewählt: Anne Rahlfs (78).

Die Vorstandswahlen werden am 1.2.2009 fortgesetzt.

„Wir zahlen nicht für eure Krise“

– Demonstrationen am 28. März in Frankfurt und Berlin

Die Weltfinanzkrise ist längst in eine Weltwirtschaftskrise übergegangen. Bereits im Dezember sind die Arbeitslosenzahlen gestiegen, hunderttausende von Leiharbeiter/innen wurden nach Hause geschickt, Kurzarbeit wird in den nächsten Wochen zur Regel in vielen Industriebetrieben. Die Bundesregierung, die diese Krise gewaltig unterschätzt hat, trägt zur Talfahrt durch ihre zögerliche und auch sozial falsch bemessene Politik bei. Erneut soll die Masse der Bevölkerung die Krisenlasten bezahlen und nicht die Kapitalbesitzer und Vermögenden. Merkel lehnt zum Beispiel eine Reichensteuer kategorisch ab. Die Politik der Umverteilung von Unten nach Oben soll auch in der Krise fortgesetzt werden.

Wie schon bei der Agenda 2010 formiert sich der Protest gegen diese Politik von Unten. Am 6. Januar trafen sich auf Einladung von ver.di Stuttgart, attac und anderen Organisationen ca. 100 Vertreter zahlreicher Organisationen und Gruppen, darunter linke Gewerkschafter, Erwerbslosenverbände, linke und autonome Gruppen, Schüler/innen und Studenten/innen und auch Vertreter/innen unserer Partei in Frankfurt. Alle einte der Wille, ein Bündnis gegen die Abwälzung der Krisenlasten auf die Beschäftigten, Erwerbslosen, Renter/innen, Schüler und Studenten/innen zu verhindern und Gegenwehr zu organisieren.

Im Vorfeld des sog. Weltfinanzgipfels der G20 (die 20 größten Industrieländer), der am 2. April in London stattfindet wird das Bündnis zu 2 Großdemonstrationen in Frankfurt und Berlin aufrufen. Termin: Samstag 28. März. Diese Demonstrationen stehen nicht in Gegensatz zu der eine Woche später stattfindenden Demonstration gegen den Nato-Gipfel in Baden-Baden/Kehl. Vielmehr soll ein inhaltlicher Bogen zur Politik der Militarisierung geschlagen werden.

Beide Demonstrationen sollen der Beginn einer Welle von Protesten und Aktionen sein. Fast alle Teilnehmer/innen auf dem Bündnistreffen gehen davon aus, dass wir es mit einer tiefen und länger anhaltenden Krise zu tun haben. Die Durchhalteparolen und Beruhigungspillen von Merkel und Steinbrück sollen den Menschen Sand in die Augen streuen.

Die LINKE in Baden-Württemberg wird aktiv zur Demonstration nach Frankfurt mobilisieren. Damit folgen wir dem Beschluss unseres Leitantes, den wir auf dem letzten Landesparteitag am 6.12.08 in Leinfelden-Echterdingen

behandelt haben. Die LINKE wird die außerparlamentarischen Proteste tatkräftig unterstützen und in den Parlamenten ihre wesentlichen Forderungen zur Sprache bringen (siehe landesweites Flugblatt Seite 5).

Wir sehen heute, dass die von den LINKEN vorausgesagte größte Krise des Weltfinanzsystems, die durch die neoliberale Politik der letzten 20 Jahre erheblich mit verursacht wurde, nicht automatisch zur Stärkung linker Politik führt. Die Träger der neoliberalen Politik dienen sich dem Volke als diejenigen an, die die verheerenden Folgen dieser Politik bewältigen. Sie haben in der Vergangenheit auf die „Selbstheilungskräfte“ der freien Märkte gesetzt und verabschieden jetzt das größte staatliche Rettungsprogramm in der Nachkriegsgeschichte. Niemand darf sich jedoch täuschen lassen, wessen Interessen sie vertreten, und spätestens nach der Bundestagswahl werden wir die Rechnung präsentiert bekommen.



Deshalb müssen wir in dieser gewaltigen gesellschaftlichen Umbruchphase über die Krisenursachen aufklären, unsere Alternativen in die öffentliche Diskussion tragen und die Aktionen und Demonstrationen für unsere wichtigsten Forderungen unterstützen. Die wichtigste Forderung dabei ist, dass diejenigen, die von der Umverteilung der letzten 20 Jahre profitiert haben, bezahlen müssen und nicht die Masse der Bevölkerung. Die jetzt vom Bundesausschuss beschlossene Millionärssteuer ist ein wichtiger Bestandteil dieser Forderung.

Lasst uns dafür sorgen, dass die Demonstrationen in Berlin und in Frankfurt ein Erfolg werden.

Bernd Riexinger

Bundestagsfraktion DIE LINKE. / Frankfurter Erklärung

Gerechtigkeit durchsetzen – mit einem neuen Gesellschaftsvertrag für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Ökologie raus aus der Krise

Privatisierung und Demokratieabbau – der Weg in den Abgrund

Die Wirtschaftskrise bedroht Millionen Menschen mit Arbeitslosigkeit und Armut. An diesen Abgrund hat uns eine Politik geführt, nach der angeblich alles Private gut und alles Staatliche schlecht ist. Unternehmen in öffentlicher Hand wurden verkauft, Rechte für Beschäftigte, Arbeitslose und Rentnerinnen und Rentner abgebaut.

Mit der Privatisierung wird der Reichtum, den alle erwirtschaften, in die Hände weniger gegeben. Mit dem Abbau von Regeln und Rechten – Deregulierung genannt – wird die Demokratie ausgehöhlt.

Die Regierungen Schröder und Merkel haben mit der so genannten Liberalisierung des Kapitalverkehrs den Spekulanten das Casino namens Finanzmarkt gebaut. Und sie haben den Spekulanten das Geld zum Zocken verschafft: Steuern für Reiche und Konzerne wurden gesenkt, Löhne wurden mit Hartz unter Druck gesetzt, die gesetzliche Rente wurde weitgehend zerstört. Das hat den Unternehmen, Versicherungen und Mega-Reichen viel Geld in die Taschen gespült – für Spekulation, Paläste und Luxusjachten.

Das sind die Prinzipien des Neoliberalismus, denen CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP huldigen.

Auch in der Krise wechseln CDU/CSU und SPD ihre Politik nicht und gehen nicht an die Ursachen der Krise: Rettung maroder Banken ohne Gegenleistung, kein Verbot von spekulativen Geschäften, keine Verpflichtung der Banken auf die Kreditversorgung der Wirtschaft und kein wirksamer Schutzschirm für Beschäftigte.

Merkel und Steinmeier lassen zu, dass nach dem Finanzmarkt nun auch die Realwirtschaft zusammenbricht. Sie sind dabei, Sicherheit und Wohlstand für uns und unsere Kinder zu verspielen.

Wir brauchen deshalb eine neue Politik. Deutschland braucht einen neuen Gesellschaftsvertrag für soziale Gerechtigkeit, Demokratie und Ökologie.

Demokratisch und gerecht – der Weg in die Zukunft

Deutschland ist ein reiches Land und an diesem Reichtum sollen alle Menschen teilhaben. Dafür brauchen wir höhere Löhne, bessere Sozialleistungen, höhere Renten, gerechtere Steuern und die direkte Beteiligung der Belegschaften an größeren Unternehmen. Das sind auch die Grundlagen für Investitionen in eine

lebenswerte und umweltverträgliche Zukunft.

Wirklich demokratisch ist eine Gesellschaft erst, wenn auch die Wirtschaft nach demokratischen Spielregeln funktioniert. Deshalb brauchen wir eine erweiterte Mitbestimmung – im einzelnen Unternehmen ebenso wie in der Gesamtwirtschaft.

1. Banken vergesellschaften, Finanzmärkte regulieren

Die Versorgung der Wirtschaft mit Geld kann nicht der Willkür privater Banken überlassen werden. Sie liegt im öffentlichen Interesse und ist deshalb in öffentlicher Verantwortung zu regulieren.

Die Banken haben sich in den letzten Jahren immer mehr auf die Spekulation verlegt und damit das Finanzsystem ruiniert. Sie sind dabei, auch die Realwirtschaft zu zerstören: Der Geldverleih zwischen den Banken und die Kreditvergabe an Unternehmen stockt. Die Vergesellschaftung der Banken ist das Gebot der Stunde. Dazu gehört eine straffe staatliche Regulierung der Finanzgeschäfte ebenso wie die Übertragung von Eigentumsrechten an die öffentliche Hand (Kommunen, Länder, Bund) und Belegschaften sowie die Bildung von genossenschaftlichem Eigentum.

Um den Spekulanten dauerhaft das Handwerk zu legen, müssen Währungsspekulation unterbunden, Steueroasen geschlossen und strikte Regeln für einen sozial verträglichen internationalen Kapitalverkehr erlassen werden. Hedgefonds, Verbriefungen, Zweckgesellschaften und andere Spekulationsinstrumente müssen verboten werden.

2. Öffentliche Einrichtungen ausbauen, Privatisierung stoppen

Durch Privatisierung wird die öffentliche Daseinsvorsorge der demokratischen Kontrolle und Gestaltung entzogen und Gewinne werden privatisiert. Mehr und bessere öffentliche Einrichtungen bedeuten größere soziale Gerechtigkeit und stärkere demokratische Teilhabe. Deshalb muss der Börsengang der Bahn endgültig gestoppt werden. Die Stromnetze und Krankenhäuser gehören in öffentliche Hand.

3. Mitbestimmung und Beteiligung von Belegschaften durchsetzen

Unter dem Druck von Banken und Finanzinvestoren treffen Manager immer häufiger Entscheidungen, die allein den kurzfristigen Interessen der Anteilseigner dienen und damit die Interessen

der Beschäftigten und der Unternehmen an nachhaltiger Entwicklung ignorieren. Betriebsräte und Gewerkschaften stehen dem bisher weitgehend machtlos gegenüber, weil ihnen in Deutschland das Recht verwehrt wird, bei grundlegenden Unternehmensentscheidungen – Entlassungen, Unternehmensverkäufen, Ausgliederungen – wirklich mitzuzentscheiden. Deshalb müssen die Mitbestimmung ausgebaut und die Belegschaften bis 49 Prozent an größeren Unternehmen beteiligt werden, insbesondere dann, wenn diese Unternehmen staatliche Unterstützung erhalten. Für eine wahrhaft demokratische Gestaltung der Wirtschaft ist beides unverzichtbar.

4. Reichtum gerecht verteilen, Millionenvermögen besteuern

Die Steuern auf hohe Einkommen und Gewinne der Konzerne müssen steigen, die unteren Einkommen entlastet werden. Die Renten müssen angehoben werden. Das gilt bis zu seiner Überwindung ebenso für das Arbeitslosengeld II. Die Belegschaften sind am wirtschaftlichen Erfolg der Unternehmen direkt zu beteiligen. Zur Finanzierung der staatlichen Hilfsprogramme muss eine Millionärsabgabe von 5 Prozent auf Privatvermögen von über einer Million Euro erhoben werden. Das würde Einnahmen bis zu 80 Milliarden Euro ermöglichen.

So wird die Gesellschaft gerechter, erhält finanzielle Spielräume für Zukunftsinvestitionen, die Spekulation wird gebremst.

Die Banken und Versicherungen müssen ab sofort einen finanziellen Beitrag zu den Hilfsmaßnahmen erbringen. Leistet der Staat einer Bank oder Versicherung finanzielle Hilfe, muss er in gleichem Umfang Teilhaber werden und die Geschäftspolitik mitbestimmen.

5. Arbeitsplätze sichern, in die Zukunft investieren

Um die Wirtschaftskrise abzufedern und Arbeitsplätze zu sichern brauchen wir ein Programm für Investitionen in Bildung, Gesundheitswesen, Energiewende und Infrastruktur und zur Stärkung der Binnennachfrage in Höhe von mindestens 50 Milliarden Euro jährlich ab 2009. Darüber hinaus muss dauerhaft mehr Geld in soziale und ökologische Zukunftsprojekte investiert werden. Um Arbeitsplätze zu sichern und Arbeit gerecht zu verteilen, muss die gesetzliche Arbeitszeit drastisch gesenkt werden.

(Beschluss der Bundestagsfraktion DIE LINKE. am 13. Januar)

Reiche sollen bezahlen – nicht die „kleinen“ Leute

Die Wirtschaftskrise verschärft sich von Monat zu Monat. Es droht die schwerste Wirtschaftskrise seit Jahrzehnten. Über eine Million Arbeitsplätze sind in Gefahr, mehr als die Hälfte durch Firmenpleiten. Während viele Leiharbeiter/innen schon nach Hause geschickt wurden und häufig arbeitslos sind, machen immer mehr Beschäftigte Erfahrung mit Kurzarbeit oder Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich. Bei der Bankenrettung mit knapp 500 Milliarden Euro war die Regierung im Oktober 2008 schnell. Beim Rettungsschirm für Arbeitsplätze wurde aber wieder geknausert. Gerade einmal vier Milliarden Euro war dies Merkel und Steinbrück wert. Zu Beginn des Jahres 2009 wollen sie endlich ein Konjunkturprogramm von 20 bis 25 Milliarden Euro auflegen. Alles zu spät und auch viel zu klein dimensioniert. Merkel und Steinbrück verkennen den Ernst der Lage.

Unsere Enteignung – eine wesentliche Ursache der Krise

Die Wirtschaftskrise wird durch den Zusammenbruch der Finanzmärkte erheblich verschärft. Erstmals in der Nachkriegsgeschichte sind die Reallöhne im letzten Aufschwung nicht gestiegen. Viele Beschäftigte haben sogar weniger im Geldbeutel als 2003. Die Agenda 2010 hat viele Menschen gezwungen zu Hunger- und Niedriglöhnen zu arbeiten. Viele Erwerbslose wurden systematisch verarmt. Rentnerinnen und Rentnern wurden Rentenerhöhungen vorenthalten. Alles ein riesiger sozialpolitischer Skandal! Mit verheerenden wirtschaftspolitischen Folgen. Die Binnennachfrage wurde weiter geschrumpft. Und durch die Steuergeschenke an Reiche hat die Regierung immer neue „Sachzwänge“ geschaffen, um unsere Daseinsvorsorge zu verschlechtern und so ebenfalls die Binnennachfrage beschnitten.

Dagegen sind die Gewinne und Vermögen der Reichen in unvorstellbarem Ausmaß in die Höhe geschossen. In den letzten zehn Jahren sind die arbeitenden Menschen um eine Billion Euro enteignet worden. Einkassiert haben sie Reiche und Vermögende. 500 Milliarden zu Lasten der Löhne und 500 Milliarden durch Steuergeschenke des Staates. Große Teile dieser Gelder sind nicht in Anlagen oder gar Arbeitsplätzen investiert, sondern auf den internationalen Finanzmärkten angelegt worden. Renditeversprechungen von 15 bis 25 Prozent waren zu verlockend.

Die Zeche dieser Politik sollen die Beschäftigten, Renter/innen und Erwerbslosen bezahlen. Nach der Bundestagswahl droht die Agenda 2020; Sozialabbau in ungekannter Größenordnung. Dies droht, wenn wir nicht jetzt Gegenwehr organisieren!

Grundlegender Politikwechsel und organisierte Gegenwehr

DIE LINKE kämpft für einen grundlegenden Politikwechsel. Nicht nur im Parlament, sondern sie ruft dazu auf, diesen Kampf auch auf der Straße zu führen.

„Wir bezahlen nicht für Eure Krise“

– bundesweite Demonstrationen in Frankfurt und Berlin am 28. März 2009 – wir fahren mit.

DIE LINKE.

BADEN - WÜRTTEMBERG

Das sind unsere wichtigsten Eckpunkte zur Bekämpfung der Wirtschafts- und Finanzkrise:

- 1. Zukunftsinvestitionsprogramm** für soziale Dienste, Infrastruktur und den ökologischen Umbau. Hierfür sind jährlich 100 Milliarden Euro einzusetzen. Damit können zwei bis drei Millionen tariflich abgesicherte und sinnvolle Arbeitsplätze in Kinderbetreuung, Schule, Bildung und Wissenschaft, energetische Sanierung des privaten und öffentlichen Gebäudebestandes, Gesundheits- und Sozialwesen und Verkehr geschaffen werden.
 - **Keine Lohnsenkungen sondern Realloohnerhöhung:** Austrocknung des Hunger- und Niedriglohnsektors durch Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von 8 Euro mit schneller Erhöhung auf 10 Euro; Zurückdrängung und Beseitigung von Mini-Jobs, Befristungen und Leiharbeit.
 - **Die Hartz IV-Regelsätze sind anzuheben**, im ersten Schritt auf mindestens 435 Euro. Ziel der LINKEN bleibt weiterhin die Abschaffung von Hartz IV.
 - **Wiederherstellung der alten Rentenformel:** Kampf gegen Altersarmut. Nachzahlung vorenthaltener Rentenerhöhungen. Und es gilt: Die Rente mit 67 muss weg.
- 2. Profiteure zur Kasse – Millionärsteuer:** Umsetzung des steuerpolitischen Konzeptes mit Mehreinnahmen von 160 Milliarden Euro. D.h.: Einführung einer Millionärssteuer von 5 Prozent, deutliche Erhöhung der Unternehmensbesteuerung, Absenkung der Steuer für niedrige und mittlere Einkommen bei gleichzeitiger Erhöhung der Spitzensteuersatzes auf bis zu 60 %, Erhöhung der Erbschaftsteuer, Einführung einer Finanztransaktionssteuer und weiteres mehr.
- 3. Öffentliche Kontrolle über die Banken:** So wie die Sparkassen bereits heute in öffentlicher Kontrolle sind, muss dies für alle Banken gelten. Das Casino muss geschlossen werden! Das heißt unter anderem Verbot von Leerverkäufen, außerbilanziellen Zweckgesellschaften, Derivaten, Hedge-Fonds, Trockenlegung der Steueroasen, Kapitalverkehrskontrollen, usw.
- 4. Mehr Demokratie und politisches Streikrecht:** Es muss Schluss sein mit der blindwütigen Herrschaft, ja Anarchie der Finanzmärkte. Mehr Demokratie, Wirtschaftsdemokratie ist Voraussetzung für die Neugestaltung unserer Gesellschaft. Einführung des politischen Streikrechts wie in anderen europäischen Ländern. Wir dürfen jetzt nicht zuschauen, wie erneut Politik zu unseren Lasten betrieben wird. Wir wollen uns dagegen wehren, dass die Krisenlasten erneut auf die Masse der Bevölkerung abgewälzt werden. Deshalb wird DIE LINKE in und außerhalb des Parlaments für einen grundlegenden Politikwechsel kämpfen. DIE LINKE wird auch mit allen Kräften unterstützen, dass Gegenwehr auf der Straße und in den Betrieben organisiert wird.

Feuerpause für Gaza

DIE LINKE unterstützt die Forderungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, der Europäischen Union und der Arabischen Liga nach einer sofortigen Feuerpause. Dazu erklärt das Mitglied des Parteivorstandes Wolfgang Gehrcke: Gaza ist eine einzige humanitäre Katastrophe. Die zentrale Forderung der LINKEN an die israelische Regierung lautet: 48 Stunden Feuerpause. Ein Vertrag über Gewaltverzicht wäre die anzustrebende nächste Etappe. Alle Konfliktparteien, das schließt die Hamas ein, müssen einen verbindlichen, international garantierten Gewaltverzichtsvertrag abschließen. „Der Einmarsch Israels und die zivilen Opfer der Bombenangriffe sind eine willkommene Propaganda für islamistische Fanatiker. Der Krieg in Gaza gefährdet nicht nur die Menschen dort, er befördert weltweit eine antiisraelische und antiwestliche Stimmung sowie den Terrorismus“, warnt Hüseyin Aydin, Fraktion DIE LINKE.

Waffenstillstand jetzt

Gregor Gysi am 7. Januar in der Frankfurter Rundschau

Israel führt Krieg in Gaza. Seit Beginn der Luftangriffe und der nachfolgenden Bodenoffensive wurden schon mehr als 550 Palästinenserinnen und Palästinenser getötet und über 2500 Menschen verletzt. Unter den Toten befanden sich mehr als 110 Kinder. Getötet wurden auch fünf israelische Soldaten, und mehrere wurden zum Teil schwer verletzt. Aber auch für diesen Krieg gilt, dass die Zivilbevölkerung unter den Folgen eines Krieges am meisten zu leiden hat.

Der Krieg Israels erfolgte als Reaktion auf den fortwährenden Raketenbeschuss der vom Iran unterstützten Hamas auf israelische Städte und Dörfer, die auch zu Toten und Verletzten in der Zivilbevölkerung führen, und der einseitigen Aufkündigung des Waffenstillstands durch die Hamas. Diese Politik der Hamas ist zu verurteilen. Nach wie vor weigert sich die Hamas-Führung auch, Israels Existenzrecht anzuerkennen.

Falsch war andererseits die israelische Abriegelung des Gazastreifens, weil sie die Bevölkerung in Kollektivhaft nimmt. Die jetzige Reaktion Israels mit den Luftangriffen und der nachfolgenden Bodenoffensive ist völlig überzogen und angesichts der klaren militärischen Überlegenheit der israelischen Streitkräfte auch völlig unverhältnismäßig, und damit völkerrechtswidrig.

Die zu verurteilenden Raketenangriffe auf Israel von Gaza aus rechtfertigen nicht diese groß angelegte Offensive israelischer Streitkräfte, die die militärischen Kapazitäten der Hamas beseitigen und die Hamas politisch schwächen

soll, aber überwiegend die Zivilbevölkerung trifft.

Dieser Krieg erzeugt erneuten Hass unter den Palästinenserinnen und Palästinensern und wird das genaue Gegenteil dessen bewirken, was Israel anstrebt. Krieg löst keine Probleme, tötet immer Unbeteiligte und Unschuldige, schafft also nur weitergehende und neue Probleme.

Die israelische Regierung lehnt nach wie vor Verhandlungen und Gespräche mit der Hamas-Führung ab, da es sich um Terroristen handele. Mit den gleichen Argumenten redete Israel auch jahrzehntelang nicht mit der PLO, was sich als falsch erwies. Einen Weg zum Frieden kann es nur auf der Basis von Verhandlungen und einer Zwei-Staaten-Lösung geben.

Als ein erster Schritt sollte unverzüglich zum ausgelaufenen Waffenstillstandsabkommen unter Abzug der Truppen zurückgekehrt werden. Dann müssen die Friedensverhandlungen mit dem Ziel eines eigenständigen, lebensfähigen, souveränen palästinensischen Staates und eines souveränen Staates Israel zügig fortgesetzt werden. Die Sprach- und Hilflosigkeit der Bundesregierung, ihre völlig einseitige Orientierung, ist blamabel und kein Ansatz, irgendwie zu einer Lösung des Nahostkonflikts beizutragen.

Aus einer Erklärung von Tobias Pflüger, MdEP

Ich stehe an der Seite der israelischen und palästinensischen Friedensbewegung, wie etwa Gush Shalom. Ich unterstütze diejenigen, die sich diesem Krieg verweigern, wie die jetzt wieder zunehmende Bewegung von israelischen Reservisten und Soldaten, die sich nicht am Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung beteiligen wollen. Alles muss getan werden, um diejenigen vor Ort zu stärken, die sich für eine gemeinsame Perspektive von Israelis und Palästinensern eintreten.

Geschichtsrevisionistische Gleichsetzungen Israels mit dem deutschen NS-Regime sind klar zu verurteilen. Solche Gleichsetzungen schwächen die dringend erforderliche Ausweitung der Anti-Kriegs-Proteste, insbesondere auch in Israel selbst.

Konkrete Forderungen müssen jetzt sein: • Sofortiger Stopp der Bombardements und der Massaker an der palästinensischen Zivilbevölkerung und sofortiger Stopp des Abschusses der Kassam-Raketen • Rückzug der israelischen Armee aus dem Gaza • Aufhebung der Blockade des Gaza und Zugang für humanitäre Hilfslieferungen

Von der Bundesregierung und der EU fordere ich den sofortigen Stopp aller Rüstungsexporte in die gesamte Region.

Glückwunsch nach Hessen

Mit 5,4 Prozent und 6 Abgeordneten zieht DIE LINKE wieder in den hessischen Landtag ein.

Das ist ein „großer Erfolg für die hessische Linke“ und eine Bestätigung der Bundespartei, betonte Gregor Gysi. Die anderen Parteien kommen nicht darum herum zu akzeptieren, dass das Fünf-Parteien-System in Deutschland etabliert sei. „Wir werden gegen diese soziale Eiszeit glasklare Opposition im nächsten hessischen Landtag sein“, kündigt Ulrich Wilken, Landesvorsitzender der LINKEN Hessen, an.

Bernhard Strasdeit bedankt sich im Namen des Landesvorstandes Baden-Württemberg bei Wahlkampfhelfern aus unserem Landesverband, die sich im hessischen Landtagswahlkampf engagiert haben.

Trotz einer zuweilen skandalisierenden Medienberichterstattung über die hessische Landespartei und trotz schlechter Umfrageergebnisse konnte DIE LINKE ihre Stimmenanteile leicht erhöhen.

Bernhard Strasdeit: „Das Ergebnis ist ein Erfolg und ein guter Auftakt für das Wahlkampfjahr 2009. Das gibt uns Rückenwind auch für den bevorstehenden Kommunalwahlkampf in Baden-Württemberg.“

Die geplante Lieferung der zur „Aufstandsbekämpfung“ eingesetzten 103 gepanzerten Transportfahrzeuge Dingo 2 sowie die von Deutschland zugesagten 2 Dolphin-U-Boote an Israel müssen sofort gestoppt werden. Alles andere ist nicht mehr nur indirekte sondern direkte Kriegsunterstützung durch die deutsche Regierung.

Inna Michaeli (Coalition of Women for Peace, Jerusalem)

Heike Hänsel (MdB) sprach mit Inna Michaeli, die auf Einladung der Bundestagsfraktion DIE LINKE Deutschland besuchte und auch in Stuttgart und Tübingen zu Gast war. Die Fragen stellte Heike Hänsel, MdB.

Inna, wie beurteilt die israelische Bevölkerung die Militäraktionen im Gaza-Streifen?

Die Mehrheit befürwortet leider noch diese Militäraktionen, weil sie die offizielle Version des „Abzugs“ der israelischen Armee aus dem Gaza-Streifen glaubt, auch wenn sie falsch ist. Die Leute wollen einfach nicht wahr haben, daß Gaza in den letzten 3 Jahren unter israelischer Belagerung war und sie sehen die Hamas als allein verantwortlich an für

die schlechte Situation der Bevölkerung in Gaza. Zudem zeigen die israelischen Medien kaum etwas von den Kriegsopfern, den Toten, Verletzten und all dem anderen Leid. So ist es eben einfach nur die offizielle „Selbstverteidigungs-Geschichte“. Trotzdem, ähnlich zum Libanon-Krieg, je mehr Zeit vergeht, je mehr Menschen sterben, wird es doch für viele immer deutlicher, daß dieses Massaker nirgendwo hinführt und mehr und mehr Teile der israelischen Gesellschaft (die sog. zionistische Linke) beginnen für einen Waffenstillstand und für Verhandlungen zu plädieren.

Wie ist die Position der israelischen Friedensbewegung, welche Aktivitäten gibt es? Die Medien in Deutschland bringen darüber sehr wenig...

Von Kriegsbeginn an kam sofort der Widerstand von den „radikalen“ Friedens- und Antibesatzungsgruppen und vielen PalästinenserInnen, die in Israel leben. Es gab einen Prozeß der Politisierung unter den PalästinenserInnen, z.B. beteiligten sich an der Frauendemonstration in Haifa viele Palästinenserinnen, die zuvor eher nicht politisch aktiv waren. Wir konzentrieren uns natürlich zu aller erst auf einen starken sichtbaren Protest in Israel und auf die Solidarität mit den Opfern in Gaza. Dann versuchen wir auch die internationale Gemeinschaft zu erreichen durch zahlreiche Netzwerke (z.B. Frauen in Schwarz international), um die Welt wissen zu lassen, daß wir von unserer eigenen Regierung als Geisel genommen wurden und durch dieses tödliche „Abenteuer“ gefährdet werden, nur damit sie bei den kommenden Wahlen gut abschneidet.

Was erwartet ihr von der deutschen Friedensbewegung?

Wir erwarten uns natürlich Solidarität und die Entwicklung eines auf einander abgestimmten Rahmens, in dem wir gemeinsam die politische Situation im Nahen Osten, die so internationalisiert ist, interpretieren und dann agieren können. Speziell auch für Menschen, denen Israel sehr am Herzen liegt. Denn trotz allem, Israel ist nicht nur ein Haufen von Generälen, die UN-Schulen bombardieren. Israel ist auch eine Zivilgesellschaft mit einigen kritischen, unabhängigen Menschen, FriedensaktivistInnen, Feministinnen und gerade wir brauchen Unterstützung und Solidarität. Die weltweite Friedensbewegung ist damit konfrontiert, mit komplexen Problemen umzugehen. Und gerade die deutsche Friedensbewegung hat die Aufgabe und Chance eine Politik zu entwickeln, die der Geschichte und den Lebensinteressen von Israelis und PalästinenserInnen Rechnung trägt. Dazu bedarf es der Überzeugung, einerseits gegen Antisemitismus und andere Formen von Rassismus und andererseits gegen Besatzung und Unterdrückung, wie sie die

palästinensische Bevölkerung erleidet, zu kämpfen. Es ist meines Erachtens entscheidend, daß diese beiden Kämpfe als miteinander verknüpft und nicht als sich widersprechend gesehen werden.

Gegen Militärpropaganda in der Bildungsarbeit

Schulhof und Jugendeinrichtungen dürfen kein Rekrutierungsfeld für die Bundeswehr sein. Das Anti-Nato-Bündnis und DIE LINKE protestierten am 14. Januar in Stuttgart gegen eine Fachtagung der Landeszentrale für Politische Bildung und des CVJM, weil dort Vertreter der Bundeswehr eingeladen waren. DIE LINKE kritisiert insbesondere das Strategiespiel Pol&IS der Bundeswehr, mit dem Kinder und Jugendliche lernen sollen, dass Militäreinsätze bei internationalen Konfliktlösungen unverzichtbar sind. Ausserdem wirbt die Bundeswehr mit Ausbildungsangeboten und „sicheren Jobs“ für Dienstverpflichtungen mit „Auslandsaufenthalt“.

Einsparungen bei Elterngeld und Arbeitslosengeld II sind der falsche Weg

Die LINKE in Baden-Württemberg kritisiert die Äußerungen von CDU-Fraktionschef Mappus, Einsparungen zu Lasten des Elterngeldes und Hartz IV zur Schuldentilgung zu benutzen.

Landessprecher Bernd Riexinger: „Es ist verheerend aber typisch, wenn die CDU im Lande wieder einmal zu Lasten der Erwerbslosen und der Eltern sparen will. Während die CDU sich nach wie vor weigert, die Reichen und Vermögenden zur Kasse zu bitten, hat sie bei den Ärmeren weit weniger Gewissensbisse.“

DIE LINKE kritisiert gerade die soziale Unausgewogenheit des Konjunkturprogramms der Bundesregierung. Gerade die Empfänger von Arbeitslosengeld II und die unteren und mittleren Einkommensgruppen würden davon am wenigsten begünstigt. Die auch in Baden-Württemberg untersuchte Armut der Bezieher von Hartz IV könne nur durch eine drastische Erhöhung des Regelsatzes von Arbeitslosengeld II zurückgedrängt werden. Außerdem müsse Hartz IV durch eine ausreichende Grundsicherung abgelöst werden.

Auch die bisher bekannten Prioritäten der Mittelverwendung kritisiert DIE LINKE in Baden-Württemberg. Auch hier gäbe es eine eindeutige soziale Schieflage. So stünde die heute schon marode Krankenhausfinanzierung an hinterer Stelle des Kataloges. Gerade hier seien jedoch die Defizite zu Lasten der Patienten/innen und Beschäftigten

besonders groß. DIE LINKE fordert eindeutigen Vorrang der Mittelverwendung für Bildung, Soziales, öffentliche Infrastruktur und ökologischer Umbau. Die Sackgasse einseitiger Industriepolitik müsse beendet werden.

Linksjugend Freiburg aktiv gegen Geldgeschenke für Banken

Die Linksjugend Freiburg führte am Samstag, den 22.11. eine Aktion vor der Deutschen Bank in Freiburg durch unter dem Motto „Ackermänner enteignen! Banken demokratisch kontrollieren!“

Die Aktion richtete sich gegen die Gewinner aus der Kapitalismuskrisis. Ackermann, einer der Spitzenverdiener in Deutschland, prahlt mit den Gewinnen seiner Bank, die doch gar nicht die Bank, sondern die ArbeitnehmerInnen wirklich produktiver Unternehmen erwirtschaftet haben. Dieses Geld steht der Gesellschaft zu.

Mit Sprüchen wie „Rettungspaket stoppen – Geld für Arbeitsplätze statt für Banken!“ und „Bildung retten statt Banken“ erregten wir in der belebten Durchgangsstraße viel Aufmerksamkeit. Allein mit einem Tausendstel des für das Bankenrettungspaket vorgesehenen Gelds, also mit 480 Millionen Euro, könnte man Studiengebühren in Baden-Württemberg abschaffen und bundesweit den Hartz-IV-Satz um 100 Euro erhöhen.

Für die erst vor zwei Monaten gegründete Linksjugend in Freiburg war es die erste Aktion auf der Straße, die gleich sehr erfolgreich verlief. Mit zehn Leuten wurden wir in zwei eiskalten Stunden zwei Packen „Klar“-Zeitungen und 150 Flyer los und lernten einige Menschen kennen, die sich für unsere Arbeit interessierten und zu den nächsten Treffen kommen wollen.

Professor Butterwegge referierte in Freudenstadt

Auf Einladung des Kreisverbandes der LINKEN sprach Prof. Christoph Butterwegge am 9. Januar im Kurhaus Freudenstadt über Weltfinanzmarktkrise, Neoliberalismus und Kinderarmut. Die örtliche Presse berichtete ausführlich über die Veranstaltung und eine lebendige Debatte über Alternativen. Butterwegge forderte eine höhere Besteuerung großer Einkommen und Vermögen und ein anderes Wirtschaften. Auch in mehreren anderen Städten Baden-Württembergs organisierte die LINKE im Dezember und im Januar Veranstaltungen zu diesem Thema. Referenten waren u.a. Ulrich Maurer, Michael Schlecht, Bernd Riexinger, Winfried Wolf.

Aufruf zum bad.-württ. Ostermarsch, 4. April Kehl / Strasbourg:

50 Jahre Ostermarsch: Nein zur Nato, Nein zum Krieg!

Vor 50 Jahren, 1959 fand der erste Ostermarsch in Großbritannien statt. Er richtete sich gegen die atomare Aufrüstung, die von den Nato Staaten begonnen und forciert wurde, um ihre Strategie des "Roll Back", also der Zurückdrängung der sozialistischen Staaten in Osteuropa, militärisch durchzusetzen. Diese Politik wurde verbrämt als Verteidigung gegen „die Bedrohung aus dem Osten“.

Vor 30 Jahren, 1979 nahm die Ostermarschbewegung in Deutschland einen neuen Aufschwung. Sie richtete sich gegen den sogenannten Nato-Doppelbeschluss, also gegen die Pläne der Nato, mit Hilfe neuer Atomraketen und Marschflugkörper, den Atomkrieg führbar und gewinnbar zu machen.

Seither marschiert die Friedensbewegung jedes Jahr an Ostern für die dringlichsten friedenspolitischen Forderungen. Immer ging und geht es dabei darum, der aggressiven und bedrohlichen Politik der Nato und der Nato-Staaten eine Politik des Friedens, der Abrüstung und der Zusammenarbeit der Menschen über alle Grenzen hinweg entgegenzusetzen.

Die baden-württembergische Friedensbewegung demonstrierte in Mutlangen, Heilbronn, Neu-Ulm und Engstingen gegen die Atomraketen der Nato, in Calw und Nagold gegen die Planung neuer Interventionskriege und die Aufstellung des Kommando Spezialkräfte, der gefährlichsten Eingreiftruppe der Bundeswehr. Sie demonstrierte in Oberndorf und vor der Daimler-Benz Zentrale in Stuttgart gegen die von der Nato forcierte Rüstungsproduktion.

In den letzten Jahren richteten sich die Ostermärsche in immer kürzeren Abständen gegen die tatsächlich wieder geführten neuen, barbarischen Kriege:

- 1991 gegen den Krieg der USA und anderer Nato-Staaten am Golf.
- 1999 gegen den Krieg der Nato gegen Jugoslawien.
- 2001 gegen den Krieg gegen Afghanistan zu dem die Nato den "Bündnisfall" erklärt hatte.
- 2003 gegen den Krieg im Irak, den die USA mit Unterstützung anderer Nato-Staaten mutwillig herbeiführten und den Hunderttausende Menschen bis heute mit ihrem Leben bezahlten.

In all diesen Jahren, bei all diesen Aktionen der Friedensbewegung erwies sich die Nato und die von ihr betriebene Politik der Aufrüstung und Kriegsvorbereitung, der militärischen Drohung, der Expansion ihre militärischen Rüstung nach Osteuropa und den von ihr tatsächlich geführten Kriegen in vielen Teilen

der Welt als das Haupthindernis für eine Politik des Friedens, der Abrüstung und der Verständigung.

Die damit verbundene Aufrüstung – die Nato-Staaten geben jährlich über eine Billion Dollar und damit 75% der weltweiten Aufwendungen für Rüstung aus - ist ebenso ein Haupthindernis für die erfolgreiche Bekämpfung von Hunger, Armut und Krankheiten in aller Welt und für soziale Gerechtigkeit in den eigenen Ländern.

1991 löste sich der Warschauer Vertrag auf, keinerlei Bedrohung konnte mehr ins Feld geführt werden. Trotzdem weigerten sich die Nato Staaten, die Nato ebenfalls aufzulösen. Statt dessen bildet die Nato den Rahmen, in dem auch die Deutsche Politik zurückgekehrt ist zu einer militärisch gestützten und betriebenen Außenpolitik, zur Aufrüstung der Bundeswehr zu einer Interventionsarmee und zur Teilnahme an Interventionskriegen, bei denen es eben nicht um die "Verteidigung am Hindukusch" sondern um Märkte, Rohstoffe und Transportwege in aller Welt geht.

In all diesen Jahren hat die Friedens- und die Ostermarschbewegung in Baden-Württemberg die Zusammenarbeit mit den Friedensbewegungen unserer Nachbarländer gesucht und gefunden. Beim Internationalen Bodenseestermarsch, bei den Ostermärschen im Dreiländereck um Basel. Besonders eng gestaltete sich die Zusammenarbeit auch mit der französischen Friedensbewegung in der Region um Strasbourg. Viele Male demonstrierten wir auf der und über die Europabrücke gemeinsam gegen Krieg und für das friedliche Zusammenleben der Menschen.

In diesem Jahr will die Nato in der Woche vor Ostern ihr 60 jähriges Bestehen mit großen Festakten und einem Gipfeltreffen feierlich begehen. Sie hat sich dazu ausgerechnet die Städte Strasbourg, Kehl und Baden-Baden ausersuchen. Die Europabrücke soll den Hintergrund für einen Fototermin bilden.

Nicht die friedliche Zusammenarbeit der Menschen soll dabei symbolisiert werden, sondern die Zusammenarbeit der Militärs, nicht die Versöhnung, sondern die Kumpanei, nicht der Frieden, sondern der Krieg. Wir wollen diese Brücke als Symbol des Friedens und der Friedensbewegung erhalten!

Die Europäische Friedensbewegung hat unter dem Motto "Nein zum Krieg, Nein zur Nato" zu Protesten gegen die Nato anlässlich der geplanten Jubiläumsfeier und zu einer großen Demonstration am 4. April in Strasbourg aufgerufen. Diesen Aufruf unterstützen wir.



Für DIE LINKE ist die Mobilisierung zu den Protesten zum Nato Gipfel ein deutliches Signal gegen die imperiale Kriegspolitik des Bündnisses, gegen die atomare Erstschlagsstrategie und den Krieg in Afghanistan. Die Mobilisierung knüpft an die erfolgreiche G8-Mobilisierung an und ist Teil der zahlreichen Wahlkämpfe im Superwahljahr 2009. Der Parteivorstand ruft die Mitglieder, Freundinnen und Freunde der LINKEN auf, sich an den Protestaktionen zum Nato-Gipfel zu beteiligen. Er unterstützt und verbreitet den internationalen Aufruf „Nein zur Nato – Nein zum Krieg“ zu den Protesten. (Aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 22. November 2008)

Nein zu Krieg, Nein zur Nato / Termine

Demonstration gegen die Nato-Sicherheitskonferenz in München am Samstag, 7. Februar 2009 in München

Internationale Aktivistenkonferenz zur Vorbereitung der Protest gegen den Nato-Gipfel am 14./15. Februar 2009 in Straßburg. Beginn: Samstag, 14. Februar, 13 Uhr. Ende: Sonntag, 15. Februar gegen 14 Uhr. Zur internationalen Aktionskonferenz sind alle eingeladen, die sich an den Protesten gegen den Nato-Gipfel beteiligen wollen. Ob eigene Ideen für Aktionen oder einfach mitbekommen was geplant ist: ein Erfahrungsaustausch mit Leuten aus der Friedensbewegung aus verschiedenen Ländern ist hier möglich. Für eine Übersetzung nach deutsch wird gesorgt.

Internationale Großdemonstration, Samstag, 4. April 2009, 13 Uhr, Straßburg-Innenstadt

Alternativgipfel der Friedensbewegung. Donnerstag, 2. April / Freitag, 3. April in Straßburg

Protestcamp und Konzerte von Mittwoch, 1. April bis Sonntag, 5. April in Straßburg und Kehl

Kontakt: Dirk Spöri (0160-7942195); Homepages: http://die-linke.de/politik/aktionen/nein_zur_nato/ und <http://www.no-to-nato.org>

LAG Europa

Auf ihrer Gründungsversammlung am 15. November hat die LAG beschlossen, einen Text zu erarbeiten, worin die Bedeutung der Europapolitik für die Regionen und Kommunen Baden-Württembergs dargestellt wird. Damit soll nicht nur zur Beteiligung an den Europawahlen aufgerufen werden, sondern auch ein Beitrag zu den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen geleistet werden. An einzelnen Beispielen soll deutlich gemacht werden, wie tief Europa in den politischen Alltag aller Bürgerinnen und Bürger eingreift.

Auf ihrer Sitzung am 11. Januar hat die LAG einen ersten Entwurf beraten, der auf der nächsten Sitzung in der Landesgeschäftsstelle in Stuttgart, Marienstr. 3a am 8. Februar 2009, 12.30 Uhr fertiggestellt werden soll. Inzwischen haben sich 20 InteressentInnen für die Mitarbeit in der LAG gemeldet. Kontakte: Anette Groth – annegroth@gmx.de – und Bernd-Otto Kuper – bokuper@web.de.

IG Metall-Kampagne online unterstützen!

Wie viele Mitglieder der LINKEN aus Baden-Württemberg, unterstützt auch Karin Binder die aktuelle Kampagne der IG Metall mit dem Motto „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld!“. Wie die IG Metall fordert auch die DIE LINKE im Bundestag u.a. gleiche Löhne für gleiche Arbeit, eine Begrenzung der Einsatzdauer von Leiharbeit und mehr Mitbestimmung der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeit. Entgegen anders lautender Behauptungen schafft Leiharbeit keine Arbeitsplätze sondern vernichtet diese mittel- und langfristig. Leiharbeit schafft prekäre Lebensverhältnisse und drückt Löhne. Ziel muss deshalb immer die aktive Begrenzung und grundsätzliche Zurückdrängung der Leiharbeit sein.

Infos und Mitmachmöglichkeiten zur Kampagne finden sich unter <http://www.gleichearbeit-gleichesgeld.de>

Gregor Mohlberg

LAG Betrieb & Gewerkschaft, Mitgliederversammlung

14. Februar 2009, 10:30 bis 16:30 Uhr

DGB-Haus Stuttgart, großer Saal

Das Hauptthema der Versammlung wird der Umgang linker Gewerkschafter mit den Folgen der Finanzkrise sein. Es gilt, zum Beispiel für den 28. März nach Frankfurt zu mobilisieren. Der SprecherInnenrat wird Rechenschaft ablegen, ein Selbstverständnispapier steht zur Diskussion und der Rat wird frisch gewählt.

Vorankündigung: Konferenz für Betriebs- und PersonalrätInnen. In der

ersten Aprilwoche plant die Bundestagsfraktion der Linken, in Stuttgart eine Konferenz für Betriebs- und PersonalrätInnen durchzuführen. Dazu werden neben gewerkschaftspolitisch orientierten Bundestagsabgeordneten der Linken auch Fraktionschef Oskar Lafontaine und Ulrich Maurer erwartet.

Inklusion statt Ausgrenzung

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“ der Partei DIE LINKE. erklärt sich solidarisch mit den Eltern der integrativen Waldorfschule Emmendingen. Wir verurteilen den Beschluss des entsprechenden Ausschusses im Landtag von Baden-Württemberg, die Weiterführung einer integrativen Schule zu versagen. Dieser Beschluss entspricht in keinsten Weise den Zielen der jetzt vom Bundestag ratifizierten UN-Konvention für die Rechte von Menschen mit Behinderungen. Dieser Beschluss bedeutet einen eklatanten Rückschritt in dem Bemühen einer Inklusion von Kindern mit Behinderungen in den regulären Schulbetrieb. Die Landesarbeitsgemeinschaft fordert den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderungen Dieter Hillebrandt auf, sich für den Erhalt der integrativen Waldorfschule in Emmendingen einzusetzen. Im Land Baden-Württemberg sind schon heute am wenigsten der Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen (5,1%; Bundesdurchschnitt 13,1%) in einer Regelschule integriert. Baden-Württemberg sollte endlich den anderen

Bundesländern folgen und Schülerinnen und Schülern mit Behinderungen in die Regelschulen integrieren.

Radikal sein ist die Sache an der Wurzel fassen

An 31 Hochschulorten lesen Studierende wieder Karl Marx

Während „Experten“ an den Finanzmärkten angesichts der Krise weltweit erklärungslos mit den Schultern zucken, finden an 31 Hochschulorten wieder Lesekreise statt, in denen Studierende Das Kapital von Karl Marx lesen. Initiiert wurde die bundesweite Lesebewegung von dem Studierendenverband Die Linke.SDS. Zu den Auftaktveranstaltungen der Lesekreise kamen bundesweit über 2100 Teilnehmer, allein in Baden-Württemberg an die 300. Lesekreise finden hier in Freiburg, Konstanz, Tübingen und Stuttgart statt.

Bisher wurde in Vorlesungen an den Hochschulen Karl Marx zu einer Fußnote in der Philosophie degradiert. Obwohl es spätestens seit den Protesten gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm wieder eine neue Generation junger Leute gibt, die gegen die neoliberale Umstrukturierung auf die Straße gingen, fehlt es an den Universitäten bisher gänzlich an kritischen Werkzeug, diese Gesellschaft grundlegend zu analysieren und zu kritisieren.

Mit den Lesekreisen begegnen die Studierenden diesem theoretischen Vakuum.

Angesichts der aktuellen Lage, ist es dafür höchste Zeit: Der Kapitalismus

Kommunalpolitische Bildung

Auch 2009 organisieren wir zusammen mit dem Forum Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg und der Kommunalakademie der Rosa-Luxemburg-Stiftung Seminare, die sich an kommunalpolitisch Aktive und Interessierte richten.

Die bereits feststehenden Termine sind unten aufgeführt. Weiter sind noch Seminare zu den Themen „Der Haushalt der Kommune (Kameralistik und Doppik)“ sowie „Neu im Rat! Was tun?“ geplant. Die Termine hierzu werden immer aktuell auf unserer Webseite eingestellt.

◆ Seminare „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ – mit Hermann Abmayr

Anmeldung erforderlich

14. Februar, 10 – 17 Uhr | Karlsruhe, DGB-Haus, Ettlingerstr. 3a

28. Februar, 10 – 17 Uhr | Stuttgart, Bürgerräume West, Bebelstr. 22

7. März, 10 – 17 Uhr | Ulm, DGB-Haus, Weinhof 23

Weitere Infos unter: www.rlf-bw.de oder per mail: schlager@rosalux.de | Tel. 0711-6936607

Bitte für den 18. April vormerken:

10.30 Uhr: **Jahreshauptversammlung** des Forums Linke Kommunalpolitik in Baden-Württemberg e.V. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht, Finanzplanung, Neuwahl des Vorstands, weitere Aktivitäten.

14 Uhr bis 17 Uhr. Veranstaltung: Neugründung oder **Rekommunalisierung von städtischen Betrieben**. Die Einladung mit Details wird auf der Internet-Seite:

www.kommune-links.de und im nächsten Landesinfo veröffentlicht. Mitglieder werden schriftlich eingeladen.

Für weitere Informationen s. demnächst www.rlf-bw.de oder www.kommune-links.de.

Forum Linke Kommunalpolitik
in Baden-Württemberg e.V.
Soziale Kommunen – demokratisch gestalten

rls Rosa-Luxemburg-Stiftung
Baden-Württemberg

steckt wohl in seiner tiefsten Krise seit 80 Jahren. Die Ursachen hierfür, schaut man sich die vielen entgeisterten Gesichter an Wall Street und Frankfurter Börse an, scheinen vielen unverständlich zu sein. Kein Wunder, war doch bisher der vorherrschende Tenor, der Kapitalismus reguliere sich selbst und unterliege höchstens einigen Konjunkturschwankungen. Dabei hat schon Karl Marx vor über 140 Jahren in seinem Hauptwerk „Das Kapital“ eine Theorie geliefert, die den Kapitalismus als ein immer wieder tiefgehend von Krisen geschütteltes System darstellt. Marx hatte damals auch schon die Gegentendenzen, mit denen sich der Kapitalismus aus der Krise zu retten sucht, beschrieben: Kapitalvernichtung, Angriff auf die abhängig Beschäftigten und das Erschließen neuer Profitquellen. Wir werden uns warm anziehen müssen in der kommenden Zeit.
Nikolas Grimm, Die Linke.SDS Freiburg

LAG Erwerbslose und Geringverdiener mit Zuversicht ins Superwahljahr

Das erste Arbeitstreffen der LAG im neuen Jahr wird am Samstag, den 28. Februar ab 14 Uhr in den Räumen des Linken Forums Tübingen, Am Lustnauer Tor 4, stattfinden.

Mit diesem Beschluss setzt die LAG ihre Wanderung durchs Ländle, begonnen in Mannheim, über Karlsruhe und zuletzt am 29. November 2008 in Stuttgart, fort.

Auf diesem Arbeitstreffen wurde mit großer Mehrheit Dirk Hoerber, KV Stuttgart, zum neuen Landessprecher der LAG gewählt, nachdem Monika Zalewski im Verlaufe einer persönlichen



Erklärung ihre Funktion niederlegte und ihren Schritt begründete. Zur Folge hatte dies eine ausführliche Aussprache der Teilnehmer, die Monikas Entscheidung bedauerten, aber auch respektieren konnten. Für die Funktion des Landessprechers/-sprecherin stellten sich anschließend insgesamt vier Kandidaten (darunter eine Kandidatin) zur Wahl, die schließlich Dirk Hoerber für sich entschied. Stellvertretender Landessprecher und Delegierter im Landesausschuss ist auch weiterhin Gründungsmitglied Nor-



bert Herre aus Mannheim.

Mit Beschlussfassung beauftragte die Versammlung den neuen Landessprecher, Kontakt mit dem Rosa-Luxemburg-Forum aufzunehmen, um die Möglichkeit einer baldigen gemeinsamen Konferenz zu prüfen, die Themenfindung, Vorbereitung und Durchführung einer Erfolg versprechenden landesweiten Kampagne zum Inhalt haben soll.

Im weiteren Verlauf des Arbeitstreffens befasste sich das Arbeitstreffen mit den Herausforderungen, denen sich die LAG, der Landesverband sowie die Gesamtpartei durch die bevorstehenden Wahlen in diesem Jahr zu stellen haben. Die LAG hat aufgrund ihrer Beratungs- und Initiativ-Funktion, verbunden mit ihrem Antragsrecht auf den Parteitagen die Aufgabenstellung, Konzepte zu erarbeiten und Positionen einzubringen, Beiträge und Veröffentlichungen entweder selbst anzufertigen oder anzuregen. Auch Aufklärung über und Bildungsarbeit zu den Schwerpunktthemen der LAG stehen in diesem Jahr auf der Tagesordnung. Schließlich will die LAG der Aufgabe gerecht werden, Neumitglieder zur Mitarbeit einzuladen und einzubinden.

Fern davon, ein professoraler Expertenkreis zu sein, wissen die betroffenen Erwerbslose und Geringverdiener aus eigener bitterer Erfahrung genau, wie verhängnisvoll sich Formulierungen eines Gesetzestextes im wahren Leben auswirken können. Als Beispiel sei hier die Regelung zu den Kosten der Unterkunft und Heizung (§ 22 SGB II) genannt, in der die versprochene Übernahme der tatsächlichen Kosten durch den einen kurzen Nebensatz: „...soweit diese angemessen sind.“ einfach wieder aufgehoben wird und in der Folge die Frage der „Angemessenheit“ zum bürokratischen Ungeheuer mutiert. Skanda-

lös auch die so harmlos als „Sanktionen“ (§ 31 SGB II) bezeichneten Kürzungen, die den Betroffenen stets unterhalb des lebensnotwendigen Existenzminimums bringen und ihm gleichzeitig mit dem Lebensmut auch die Menschenwürde raubt.

Allerdings darf es auch kein „Zurück in die Vergangenheit“ mit anderen Ungereimtheiten und Ungerechtigkeiten geben. Das Bedarfsdeckungsprinzip der alten Sozialhilfe bedingt geradezu die aufwendige bürokratische und damit repressive Kontrolle der Aufwendungen. Die hinter uns liegende Arbeitslosenhilfe hat die Ungerechtigkeiten des Arbeitsmarktes mit ihren unterschiedlichen Lohnhöhen auch für die Zeiten der Arbeitslosigkeit weiter fortgeschrieben.

Hier ist noch viel Kleinarbeit zu leisten, um die betreffenden Passagen und Vorschriften des SGB II, die im Einzelnen aus diesem Gesetzbuch erst Hartz IV machen, klar zu bezeichnen und abzw. heraus zu streichen. Und schließlich hat eine bedarfsorientierte Kindergrundsicherung im Zweiten SGB, der Grundsicherung für Arbeitsuchende, nichts verloren, sondern ist entsprechend einer anzustrebenden einheitlichen und systematischen Sozialgesetzgebung in das SGB VIII, der Kinder- und Jugendhilfe, einzufügen. Last not least wird eine auskömmliche soziale Absicherung sicher mehr Geld kosten als bisher für Hartz IV ausgegeben wurde, was folglich auch die Frage der Finanzierung, eine Verteilungsfrage, berühren wird...

Wer am nächsten Arbeitstreffen der LAG am 28. Februar in Tübingen teilnehmen möchte, wird gebeten, sich mit E-Mail an: LAG.Erwerbslose@yahoo.de anzumelden.

(Beitrag von Peter Zalewski, Karlsruhe, arbeitsuchend und in der LAG Erwerbslose und Geringverdiener aktiv)

Veranstaltung in Rastatt 60 Jahre Menschenrechte

Auf Einladung des Landesverbandes Die Linke. Baden- Württemberg fand am 5. Dezember in Rastatt im Freiheitsmuseum die Abschlussveranstaltung unserer Veranstaltungsreihe zum 60. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte statt. Davor fanden zu Themen Bildung, Ernährung und zur Geschichte der Menschenrechte Veranstaltungen u.a. in den Kreisverbänden Schwäbisch Hall, Esslingen und Göppingen statt. Zu der Veranstaltung ins Freiheitsmuseum konnten wir die Genossin und Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau als Highlight gewinnen. Ihr zur Seite standen weitere Experten wie Manfred Dietenberger, Vorsitzender des Geschichtsverein Hochrhein, Ricardo Cristof Remmert-Fontes vom AK Vorratsdatenspeicherung und Andreas Kirchgeßner, Vorsitzender des DGB Ortsverband Kehl-Hanauerland.

Schon vor der eigentlichen Informations- und Diskussionsveranstaltung zum Thema: „60 Jahre Menschenrechte: Anspruch und Wirklichkeit“ nahmen zahlreiche BesucherInnen, darunter auch der frühere Oberbürgermeister von Rastatt, die Gelegenheit wahr, an dem von der Gedenkstättenleitung durch den von Martina Schinke geführten Rundgang durch die Ausstellung über die badische Revolution teilzunehmen. Wie man schon der Ansprache entnehmen konnte, war die Freude im Hause groß, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages begrüßen zu können und Petra Pau legte dabei auch das Versprechen ab, in diesem Jahr die neue Ausstellung zu „20 Jahre Mauerfall“ im Rastatter Schloß zu besuchen.

Eröffnet wurde die Veranstaltung von der Initiatorin der Veranstaltungsreihe **Esther Broß** des KV der LINKEN Ortenau. Anhand ausgewählter Themenbereiche wie Bildung und Fragen der Abschottung Europas gegenüber Menschen, die das Menschenrecht auf Freizügigkeit gerne in Anspruch nehmen würden- stattdessen aber in den Tod getrieben werden stellte sie die Frage nach Anspruch und Verwirklichung der Menschenrechte an die Diskussionsrunde.

Manfred Dietenberger, der die historischen Wurzeln der Menschenrechte in seinem Vortrag den Bogen vom Bauernkrieg über die badische Revolution von 1848/49 mit dem Bezug zur Örtlichkeit in Rastatt und Offenburg bis hin zu den noch heute aktuellen Forderungen: „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, „Niemand darf wegen seines Geschlechts benachteiligt werden“. Dietenberger beendete seinen spannenden



und interessanten Vortrag mit den Worten: „Wehret den Anfängen. Verteidigt die Menschenrechte! Und ehrt alle, die im Kampf für die Verwirklichung der Menschenrechte geschundenen und getöteten, indem ihr euch morgen an der Demonstration in Stuttgart gegen das neue Versammlungsrecht beteiligt“.

Petra Pau, die in der vorangegangenen Pressekonferenz ausdrückte „ich bin mit viel Neugier nach Rastatt gekommen. Dass ich mich aus Anlass des 60. Jahrestages der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte gerade hier diesem Thema zuwende, darf man mir wohl kaum zum Vorwurf machen. Schließlich steht DIE Linke in der Tradition der Menschenrechte und der demokratischen badischen Revolution. Das Freiheitsmuseum genießt überdies einen guten Ruf als Ort historisch-politischer Bildung für alle Bürger der BRD.“ Damit ging Petra Pau auf die Provinzposse der örtlichen SPD ein, die mittels großformatigen Leserbriefen gegen die Veranstaltung unserer Partei in der örtlichen Presse polemisierte. Leider ging der Schuss nach hinten los: „Eine bessere Werbung für unsere heutige Veranstaltung hätten wir uns kaum vorstellen können“ sagte schmunzelnd Esther Broß.

In ihrem Vortrag „Mein Ziel ist Utopia“ ging Petra Pau ausführlich auf den Abbau der Bürgerrechte in der Bundesrepublik ein. Petra Pau skizzierte die sog. drei großen Linien, über die individuelle Freiheitsrechte abgebaut werden. Die eine beruft sich auf den Sozialstaat, die zweite auf die Terrorgefahr und die dritte hat etwas mit dem technischen Fortschritt zu tun, auf den die Politik bislang keine demokratischen Antworten hat. Als Beispiel führte Petra Pau an „Der Sozialstaat müsse gestrafft werden, er sei nicht mehr finanzierbar und müsse vor Missbrauch geschützt werden. Das sind die neoliberalen Dauerbotschaften. Sie führen zum permanenten Misstrauen gegenüber Arbeitslosen und letztlich zu deren Dauerüberwachung. Synonym dafür stehen in Deutschland die sogenannten „Hartz-Gesetze“.“ Weiter führte Petra Pau aus, was dies praktisch für die Menschen bedeutet: „Wer langzeit-arbeitslos ist, muss sich nackt machen.

Er muss seine Ersparnisse abräumen, er muss bis zu 150 persönliche Daten über sich und seine Umgebung preisgeben.“ Kurz gesagt: „Wer arm dran, ist verliert auch seine verbrieften Bürgerrechte. Das ist Alltag“, so Petra Pau.

Andreas Kirchgeßner vom DGB Kehl-Hanauerland vertrat die Position, dass sich die Gewerkschaften in Fragen der Menschenrechte viel stärker engagieren müssen. „Leiharbeit ist Sklavenarbeit“ und bezog sich dabei auf Manfred Dietenberger, der die Forderung „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ schon anschaulich vorgetragen hatte. Langjährig in der Internationalen Solidaritäts- und Flüchtlingsbewegung tätig, ging Andreas Kirchgeßner fundiert auf den Zusammenhang von Migration, Kolonisation, Ausbeutung und Krieg ein.

Ricardo Remmert-Fontes skizzierte in seinem Beitrag die lückenlosen Überwachungsmöglichkeiten über die modernen Kommunikationsmittel wie Handy, Computer, Telefon oder GPS (Navigationsgeräte). An der Reaktion der Anwesenden war deutlich zu erkennen, dass den meisten die „Missbrauchsmöglichkeit“ ihrer mehr oder weniger freiwillig der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Daten nicht in diesem Umfang bewußt war.

Carsten Labudda, Bundessprecher der BAG Bürgerrechte und Demokratie, der die Veranstaltung mit vorbereitet hat, war nun in der regen Diskussion mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Veranstaltung als Moderator gefragt. Aus der Diskussionsrunde entstand der Wunsch nach weiteren Veranstaltungen dieser Art. Viele Diskussionbeiträge aus den Reihen der Anwesenden bezogen sich auf die Ausführungen von Petra Pau – dabei insbesondere auf den Abbau der Bürger- und Freiheitsrechte und was DIE Linke im Bundestag dagegen zu tun gedenkt. Manfred Dietenberger regte an: „eigentlich sollte man jedes Jahr an diesem historischen Ort Veranstaltungen zur Überprüfung der Verwirklichung der Menschenrechte durchführen“. Diese Anregung wurde von den Anwesenden mit großer Zustimmung aufgenommen.

Paul Bauer und Esther Broß, DIE LINKE.Ortenau

Blödsinn verhindern

Warum die TüLL-Fraktion im Tübinger Rat dem Etat nicht zugestimmt hat.

Etwas zugespitzt, habe ich gedacht, als Kollege Anton Brenner bei den Etatberatungen im Tübinger Rathaus sagte, hier hockten die dümmste SPD und die dümmsten Grünen in ganz Deutschland, dümmter als Ypsilanti vor der Hessenwahl. Aber es stimmt, seit neun Jahren weigern sich beide, eine rot-rot-grüne Mehrheit im Rathaus zu nutzen. Man lässt sich lieber von den Schwarzen am Nasenring rumführen.

Jetzt schreibt die Kreis-SPD, ihr neuer Hauptfeind sei nicht die Kreissparkasse, sondern die Linken. Da wird sich die Kreissparkasse aber freuen. Im Kreis Rücklagen horten, im Gemeinderat weitere Reinigungskräfte aussortieren, bei der Straßenreinigung und Stadtgärtnerei Stellen streichen und dem Personalrat in den Rücken fallen – das ist die Tübinger SPD-Realpolitik.

Wir haben dem Haushalt nicht zugestimmt, weil die Umwandlung in prekäre Stellen (Leiharbeit, 400-Euro-Jobs) nicht gestoppt wurde. Grüne und SPD waren nicht einmal bereit, 20 000 Euro, die sie bei Putzmitteln einsparen, für Reinigungskräfte auszugeben. Mit uns hätte die SPD mehr Pflege- und Erzieherinnenstellen durchsetzen können. Den Bürgermeistern wurden Assistentenstellen geschaffen. Stabstellen und Geschäftsführerposten schießen ins Kraut und unten baut man weiter Stellen ab. Zurzeit verhandelt die Stadt mit dem Kreis über die Privatisierung der Müllabfuhr. Die Grünen nehmen die Privatisierung schon als gegeben hin; wir wollen den Blödsinn verhindern.
Gerlinde Strasdeit, TüLL-Stadträtin, Tübingen im Schwäbischen Tagblatt.

Plochingen: Interessenvertretung der Jugend

DIE LINKE in Plochingen setzt sich für einen Jugendgemeinderat ein. Im Idealfall besitzen sie Rede- und Antragsrecht im Gemeinderat und einen eigenen Etat für Öffentlichkeitsarbeit, Veranstaltungen und sonstige Projekte.

Ein großes Anliegen der rund 1500 Jugendgemeinderatsmitglieder im Ländle ist es, ihre Stadt für Jugendliche attraktiver zu gestalten. Hierzu gehören Gestaltung und Einrichtung von Spiel- und Sportplätzen, Rad- und Verkehrswegeplanung, die Umgestaltung von Schulhöfen, Skateanlagen, der Öffentliche Personen Nahverkehr, insbesondere Nachtbusse und Tarife, die Gestaltung und Erhaltung von Jugendhäusern, po-

litische und unpolitische Veranstaltungen, Umweltaktionen, Bandcontests und vieles mehr.

Neben den öffentlichen Sitzungen gibt es nichtöffentliche Sitzungen und Arbeitskreistreffen. Außerdem nehmen die Jugendgemeinderäte an den Sitzungen des Gemeinderats oder seiner Ausschüsse teil – im Idealfall als vollwertiges Mitglied. Die Anzahl der Mitglieder ist von der Größe der Stadt abhängig. In fast allen Städten haben Jugendliche von 14 bis 18 das aktive und passive Wahlrecht, unabhängig davon, ob sie einen deutschen Pass haben oder nicht. Wir, DIE LINKE. Plochingen, würden auch einen Jugendgemeinderat in den umliegenden Gemeinden sehr begrüßen.

Weitere Informationen: Rainer Hauenschild Sprecher DIE LINKE. Plochingen unter rainer-hauenschild@t-online.de.

Region Stuttgart: Wahlprogramm verabschiedet

Zum 10. Januar haben die Mitglieder der Kreisverbände Stuttgart, Göppingen, Rems-Murr, Esslingen, Böblingen und Ludwigsburg auf einer regionalen Mitgliederversammlung das Parteipro-

gramm zur Wahl der Regionalversammlung des Verbands der Region Stuttgart diskutiert und verabschiedet. DIE LINKE wird unter dem Slogan „Sozial, solidarisch und ökologisch“ in den sechs Wahlkreisen der Region Stuttgart antreten. Ziel ist es, in Fraktionsstärke linke Politik in die Regionalversammlung einzubringen.

DIE LINKE erklärt der leidigen Kirchturmpolitik der Regionalfürsten sowie dem neoliberalen Standortwettbewerb zwischen den Kreisen und Kommunen eine deutliche Absage. Schwerpunkt des Wahlprogramms ist eine ökologisch-nachhaltige Regionalplanung, die dem verheerenden Flächenfraß und unsinnigen Infrastrukturmaßnahmen, wie dem Ausbau des Flughafens, dem Tiefbahnhof S21, sowie den zahllosen Straßenbauprojekten der Region entgegenwirkt. DIE LINKE will der schienegebundenen Logistik in der Regionalplanung zum Durchbruch verhelfen, um die unerträglichen Belastungen für Mensch und Umwelt zu reduzieren. Die Verkehrsströme in der Region und darüber hinaus müssen durch einen gestärkten ÖPNV mit verbesserter Taktung, attraktiven Preisen und einer umfassenden räumlichen Erschließung aufgefangen werden. Individuelle Motorisierung mit PKWs soll nachhaltig reduziert und zunehmend unattraktiv werden. Die Stärkung des ÖPNV ist Teil unseres in-

Mit Ziegler als Zugpferd

Die Linke tritt mit offener Liste zur Kommunalwahl 2009 an

Die Bereitschaft sei groß, man habe Kandidaten „nicht mit dem Lasso einfangen müssen“, sagen sie. Einer davon ist der parteilose Stadtrat Thomas Ziegler, der bei der Kommunalwahl 2009 für die offene Liste der Reutlinger Linken antritt.

WOLFGANG ALBER

Reutlingen. Die Linke sei auch in Reutlingen wählbar, knapp 30 Bewerberzusagen gebe es bereits, sagte Rüdiger Weckmann gestern Presse. Neben Rechtsanwalt Ziegler gebe es weitere bekannte Namen: Den einstigen Grünen-Stadtrat und Autor Hellmut G. Haasis, die Gewerkschafter Helmut Buck und Holger Lange, den Linken-Bundestagskandidaten Stephan Straub, die Attac-Aktivistin Christa und Rainer Simon. Nach Angaben von Thomas Ziegler, 54, treten zudem fünf frühere Bewerber der Grünen und Unabhängigen an.

Ziegler sagt, damit sei er „in guter Gesellschaft“. Er sieht ein Bedürfnis nach einer sozialen und linken Wahlalternative bis weit hinein in gutbürgerliche und kirchliche Kreise. Und Weckmann rechnet mit „mindestens“ zwei Sitzen, eine Forsa-Umfrage habe schon vor einiger Zeit auch ohne konkre-

te Namensnennung drei Prozent für Die Linke in Reutlingen ermittelt. Nach der Gemeinderatsliste will sich die Linke um eine Kreistagskandidatur kümmern, und Ziegler hält zudem weitere Listen in Kommunen für denkbar.

Schwerpunkte des kommunalpolitischen Programms sind unter anderem der Kampf gegen Armut und Kinderarmut, für bessere Schulausstattung und Ganztagesbetreuung, gegen motorisierten Individualverkehr und für ÖPNV, für bezahlbaren Wohnraum und gegen Privatisierung kommunaler Aufgaben, gegen Privatbeteiligung beim Stadthallenbau, für ökologisch und sozial gerechte Energiepreise.

Das Maß der Umverteilung von unten nach oben sei unerträglich, sagt Weckmann, 57. In der Finanzkrise würden Milliarden für notleidende Banken, aber nicht für notleidende Menschen und Kommunen ausgegeben. Der Sprecher der Oststadtkommune Ilos und zweite Tonne-Vereinsvorsitzende will eine bessere Finanzausstattung der Städte und Gemeinden. Und die linke Liste solle ein „Gegengewicht

zum neoliberalen Mainstream“ auch im Gemeinderat sein, sagt Rainer Simon, 69. Der Ingenieur und Attac-Sympathisant hat nach eigenen Angaben Barbara Bosch im OB-Wahlkampf unterstützt.

Seine Frau Christa Simon, 68, wehrt sich gegen eine „menschenverschwendende Politik“, die Alte und sozial Schwache ausgrenze. Die Rentnerin fordert mehr Personal in

Pflegeheimen und Krankenhäusern. Die Organisationsfachwirtin und gelernte Erzieherin Evelyn Oswald-Straub, 51, setzt sich für einen besseren Betreuungsschlüssel in Kin-



Der Reutlinger Ex-Grünen und Ex-Wir-Stadtrat Thomas Ziegler, 54, ist einer der Kandidaten für die neue linke Wählervereinigung. PR-Bild

dergärten sowie die Verbesserung der Lebensbedingungen von Kindern und Jugendlichen ein.

Peter Stary, 59, Musiklehrer und Ilos-Mitbegründer, macht sich für ein „friedliches Miteinander“ aller Verkehrsteilnehmer unter Einbeziehung der Stadtbahn stark. Manfred Lotz, 23, Student an der Universität Tübingen, macht sich für die Bildung und Jugend stark. Und allen Kandidat(innen) ist gemein, dass sie die Beteiligungsmöglichkeiten der Bürger stärken wollen.

■ Sie „Mit Engelszungen“

Reutlinger Blatt (Südwestpresse),
9.12.2008

tegrierten Mobilitätskonzept, dass alle Formen individueller Mobilität sinnvoll zusammenführt, um möglichst geringe Belastungen für Mensch und Umwelt zu realisieren.

DIE LINKE sagt dem unsinnigen Mülltourismus in der Region den Kampf an, bei dem durch verfehlte Planungen Müll in ganz Deutschland gehandelt und in die Region, aber auch zwischen den Kreisen transportiert wird. Regionale Wirtschaftskreisläufe müssen vernetzt werden, und die Wirtschaftsförderung auf Basis sozialer und ökologischer Kriterien erfolgen. Bisher hat die Region den Tourismus sträflich vernachlässigt. Wir wollen hier mit dem Leitbild eines sozial gerechten, barrierefreien, ökologisch sanften und Ressourcen schonenden Tourismus regionale Tourismuspolitik stärken. DIE LINKE ist der Auffassung, dass sich die Region weitere Kompetenzen aneignen sollte. Insbesondere die Krankenhausbedarfsplanung, die Wasserversorgung und Abwasserwirtschaft, aber auch spezielle Aufgaben wie der Wirtschaftskontrolldienst sollten regional koordiniert werden, um eine effiziente Gemeinwohlorientierung sicherzustellen. DIE LINKE will ihre Politik mit allen Menschen in der Region entwickeln und hält es für einen gravierenden Geburtsfehler, dass Nichtdeutsche generell kein Wahlrecht für die Regionalwahl besitzen.

Das Wahlprogramm kann unter der Landeshomepage www.die-linke-bw.de abgerufen werden.

Christoph Ozasek

Stuttgart: Mehr Rechte für Stadtratsmitglieder

Schallende Ohrfeige für OB und Fraktionen

Die Stadträtin der Linken Ulrike Küstler hatte geklagt, weil ihr bei einer wichtigen Entscheidung Unterlagen vorenthalten wurden. Das Verwaltungsgericht Stuttgart hat einen Vergleich vorgeschlagen. Die Stadt hat dem zugestimmt und damit anerkannt, dass künftig solche Informationen allen Gemeinderäten zugänglich sein müssen. Die Gemeinderätin Ulrike Küstler erklärt dazu:

Der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung müssen meine Rechte auf gleichberechtigte Teilnahme an der Beratung und Information anerkennen. Im Gegenzug habe ich bestätigt, dass ich die Pflicht zur Verschwiegenheit anerkenne, soweit sie gesetzlich vorgeschrieben ist – was ich aber noch nie bestritten hatte. Nach diesem Vergleich muss der OB seine selektive Informationspolitik gegenüber Gemeinderatsmitgliedern beenden.

Seitdem ich im Stadtrat bin, habe ich ständig darum kämpfen müssen, alle Unterlagen und Informationen zu bekommen, die auch die Fraktionen erhalten. Im Fall, welcher der Klage zugrunde liegt, hatte ich vor der Beschlussfassung über den Kauf der Sachsen-Landesbank durch die LBBW die kompletten Unterlagen zunächst durch einen Anruf beim Kämmerer Föll mündlich angefordert. Der ließ sich nicht zu einem Gespräch herbei, sondern durch eine Mitarbeiterin ausrichten, die Unterlagen bekäme ich nicht. Ich stellte einen schriftlichen Antrag. Dieser wurde in der Verwaltungsausschusssitzung, wo die Beschlussfassung des Gemeinderats vorberaten wurde, von EBM Föll wieder abgelehnt. Mein Vorschlag, mir dann Einsicht zu gewähren, wurde ebenfalls abgelehnt. In der schriftlichen Antwort des OB auf meinen Antrag heißt es, man könne „nicht allen“ Gemeinderatsmitgliedern die Unterlagen geben, woraus ich ableitete, dass andere die Unterlagen hätten.

Dies war nicht das erste Mal: Bei der Beschlussfassung über den Kauf der Sportklinik durch das Klinikum habe ich ebenfalls in der öffentlichen Sitzung die fehlenden Unterlagen angeprangert. Auch die „kleinen“ Fraktionen beklagten sich damals über nicht erhaltene Information. Damals habe ich deswegen mich der Stimme enthalten. Meine vielfach öffentlich geführte Kritik fand aber weder beim OB und der Stadtverwaltung Beachtung noch ging die Presse jemals darauf ein. Darum klagte ich dann im Februar 2008 im Falle der Landesbank, um eine Änderung herbeizuführen. Mit diesem Vergleich verbessern sich meine Arbeitsmöglichkeiten im Stadtrat erheblich, auch wenn ich nicht die Illusion habe, dass ich nicht weiterhin gegen die vielfältigen Benachteiligungen kämpfen muss.

Klarstellung der Rechte aller Gemeinderatsmitglieder

Der geschlossene Vergleich bedeutet für den gesamten Gemeinderat eine Klarstellung seiner Rechte. Das Gericht hat – entgegen den Ausführungen des OB-Rechtsanwalts Dr. Porsch – festgehalten, dass bei Verträgen der Stadt der Gemeinderat kein außen stehender „Dritter“ ist. Der OB hatte sich gegenüber der LBBW und der SachsenLB zur Geheimhaltung gegenüber dem Gemeinderat als „Drittem“ verpflichtet. Das Gericht hebt hervor, dass nicht der OB, sondern der Gemeinderat das Hauptorgan der Stadt ist. Das scheint banal, wird auch öfters in Sitzungen zitiert, aber eben nicht beachtet. Das Gericht stellt fest, dem Gemeinderat könne zwar eine Verschwiegenheitspflicht auferlegt, aber die Unterlagen könnten ihm nicht vorenthalten werden. Das Gericht schreibt

„Vergleich:

1. Der Beklagte erkennt das Recht der Klägerin als Mitglied des Gemeinderats auf gleichberechtigte Teilnahme an der Beratung und Entscheidungsfindung des Gemeinderates und den daraus resultierenden Anspruch auf gleiche Behandlung bei der Bereitstellung der zur Beurteilung der Verhandlungsgegenstände einer Ratssitzung erforderlichen Unterlagen an. Dieser Informationsanspruch schließt grundsätzlich die Geheimhaltung von für die Beratung und Entscheidung erforderlichen Tatsachen gegenüber dem Gemeinderat aus, sofern sich eine Geheimhaltungspflicht nicht aus dem Gesetz ergibt (vgl. z.B. § 44 Abs. 3 S. 3 GemO).“

2. Die Klägerin erkennt an, dass das öffentliche Wohl oder berechtigte Interessen Einzelner Anlass dafür geben können, dass die zur Beratung und Entscheidung notwendigen Sachinformationen nicht vor, sondern erst in der dann nichtöffentlichen Sitzung des Gemeinderats den Gemeinderäten bekannt gegeben werden und gem. § 37 GemO dem Gebot der Verschwiegenheit unterliegen.“

sogar weitergehend: „Die Bindung der Landeshauptstadt an die Vertraulichkeitsklausel (auferlegt durch die LBBW und die SachsenLB, d.Red.) war daher abhängig von der Zustimmung des Gemeinderates.“

Der Vergleich bedeutet aber nicht nur eine Klarstellung der Rechte des gesamten Gemeinderats und – gegenüber der Stuttgarter Praxis – eine deutliche Erweiterung, der Vergleich beinhaltet auch eine schallende Ohrfeige für die Gemeinderatsmehrheit.

Wie übt der Gemeinderat seine Kontrollrechte und -pflichten aus?

RA Porsch und das Rechtsamt der Stadt Stuttgart teilten dem Gericht mit, kein Gemeinderatsmitglied habe im Falle des Kaufs der SachsenLB durch die LBBW die von mir geforderten Unterlagen erhalten. Daraufhin habe ich zwei Mitglieder des Gemeinderats danach gefragt. Beide sagten mir, sie hätten die Unterlagen über den Kauf der SachsenLB nicht erhalten oder gesehen. Sie seien auch nicht in einer Fraktionssitzung etwa durch die Verwaltung informiert worden. Einer sagte mir, in den Aufsichtsratssitzungen bzw. Verwaltungsratssitzungen werde man üblicherweise mit Hochglanzbrochüren abgespeist. Wenn dies zutrifft, dass kein Stadtratsmitglied die Unterlagen zu dieser wichtigen Entscheidung kannte, frage ich mich, wie die gewählten Vertreter/-innen des Stadtrats dann ihrer Aufsichts- und Kontrollpflicht

nachkommen. Im Verwaltungsrat der LBBW sitzen für Stuttgart: OB Dr. Wolfgang Schuster, Dipl.-Ing. Manfred Kanzleiter und Iris Ripsam als ordentliche Mitglieder, Dipl.-Oec. Muhterem Aras, Michael Föll und Prof. Dr. Dorit Loos als stellvertretende Mitglieder.

Die Finanzkrise zeigt deutlich, wie wichtig die Aufsicht über die öffentlichen Unternehmen durch die Eigentümer ist. Die Rolle der Eigentümer haben im Falle der öffentlichen Unternehmen die Gemeinderäte. Es ist zwar populär, die Absetzung von Geschäftsführern zu fordern. Das ändert aber wenig, denn damit wird nur die Figur an der Spitze ausgewechselt. Die falsche Politik geht weiter.

Die öffentlichen Unternehmen, auch die Banken, müssen ihre Verpflichtung zum Gemeinwohl wahrnehmen. Bei der LBBW steht das zwar im Gesellschaftsvertrag. Bei der Gründung der LBBW haben aber die Gemeinderatsfraktionen mit den Anstoß dafür gegeben, dass die LBBW in die internationalen Finanzspekulationen einsteigt. Es mag sein, dass die LBBW (noch?) besser dasteht als andere Landesbanken, weil sie Geschäfte in der realen Wirtschaft und Privatkunden hat.

Daraus ergibt sich: Erstens muss der Gemeinderat als Miteigner der Bank seine Verantwortung für die strategische Ausrichtung der LBBW wahrnehmen. Zweitens muss der Gemeinderat seine Kontroll- und Aufsichtspflicht wahrnehmen. Die gewählten Vertreter/-innen des Gemeinderats dürfen nicht losgelöst und fern des Gremiums handeln.

Die öffentliche Kontrolle öffentlicher Unternehmen ist aber nicht allein durch die Entscheidung von Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsmitgliedern durch den Gemeinderat zu sichern. Dazu muss auch die Information der Öffentlichkeit durchgesetzt werden. Nur so wird demokratische Kontrolle wirklich möglich. Die Linke hat dazu einen Antrag „Transparenz der Aufsichtsräte in städtischen Unternehmen“ gestellt. *Ulrike Küstler (alle Anträge der Linken unter www.stuttgart.de/dielinke)*

Freiburg: Kulturstadt muss auch soziale Stadt sein

Aus der Haushaltsrede von Atai Keller, Fraktion Unabhängige Listen am 16.12.

Zwei Bausteine einer zukünftigen Kulturstadt Freiburg wurden in den letzten zwei Jahren unter Mithilfe hunderter Freiburger Bürgerinnen und Bürger im Gemeinderat verabschiedet, die wir voll und ganz unterstützt haben und in die wir große Hoffnung für die Zukunft

setzen. Das war einmal das Freiburger Kulturkonzept und zum anderen der Einstieg der Stadt in die Bewerbung zur Kulturhauptstadt Europas. Beides ist miteinander verbunden. Was kann schöner sein für eine Stadt, sich zu überlegen, welche Anziehungspunkte, Werte und Besonderheiten für sie gelten, damit Bürgerinnen und Bürger europäischer Staaten nach Freiburg kommen? Was kann einer Touristenstadt besseres passieren, dass ihre Eigenheiten in alle Welt kommuniziert werden? Und schließlich, was kann einer Stadt Besseres passieren, dass ihre Bürgerinnen und Bürger sich in einem gemeinsamen Prozeß eine Vision von Stadt und Stadtgemeinschaft vorstellen und diese dann in einem kreativen Ablauf versuchen umzusetzen. (...)

Die Gesellschaft ändert sich, und wir brauchen eine Stadt, die sich dessen bewußt ist und sich den neuen Herausforderungen stellt. Das geht weit über die Sanierung maroder Mauern oder Brückenpfeiler hinaus. Von einem solchen Denken sind wir in Freiburg leider noch meilenweit entfernt. Wie froh können wir sein, das Schwarz/Grün in den letzten zwei Jahren mit wesentlichen Punkten ihrer Politik nicht durchkam: Dem Verkauf der Stadtbau mit 8.500 Wohnungen, der Schließung des Adelhäusermuseums oder dem Verkauf von sanierungsbedürftigen Freiburger Schulen an einen Investor im Rahmen von PPP.

Eine Kulturstadt ist nur eine Kulturstadt und auch eine Wissensstadt, wenn sie ihren Bürgerinnen und Bürgern ein gerechtes und anteiliges Leben garantiert, wenn sie für die Bewohnerinnen und Bewohner ausreichend billigen Wohnraum zur Verfügung stellt und die Mieten bezahlbar macht. Wir müssen alles dafür tun, dass jedes Kind und jeder Jugendliche, unabhängig von sozialer oder ethnischer Herkunft eine so gute Ausbildung bekommt, dass er seine Zukunft als Erwachsener in seine eigenen Hände nehmen kann. Jedes junge Paar und jede Familie muss die Möglichkeit erhalten, Berufstätigkeit und Kinderwunsch in Einklang bringen zu können. Nur so schaffen wir eine Voraussetzung für berufliche Chancengleichheit von Frauen. Grund genug in Bildung und Betreuung viel schneller, viel mehr zu investieren. Flächendeckende Ganztagschulen, besser noch Gesamtschulen können nicht warten, bis eine weitere Generation von Schülerinnen und Schülern die Schule durchlaufen hat. Für eine ‚Schule mit Zukunft‘ müssen wir noch viel tun, deshalb hat auch die gleichnamige Initiative unsere volle Unterstützung.

Freiburg ist die Stadt der Bürgerbeteiligungen. In allen Entwicklungsprozessen der letzten Jahre hat sich gezeigt, dass die Bürgerschaft ein enormes In-

teresse hat, mitzugestalten. In diesem Sinne wollen wir auch eine Verbesserung des Beteiligungshaushaltsverfahrens erreichen. Ziel muss die Einrichtung von möglichst vielen Stadtkonferenzen sein. Ein Sozialticket für Bus und Bahn – möglichst bald – und ein Freiburg-Pass für die sozial Schwachen sind Voraussetzung für eine Stadt von morgen, um sich als Stadt dann mit gutem Grund und ganzheitlich um internationale Anerkennung bemühen zu können.

Unser Dank gilt besonders den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern, die sich Tag ein, Tag aus mit Anliegen befassen, die in der Stadt ungenügend bearbeitet werden oder die sich mit Themen beschäftigen, wo es grummelt und rumort.

Unterschriften-sammlung für Volksbegehren gestartet

Die Landesarbeitsgemeinschaft „Bürgerrechte und Demokratie“ der LINKEN hat eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren gestartet. Es geht darum, in Baden-Württemberg mehr demokratische Mitwirkungsrechte für die Bürgerinnen und Bürger zu erkämpfen: Wie in anderen Bundesländern schon lange üblich, sollen auch im Südwesten der Republik nun endlich Bürgerbegehren und Bürgerentscheide auf der Ebene von Landkreisen zugelassen werden, die Landräte sollen direkt durch die Bevölkerung gewählt werden, und die Amtszeit der Bürgermeister soll von derzeit 8 Jahren auf 6 Jahre verkürzt werden.

Dieser Ausgabe des Landesinfo ist das Unterschriftenformular für das Volksbegehren beigeheftet. Wir bitten alle Mitglieder ganz herzlich, die Zulassung des Volksbegehrens durch ihre Unterschrift zu unterstützen.

Bitte sendet die unterschriebenen Formulare umgehend an die dort angegebene Adresse zurück! Ihr könnt dort auch ankreuzen, wie viele weitere Formulare ihr bekommen möchtet, damit auch eure Freunde und Bekannten unterschreiben oder ihr bei Veranstaltungen für weitere Unterschriften werben könnt. Insgesamt sind 10.000 Unterschriften notwendig, damit das Volksbegehren zugelassen wird.

Die Unterschriftensammlung kann auch dazu eingesetzt werden, um im Wahlkampf mit Menschen ins Gespräch zu kommen. Dazu steht auch ein großes LINKE-Plakat „Volksbegehren unterstützen!“ zur Verfügung, das in der Landesgeschäftsstelle angefordert werden kann.

Ausführlichere Informationen sind unter www.volksbegehren-bw.de verfügbar. *Edgar Wunder, Heidelberg*

Volksinitiative (A): Für die Wahl der Landräte durch das Volk

Wesentlicher Inhalt und Zielsetzung: In fast allen deutschen Bundesländern werden die Landräte unmittelbar durch das Volk gewählt. Nur in Baden-Württemberg und Brandenburg wird dieses Recht den Bürgern immer noch vorenthalten. Sie bekommen ihre Landräte einfach „vorgesetzt“. Das ist ungerecht und undemokratisch. Wir fordern die Einführung der direkten Wahl der Landräte durch das Volk, wie sie in allen anderen deutschen Bundesländern schon ganz selbstverständlich ist. Die demokratischen Mitwirkungsrechte dürfen in Baden-Württemberg nicht geringer sein als in anderen Bundesländern!

Kosten: Für den Landkreis entstehen geringfügige Mehrkosten, um die Wahl des Landrats durchzuführen. Durch Zusammenlegung mit anderen Wahlterminen können die Kosten minimiert werden. Die Mehrkosten sind zur Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gerechtfertigt.

Volksinitiative (B): Für die Einführung von Bürgerentscheiden in Landkreisen

Wesentlicher Inhalt und Zielsetzung: In Baden-Württemberg sind bis jetzt nur in kreisfreien Städten Bürgerbegehren und Bürgerentscheide zu Fragen zulässig, die normalerweise in die Zuständigkeit eines Landkreises fallen würden. Bürgern, die in Landkreisen leben, wird die Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden zu den gleichen Fragen einfach verweigert. Das ist ungerecht und undemokratisch. Wir fordern deshalb die Einführung der Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auch auf der Landkreisebene.

Kosten: Die Durchführung eines Bürgerentscheids kann für einen Landkreis geringfügige Mehrkosten erfordern. Durch Zusammenlegung mit Wahlterminen können die Kosten minimiert werden. Erfahrungen in anderen Bundesländern und der Schweiz zeigen jedoch, dass die Bürgerinnen und Bürger tendenziell zu sparsameren Lösungen neigen als Politiker. Eventuelle Mehrkosten sind zur Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gerechtfertigt.

Volksinitiative (C): Für mehr Bürgernähe von Landräten und Bürgermeistern durch angemessene Amtszeiten

Wesentlicher Inhalt und Zielsetzung: Manche Bürgermeister und Landräte „heben ab“ und gebärden sich wie Fürsten – weil sie sich durch ihre überlangen Amtszeiten für viele Jahre keiner Wahl mehr stellen müssen. Die in Baden-Württemberg geltende Amtsperiode von 8 Jahren ist viel zu lang. Heutzutage kann niemand überblicken, welche politischen Fragen in 8 Jahren anstehen werden. In unseren Nachländern Bayern und Hessen betragen die Amtszeiten von Bürgermeistern und Landräten nur 6 Jahre. Wir fordern die Verkürzung der Amtszeiten von Bürgermeistern und Landräten nach dem Vorbild von Hessen und Bayern auf 6 Jahre auch für Baden-Württemberg! Weiterhin fordern wir – bei einer Wiederwahl – eine Begrenzung der Gesamt-Amtszeit auf zwei Wahlperioden, wie es z.B. auch beim Bundespräsidenten gilt. Nach 12 Jahren im Amt sollte es für einen Bürgermeister oder Landrat genug sein. Danach sollten Jüngere eine Chance erhalten. Nur so bekommen wir den durch überlange Amtszeiten entstehenden Filz in den Griff.

Kosten: Durch die Verkürzung der Wahlperiode von acht auf sechs Jahre können für Gemeinden und Landkreise geringfügige Mehrkosten entstehen. Durch Zusammenlegung mit anderen Wahlterminen können die Kosten minimiert werden. Die Mehrkosten sind zur Stärkung der demokratischen Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger gerechtfertigt.

(A) Gesetz zur Stärkung demokratischer Mitwirkungsrechte I: Für die Wahl der Landräte durch das Volk

Artikel 1: Änderung der Landkreisordnung

Die Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1987 (GBl. S. 289), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20) wird wie folgt geändert. § 39 erhält folgende Fassung:

„(1) Der Landrat wird von den wahlberechtigten Kreiseinwohnern in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Die Wahl ist nach den Grundsätzen der Mehrheitswahl durchzuführen. Gewählt ist, wer mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat.

(2) Entfällt auf keinen der Bewerber mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen, findet frühestens am zweiten und spätestens am vierten Sonntag nach der Wahl eine Neuwahl statt. Für die Neuwahl gelten die Grundsätze der ersten Wahl; es entscheidet die höchste Stimmenzahl und bei Stimmgleichheit das Los. Eine nochmalige Stellenausschreibung ist nicht erforderlich.

(3) Wird die Wahl des Landrats wegen Ablaufs der Amtszeit oder wegen Eintritts in den Ruhestand infolge Erreichens der Altersgrenze notwendig, ist sie frühestens drei Monate und spätestens einen Monat vor Freiwerden der Stelle, in anderen Fällen spätestens drei Monate nach Freiwerden der Stelle durchzuführen.

(4) Die Stelle des Landrats ist spätestens zwei Monate vor dem Wahltag öffentlich auszuschreiben. Der Landkreis soll den

Bewerbern, deren Bewerbungen zugelassen worden sind, Gelegenheit geben, sich den wahlberechtigten Kreiseinwohnern in öffentlichen Versammlungen vorzustellen.

(5) Ist die Stelle des Landrats voraussichtlich längere Zeit unbesetzt oder der Landrat voraussichtlich längere Zeit an der Ausübung seines Amtes verhindert, kann der Kreistag mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder einen Amtsverweser bestellen. Der Amtsverweser muss zum Landrat wählbar sein. Er muss zum Beamten des Landkreises bestellt werden.

(6) Ein zum Landrat gewählter Bewerber kann vom Kreistag mit der Mehrheit der Stimmen aller Mitglieder nach Feststellung der Gültigkeit der Wahl durch die Wahlprüfungsbehörde oder nach ungenutztem Ablauf der Wahlprüfungsfrist im Falle der Anfechtung der Wahl vor der rechtskräftigen Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Amtsverweser bestellt werden. Der Amtsverweser ist als hauptamtlicher Beamter auf Zeit des Landkreises zu bestellen. Seine Amtszeit beträgt zwei Jahre; Wiederbestellung ist zulässig. Die Amtszeit endet vorzeitig mit der Rechtskraft der Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl zum Landrat. Der Amtsverweser führt die Bezeichnung Landrat. Die Amtszeit als Landrat verkürzt sich um die Amtszeit als Amtsverweser.“

Artikel 2: Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung: In allen deutschen Bundesländern außer Baden-Württemberg (sowie in Brandenburg voraussichtlich nur noch bis 2010) werden die Landräte unmittelbar durch die wahlberechtigten Einwohner der Landkreise gewählt. Die demokratischen Mitwirkungsrechte dürfen in Baden-Württemberg nicht geringer sein als in anderen Bundesländern!

Unser als Volksbegehren eingebrachter Gesetzentwurf ist identisch mit einer von der SPD-Fraktion im baden-württembergischen Landtag beantragten Gesetzesänderung (siehe Drucksache 12/2686 des Landtags, dort können auch detaillierte Begründungen zu den einzelnen Regelungen nachgelesen werden). Die in § 32 Abs. 6 der Landkreisordnung enthaltene Bestimmung, wonach der Landrat im Kreistag kein Stimmrecht hat, ist sinnvoll und soll unverändert bleiben. In einem Gremium, das auch zur Kontrolle des Landrats dient, darf der Landrat nicht selbst stimmberechtigt sein. Vielmehr ist anzustreben, dass mittelfristig auch das Verhältnis von Gemeinderat und Bürgermeister in der Gemeindeordnung dem entsprechend geregelt wird.

(B) Gesetz zur Stärkung demokratischer Mitwirkungsrechte II: Für die Einführung von Bürgerentscheiden in Landkreisen

Artikel 1: Änderung der Landkreisordnung

Die Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1987 (GBl. S. 289), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20) wird wie folgt geändert. Nach § 17 wird folgender § 17a eingefügt:

„§ 17a Bürgerentscheid, Bürgerbegehren

(1) Der Kreistag kann mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen aller Mitglieder beschließen, dass eine Angelegenheit des Landkreises, für die der Kreistag zuständig ist, der Entscheidung der wahlberechtigten Kreiseinwohner unterstellt wird (Bürgerentscheid).

(2) Ein Bürgerentscheid findet nicht statt über

1. Weisungsaufgaben und Angelegenheiten, die kraft Gesetz dem Landrat obliegen,
2. Fragen der inneren Organisation des Landratsamts,
3. die Rechtsverhältnisse der Kreisräte, des Landrats und der Bediensteten des Landkreises,
4. die Haushaltssatzung (einschließlich der Wirtschaftspläne der Eigenbetriebe) und die Kreisumlage,
5. die Feststellung der Jahresrechnung des Landkreises und der Jahresabschlüsse der Eigenbetriebe,
6. Entscheidungen in Rechtsmittelverfahren.

(3) Über eine Angelegenheit des Landkreises, für die der Kreistag zuständig ist, ausgenommen die in Absatz 2 genannten Gegenstände, können die wahlberechtigten Kreiseinwohner einen Bürgerentscheid beantragen (Bürgerbegehren). Das Bürgerbegehren muss schriftlich eingereicht werden und die zur Entscheidung zu bringende Frage sowie eine Begründung und einen Vorschlag zur Deckung der Kosten der verlangten Maßnahme enthalten. Die Kreisverwaltung erteilt sachdienliche Auskünfte und berät auf Wunsch bei der Ausarbeitung des Bürgerbegehrens.

(4) Das Bürgerbegehren muss von mindestens 7 vom Hundert der wahlberechtigten Kreiseinwohner, höchstens jedoch 15000, unterzeichnet sein. Es soll zwei Vertrauensleute mit Namen und Anschriften benennen; sind keine Vertrauensleute benannt, gelten die beiden ersten Unterzeichner als Vertrauensleute.

(5) Über die Zulässigkeit eines Bürgerbegehrens entscheidet der Kreistag unverzüglich, spätestens innerhalb von sechs Wochen nach Eingang des Antrags. Nach Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens dürfen die Kreisorgane bis zur Durchführung des Bürgerentscheids keine dem Bürgerbegehren entgegenstehende Entscheidung treffen oder vollziehen, es sei denn, zum Zeitpunkt der Einreichung des Bürgerbegehrens haben rechtliche Verpflichtungen hierzu bestanden.

(6) Innerhalb von drei Monaten nach Feststellung der Zulässigkeit des Bürgerbegehrens ist der Bürgerentscheid durchzuführen, es sei denn, die Vertrauensleute des Bürgerbegehrens stimmen einer Verschiebung zu. Der Kreistag kann mit Stimmenmehrheit beschließen, dabei den Stimmberechtigten zum Gegenstand des Bürgerbegehrens eine eigene Fragestellung vorzulegen (Alternativvorlage). Bürgerentscheide sollen mit anderen Abstimmungen und Wahlen zusammengelegt werden, sofern es die Fristenhaltung zulässt. Der Bürgerentscheid entfällt, wenn der Kreistag die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme beschließt. Der Bürgerentscheid entfällt auch, wenn der Kreistag die Durchführung der mit dem Bürgerbegehren verlangten Maßnahme in wesentlichen Teilen beschließt und die Vertrauensleute des Bürgerbegehrens dem zustimmen.

(7) In Veröffentlichungen und Veranstaltungen des Landkreises dürfen die Vertrauensleute eines Bürgerbegehrens ihre Auffassung zum Gegenstand eines Bürgerentscheids mindestens in gleichem Umfang darstellen wie die Kreisorgane. Zur Information der Bürgerinnen und Bürger werden vom Landkreis den Beteiligten die gleichen Möglichkeiten wie bei Kreistagswahlen eröffnet.

(8) Bei einem Bürgerentscheid ist die gestellte Frage in dem Sinne entschieden, wie sie von der Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen beantwortet wurde, sofern diese Mehrheit mindestens 10 v.H. der Stimmberechtigten beträgt. Bei Stimmgleichheit gilt die Frage als mit Nein beantwortet. Ist die nach Satz 1 erforderliche Mehrheit nicht erreicht worden, hat

der Kreistag die Angelegenheit zu entscheiden. Sollen an einem Tag mehrere Bürgerentscheide stattfinden, hat der Kreistag eine Stichfrage für den Fall zu beschließen, dass die gleichzeitig zur Abstimmung gestellten Fragen in einer miteinander nicht zu vereinbarenden Weise beantwortet werden (Stichentscheid). Es gilt dann diejenige Entscheidung, für die sich im Stichentscheid die Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen ausspricht. Bei Stimmgleichheit im Stichentscheid gilt der Bürgerentscheid, dessen Frage mit der höchsten Stimmzahl mehrheitlich beantwortet worden ist.

(9) Der Bürgerentscheid hat die Wirkung eines endgültigen Beschlusses des Kreistags. Er kann innerhalb eines Jahres nur durch einen neuen Bürgerentscheid abgeändert werden.

(10) Das Nähere wird durch das Kommunalwahlgesetz geregelt.“

Artikel 2: Änderung des Kommunalwahlgesetzes

Das Kommunalwahlgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. September 1983 (GBl. S. 429), zuletzt geändert durch Gesetz vom 28. Juli 2005 (GBl. S. 578) wird wie folgt geändert. § 41 Abs. 1 wird um einen Satz 2 ergänzt:

„Das Bürgerbegehren in einem Landkreis kann nur von Kreiseinwohnern unterzeichnet werden, die zum Zeitpunkt der Unterzeichnung wahlberechtigt sind.“

Artikel 3: Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung: Angesichts der gewachsenen Aufgaben der Landkreise (Berufsschulen, Krankenhäuser, Abfallentsorgung, Kreisstraßen) ist es überfällig, wie in anderen Bundesländern Bürgerbegehren und -entscheide auch auf Landkreisebene zu ermöglichen, weil nicht einzusehen ist, dass solche Fragen nur in Stadtkreisen bürgerentscheidsfähig sein sollen.

Unser als Volksbegehren dazu eingebrachter Gesetzentwurf ist identisch mit einer von den Fraktionen der SPD und der Grünen im baden-württembergischen Landtag beantragten Gesetzesänderung (siehe Drucksache 13/4263 des Landtags, dort können auch detaillierte Begründungen zu den einzelnen Regelungen nachgelesen werden). Somit lehnen wir die einfache Übertragung der derzeit für baden-württembergische Gemeinden vorgesehenen Regelungen zu Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden (§ 21 der Gemeindeordnung) auf die Ebene von Landkreisen ab, weil die geltenden Regelungen für Gemeinden im Vergleich zu anderen Bundesländern (z.B. Bayern) in vielfacher Hinsicht zweifelhaft, unfair und bürgerunfreundlich gestaltet sind. Für Landkreise fordern wir vielmehr die Einführung der Möglichkeit von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden nach fairen und demokratisch vorbildlichen Regeln, wie sie beispielsweise in Bayern gelten. Es ist anzustreben, dass diese Regelungen mittelfristig dann auch auf Gemeinden übertragen werden, wenn sie sich auf der Ebene von Landkreisen bewährt haben.

(C) Gesetz zur Stärkung demokratischer Mitwirkungsrechte III: Für mehr Bürgernähe von Landräten und Bürgermeistern durch angemessene Amtszeiten

Artikel 1: Änderung der Gemeindeordnung

Die Gemeindeordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 24. Juli 2000 (GBl. S. 582), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20) wird wie folgt geändert. § 42 Abs. 3 wird geändert in:

„Die Amtszeit des Bürgermeisters beträgt sechs Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig. Die Amtszeit beginnt mit dem Amtsantritt, im Fall der Wiederwahl schließt sich die neue Amtszeit an das Ende der vorangegangenen Amtszeit an.“

Artikel 2: Änderung der Landkreisordnung

Die Landkreisordnung für Baden-Württemberg in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juni 1987 (GBl. S. 289), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Februar 2006 (GBl. S. 20) wird wie folgt geändert. § 37 Abs. 2 wird geändert in:

„Der Landrat ist Beamter des Landkreises. Die Amtszeit beträgt sechs Jahre. Anschließende Wiederwahl ist nur einmal zulässig. Die Amtszeit beginnt mit dem Amtsantritt, im Fall der Wiederwahl schließt sich die neue Amtszeit an das Ende der vorangegangenen Amtszeit an. Die Dienstbezüge des Landrats werden durch Gesetz geregelt.“

Artikel 3: Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Begründung: Die Amtszeit von Bürgermeistern und Landräten soll nach dem bewährten Vorbild von Bayern und Hessen auf sechs Jahre verkürzt werden. Die derzeit in Baden-Württemberg noch geltende überlange Amtszeit von acht Jahren fördert bürgerferne, verkrustete Strukturen. Angesichts des Wandels kommunalpolitischer Themen sind die Amtsinhaber in den letzten Jahren ihrer Amtszeit nur noch unzureichend demokratisch legitimiert. Die Begrenzung der Gesamt-Amtszeit auf zwei Amtsperioden (6 x 2 = 12 Jahre) nach dem Vorbild der Amtszeitbegrenzung für Bundespräsidenten soll ebenfalls der Ausbildung von Filz entgegenwirken.

Auf der Tagesordnung des Mannheimer Gemeinderats

Änderungen bei der Mietfestsetzung im sozialen preisgebundenen Wohnungsbau

Ab 1. Januar 2009 kommt ein neues Landesgesetz „zur Förderung von Wohnraum und Stabilisierung von Quartierstrukturen – LwoFG“ zur Wirkung. Es löst die bisherige Mietzinsfestsetzung für öffentlich geförderte Wohnungen auf Basis der „Kostenmiete“ ab. Es wird nun nicht mehr gefragt: Was kostete Errichtung und Unterhalt der Wohnung unter Berücksichtigung der öffentlichen Förderung? Sondern der Mietpreis wird sich künftig nach dem örtlichen Mietniveau zu richten haben, wie der z.B. in Mannheim durch den Mietspiegel ermittelt wird. Zu den hier ermittelten Werten muss der Mietzins künftig ein Abstandsgebot von 10% nach unten einhalten. So sieht es die städtische Satzung zur Umsetzung des neuen Landesgesetzes vor, die dem Gemeinderat zur Abstimmung vorliegt.

Die Verwaltung hat bereits durch eine Vermieterbefragung genau ermittelt, wie sich diese Satzung auf die gegenwärtigen Mieten auswirken würde:

- Betroffen sind insgesamt 4.985 Wohnungen.
- Bei 3.889 Wohnungen liegt die Kostenmiete um mehr als zehn Prozent unter der ortsüblichen Vergleichsmiete; sie muss nicht geändert werden.
- Bei 920 Wohnungen liegt die Kostenmiete unter der ortsüblichen Vergleichsmiete aber über dem Mindestabschlag von zehn Prozent. Hier muss es zu einer Mietsenkung kommen.
- Bei 176 Wohnungen liegt die Kostenmiete über der ortsüblichen Vergleichsmiete. Die muss deutlich gesenkt werden.

Damit ergeben sich bei nahezu 78 v. H. aller Wohnungen zum 1. Januar 2009 keine Änderungen, bei 22 v.H. jedoch muss die Miete gesenkt werden. Bei der GBG betrifft das beispielsweise 877 Wohnungen mit einem künftigen Mietausfall von 22.810,86 EUR monatlich.

Für die Zeit danach dürfen Mieterhöhungen im Rahmen des allgemeinen Wohnraummietrechts durchgeführt werden, so lange sie im Rahmen der Satzung bleiben. Dieses Gesetz und die städtische Satzung bringen also tatsächlich einmal eine Verbesserung für gut 1.000 MieterInnen in Mannheim. Allerdings ist die Abkoppelung von der eigentlich starren Kostenmiete hin zur Durchschnittsmiete, also die Abhängigmachung vom Marktpreis, möglicherweise ein Risiko für die Zukunft. Die Verwaltung hätte im Übrigen auch einen größeren Abstand als 10% vorschlagen können. Sie

begründet die „Bescheidenheit“ damit, dass sie fürchtet, die Vermieter würden sonst allzu leicht dazu tendieren, nichts mehr an den Häusern zu richten wegen Unterfinanzierung. Da hätte man es ja mal drauf ankommen lassen können. Der größte Vermieter ist ohnehin die Stadt selbst über ihre GBG.

Festhalten am Familienpass auch für 2009

Der Familienpass wird bisher an „intakte Familien“ mit Kindern unter 18 ausgegeben. Er bietet auf Gutscheinsbasis freien oder verbilligten Eintritt in diverse öffentliche Einrichtungen und teils auch Einrichtungen privater Kooperationspartner. Er wird einkommensunabhängig ausgegeben. Kinder müssen immer in Begleitung mindestens eines Elternteiles zu den vergünstigten Veranstaltungen / Einrichtungen kommen. Dahinter steht wahrscheinlich ein missionarischer Eifer gegenüber „bildungsfernen“ Eltern. Eine Verbesserung soll es laut Beschlussvorlage der Verwaltung in 2009 geben: Auch nicht „intakte“ Familien werden jetzt begünstigt: geschiedene oder sonst getrennt lebende Elternteile können auf dem Pass eingetragen werden.

Die Stadt kostet der Familienpass – eine Erfindung der CDU aus 2001 – eine gute halbe Million Euro pro Jahr. 18.000 Pässe werden jährlich ausgegeben.

Der Familienpass wird immer wieder ins Feld geführt gegen die Forderung nach Wiederherstellung des einstigen Leistungsumfangs des Sozialpasses für Bedürftige.

Ist es notwendig, dass Oberamtsräte, Prokuristen, gut verdienender Mittelstand mit städtischen Subventionen ausgestattet werden, wenn sie mit ihren

Kindern z.B. ins Nationaltheater gehen? Die städtische Bestandsaufnahme über die 18.000 ausgegebenen Familienpässe erfasst die soziale Zusammensetzung der NutzerInnen nicht. Aufgabe der Stadt kann es aber „nur“ sein, wirklich benachteiligten Familien und Einzelnen – ob mit oder ohne Kinder – Teilhabe an den sozialen und kulturellen Einrichtungen zu ermöglichen. Diese aber wirklich. Die Linke Liste Mannheim fordert es schon lang und immer wieder.

Aus Kommunal-Info Mannheim, 27.11.08

DIE LINKE in Mannheim: offene KandidatInnenliste steht

DIE LINKE.Mannheim hat am 17. Januar auf einem Kreisparteitag ihre Offene Liste gewählt. Der Parteitag war gut besucht. Auch zahlreiche Nicht-Parteimitglieder waren anwesend, um als BewerberInnen die Listenbildung zu unterstützen. Erklärtes Ziel des Kreisverbandes ist es, durch ein möglichst breites Bündnis die Chancen für eine starke linke Gemeinderatsvertretung zu verbessern. In geheimen Abstimmungen setzten die stimmberechtigten Parteimitglieder dieses Ziel um. So sind auf der Liste auch im vorderen Drittel Mitglieder befreundeter Organisationen und Initiativen vertreten.

Gudrun Kuch, Stadträtin der Linken Liste in Mannheim, führt die Liste an. Ihr folgen Thomas Trüper, (Betriebsratsvorsitzender), Marianne Marten (Geschäftsführerin), Roland Schuster (Elektroniker), Murat Kayarslan (Industriekaufmann, DIDF), Ursel Risch Erzieherin.

Die Liste weist insgesamt 48 KandidatInnen und vier ErsatzkandidatInnen aus.

Du hast die Wahl:

Willst Du mit mir gehen?

ja nein vielleicht

Viele Menschen merken, dass in Deutschland etwas schief läuft. Sie auch? Falls ja, dann kämpfen Sie gemeinsam mit uns für eine soziale Zukunft! DIE LINKE tritt dazu 2009 auf allen Ebenen an: Machen auch Sie mit!

7. Juni 2009
Kommunalwahlen & Europawahl

27. September 2009
Bundestagswahl

DIE LINKE.
KREIS RAVENSBURG

Superwahljahr 2009

Bewerbungen für die Landesliste zur Bundestagswahl 2009

Für Listenplatz 1 bewirbt sich:



Ulrich Mauer, KV Stuttgart Liebe Genossinnen und Genossen, ich bewerbe mich um Euer Vertrauen als Spitzenkandidat in Baden-Württemberg für die kommende Bundestagswahl. Ich denke wir können mit Stolz auf unsere gemeinsame Arbeit seit September 2005 zurückblicken. Der überraschende große Erfolg bei der damaligen Wahl und die gute Arbeit

der neuen Fraktion, in deren Aufbau ich mich mit aller Kraft engagiert habe, waren die Basis für die erfolgreiche Gründung unserer Partei. Seither ist DIE LINKE. gewachsen, hat den Einzug in westdeutsche Landtage geschafft, viele Mitglieder gewonnen und vor allem auch außerparlamentarisch im Bündnis mit Globalisierungsgegnern, Friedensbewegung und Gewerkschaften gewirkt. Wir dürfen nie vergessen, dass der Erfolg unserer Partei maßgeblich auf unserer Fähigkeit zur Aktion außerhalb der Parlamente, zur Beteiligung an den sozialen Kämpfen (die zunehmen werden) und vor allem auf unserer Glaubwürdigkeit beruht. Ich habe in diesem Sinne die Verantwortung für die Öffentlichkeitsarbeit von Fraktion und Partei übernommen und mich als Beauftragter West um den Aufbau der Linken gekümmert. Ich bin stolz auf das, was wir erreicht haben, aber ich sehe auch die Gefahren und Probleme. Unsere Partei vereint sehr unterschiedliche Kulturen, Biographien und Strömungen. Dies beinhaltet immer die Gefahr des destruktiven Gegeneinanders, wo doch gerade jetzt die Solidarität und die Fähigkeit zu gemeinsamer Aktion wichtiger denn je sind. Der Zusammenbruch des Finanzmarktkapitalismus wird uns vor ungeahnte Bewährungsproben stellen. Die Menschen beginnen sich von diesem System abzuwenden, aber das heißt noch lange nicht, dass sie sich für unseren Weg entscheiden. Wir müssen an programmatischer Klarheit und Aktionsfähigkeit deutlich zulegen. Unser Erfolg wird darüber entscheiden, ob die Weltwirtschaftskrise in Deutschland wieder in Armut der Mehrheit, Beseitigung von Demokratie und Krieg enden wird oder ob wir den Weg in eine Zukunft von Freiheit, Gleichheit und Solidarität gewinnen. In Baden-Württemberg wird die Krise besonders spürbar werden, da die Verantwortlichen gerade den Südwesten in eine beispiellose Abhängigkeit von Export und Autoindustrie getrieben haben. Wir sind also besonders gefordert. Ich glaube, dass wir gemeinsam erfolgreich sein werden: bei den Kommunalwahlen ebenso wie bei der Bundestagswahl. Unser Ziel sollte sein, unsere Mandatszahl im Bundestag zu verdoppeln. Dafür möchte ich mit Euch antreten.

Für Listenplatz 2 bewirbt sich:



Heike Hänsel, KV Tübingen. Hiermit bewerbe ich mich erneut als Kandidatin für den Bundestag auf Listenplatz 2. Mein Wahlkreis ist Tübingen. Neben meinem Wahlkreisbüro in Tübingen betreue ich die Region Südbaden mit einem Regionalbüro in Freiburg.

Seit Oktober 2005 sitze ich für Die Linke Baden-Württemberg im Bundestag. Im Juli 2005 wurde ich Mitglied der damaligen Linkspartei.PDS. Zudem bin ich Mitglied bei Attac, DFG-VK und Verdi. Ich bin seit vielen Jahren in der Friedensbewegung und globalisierungskritischen Bewegung in Baden-Württemberg, bundesweit und international aktiv.

Dies hat auch meine politische Arbeit im Parlament bestimmt. Ich bin Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und im Unterausschuss Vereinte Nationen sowie stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und in der Parlamentarischen Versammlung der Nato.

Meine thematischen Schwerpunkte sind: internationale Entwicklungs- und Friedenspolitik, gerechte und ökologische Welthandelsordnung. Geographischer Fokus: Lateinamerika und die Länder des Mittleren und Nahen Ostens. Ich habe eine Lateinamerika-AG innerhalb der Fraktion mitgegründet, die die neuen linken Regierungen und Bewegungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent solidarisch unterstützen will. Mit meinem Mandat habe ich auch versucht konkrete Solidaritätsarbeit zu leisten, z.B. durch direkte und kontinuierliche Unterstützung von Frauen- und Friedensaktivistinnen in Afghanistan, Iran, Israel, Palästina, Kolumbien, Bolivien. Auf lokaler und regionaler Ebene bei Arbeitskämpfen der Gewerkschaften und einzelner Belegschaften gegen weiteren Sozialabbau oder in der Flüchtlingsarbeit bei drohenden Abschiebungen etc. Mein zweites politisches Standbein liegt weiterhin in der außerparlamentarischen Bewegung, so z.B. bei den Anti-G8-Aktivitäten, zahlreichen alternativen Lateinamerika-Treffen, Kampagne gegen den EU-Reformvertrag und die Dienstleistungsrichtlinie, Kampagne gegen die EPAs (Freihandelsabkommen), Irak-Tribunal, Anti-Kriegs-Demonstrationen zu Afghanistan, Libanon, Gaza, oder aktuell den Vorbereitungen für die Anti-Nato-Aktivitäten im April in Strasbourg.

Diese Arbeit möchte ich gerne in der neuen Legislaturperiode fortsetzen. Dabei werde ich weiterhin klare antimilitaristische Positionen in die Fraktion einbringen als Teil einer aktiven Friedens- und Entwicklungspolitik, für globale soziale Rechte und ein ökologisches Weltenergiesystem. Inhaltlich arbeite ich seit 2007 für den Bereich Internationales in der Programmkommission der Partei mit.

Für Listenplatz 3 bewirbt sich:



Karin Binder, KV Karlsruhe, Patchworkfamilie mit Elwis Capece, Max und Dominik, Mittlere Reife, Ausbildung im Einzelhandel, Handelsfachwirtin IHK, Betriebsrätin und Betriebsratsvorsitzende in einem Bertelsmannunternehmen in Stuttgart, langjährige ehrenamtliche Gewerkschafterin, Verdi- und NGG-Mitglied, 2003 bis 2005 Regionsvorsitzende der

DGB-Region Mittelbaden, Mitglied u.a. bei VVN, DFG-VK, BUND, heute verbraucherpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag.

2005 bin ich als Kandidatin zur Bundestagswahl angetreten mit dem Ziel, die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen zu verbessern. Das steht für mich – wie der Wunsch nach sozialer Gerechtigkeit – nach wie vor im Mittelpunkt meines politischen Denkens und Handelns. Armut bekämpfen ist unsere wichtigste Aufgabe.

Unser Kampf gegen Armut muss weltweit geführt werden, indem wir vehement für Frieden eintreten und uns konsequent gegen Militäreinsätze aussprechen. In vielen Krisengebieten wird durch militärische Übergriffe mit Toten und Verletzten, durch die Zerstörung von Krankenhäusern, Schulen, Energie- und Wasserversorgung täglich mehr Armut geschaffen. Daran

verdient vor allem die Rüstungsindustrie. Nur ein ernst zu nehmender politischer Wille kann daran etwas ändern mit dem Stopp von Rüstungsexporten.

Ein wesentlicher Beitrag zur Bekämpfung von Armut in Deutschland, insbesondere für Frauen, ist der gesetzliche Mindestlohn. Damit Männer und Frauen von ihrer Arbeit auch leben können, sind mittlerweile 10 Euro pro Stunde unverzichtbar. Die Schaffung eines expandierenden Niedriglohnssektors ist menschenverachtend und produziert weitere Armut, Altersarmut. Die Aufstockung durch Hartz IV ist dabei nichts anderes als eine Subventionierung von Unternehmen zur Profitsteigerung. Menschenwürdige Lebensbedingungen schaffen wir mit einer repressionsfreien Grundsicherung für Alle. Es darf keine Rolle spielen, aus welchen Gründen jemand nicht in der Lage ist, ihr/sein Einkommen selbst zu erarbeiten. Ob jemand zu alt oder zu jung ist zum arbeiten, ob jemand krank oder behindert ist oder Familienarbeit leistet, Kinder betreut oder den/die PartnerIn pflegt – in dieser reichen Gesellschaft hat jede/r einen Anspruch auf eine individuelle Existenzsicherung, die eine Teilhabe an dieser Gesellschaft ermöglicht. Teilhabe an Kultur, Bildung oder gesellschaftlichem Leben ist mit Hartz IV jedoch nicht möglich. Deshalb gilt für mich nach wie vor: Hartz IV muss weg! Wir müssen an einer echten, langfristigen Alternative arbeiten.

Mit Hartz IV ist auch eine gesunde Ernährung z.B. ohne Pestizide oder Gentechnik kaum möglich. Doch um die Profite der Discounter zu sichern, werden Nahrungsmittel häufig nur billig produziert. Aber Lebensmittel haben ihren Preis, denn auch die ErzeugerInnen müssen davon leben können und gleichzeitig eine hohe Qualität gewährleisten. Linke Verbraucherpolitik muss gute und sichere Produkte auch für Menschen mit kleinem Geldbeutel gewährleisten.

Diese Arbeit möchte ich gerne zusammen mit euch fortsetzen und bitte deshalb um eure Unterstützung und meine Nominierung auf Platz 3.

Für Listenplatz 4 bewerben sich:



Franz Groll, KV Calw. Liebe Genossinnen und Genossen, da ich schon 65 bin, hatte ich mir vorgenommen, nach diesem Superwahljahr meine politische Aktivität etwas zu reduzieren. Ich hatte deshalb nicht vor, für einen Listenplatz zu kandidieren, zumindest nicht für einen der aussichtsreichen vorderen Plätze. Nun bewerbe ich mich doch für den Listenplatz 4 – warum?

Der Auslöser war ein Interview von Oskar Lafontaine im letzten „Freitag“. Da habe ich mich richtig geärgert, dass er als Lösungsansatz zur Überwindung der Wirtschaftskrise neben einer Stärkung der Binnennachfrage nur Investitionen in die Infrastruktur und die Bildung erwähnt. Es ist ihm wohl noch nicht bewusst, dass der Klimawandel die derzeit größte Bedrohung darstellt und deshalb gerade dort massiv investiert werden muss, insbesondere jetzt, auch zur Überwindung der Wirtschaftskrise. Das Erreichen der Klimaschutzziele bedarf unserer ganzen Kraft und Kreativität, es erfordert auch ein neues Wirtschaftssystem, das ohne wirtschaftliches Wachstum stabil ist und allen Menschen soziale Sicherheit und ein gutes Einkommen gewährleistet. Mich ärgert, dass der Parteivorstand in seiner Verlautbarung vom Oktober die Rückkehr zu wirtschaftlichem Wachstum fordert und sich von den anderen Parteien nur darin unterscheidet, wie man zu dem „gewünschten“ Wachstum kommen will.

Es muss uns auch zu denken geben, dass wir in der größten Krise des neoliberalen Kapitalismus in der WählerInnenzustimmung nicht zulegen konnten und das obwohl ganz offensichtlich ist, dass die neoliberale Politik der letzten Jahre für die Öffnung der Einkommensschere verantwortlich ist, die Finanzkrise verursacht und den Klimawandel beschleunigt

hat. Wann, wenn nicht jetzt, wollen wir den Durchbruch für eine neue Politik schaffen? Wir brauchen eine überzeugende Konzeption, wie wir die heutigen Probleme lösen wollen und gleichzeitig den zukünftigen Erfordernissen gerecht werden.

Ich will mich nicht länger ärgern, sondern mithelfen, dass wir besser werden, sowohl in der innerparteilichen Diskussion, wie auch in der Wirkung nach außen. Deshalb bewerbe ich mich für den Listenplatz 4, um die Chance zu erhalten, als Abgeordneter in der Fraktion neue Lösungsansätze einzubringen und um die Diskussion in der Partei zu beleben.

In meinem neuen Buch mit dem Titel „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“ mache ich umfangreiche Vorschläge zur Überwindung der Finanz-, Wirtschafts- und Klimakrise und ich zeige eine Vision von einer solidarischen Gesellschaft und der Überwindung des Kapitalismus in acht Schritten. Ich betrachte diese Lösungsvorschläge auch als einen Beitrag zur Diskussion für das Bundestagswahlprogramm und für das Parteiprogramm. Eine Kurzfassung des Manuskripts kann von meiner Homepage www.FranzGroll.de abgerufen werden. Wer das komplette Manuskript lesen möchte, kann dies bei mir anfordern, ebenso ein etwas ausführlicheres Bewerbungsschreiben. Ich bitte um eure Unterstützung. Mit solidarischen Grüßen, Franz



Andreas Kirchgeßner, KV Ortenaukreis. Jahrgang 1959, Mitglied der PDS seit 1994, dann Mitglied der Partei DIE LINKE. Beruf: Drucker und Druckformenhersteller, arbeite heute bei der Druckcooperative Karlsruhe. Als Vorsitzender des Ortsvereines Waldkirch der IG Medien und des DGB Ortskartells wurde ich 1999 vom Hauptvorstand der IG Medien ange-

fragt, ein bundesweites Mitgliederwerbeprojekt zu entwickeln und durchzuführen. Dieses Projekt konnte ich Ende 2003 mit einem messbaren Erfolg abschließen. Seit fünf Jahren bin ich als gewählter Vorsitzender des DGB Ortsverbandes Kehl-Hanauerland aktiv. Dazu beigetragen haben sicherlich meine ehrenamtlichen Aktivitäten als Streikführer in vielen Betrieben, in der Erwerbslosenarbeit, die Organisation der Montagsdemos in Offenburg, sowie die Installation der Erwerbslosenberatung im Ortenaukreis. Bereits vor einigen Monaten wurde ich von Betriebsräten aus dem Ortenaukreis zur Kandidatur zum Bundestag aufgefordert. Als aktiver Antifaschist bin ich Mitglied der VVN-BdA, Initiator und Sprecher des Rheinauer Bündnis „Bunt statt braun“. Das Verbot der NPD und aller neofaschistischen Organisationen ist längst überfällig und wird von mir nachdrücklich gefordert. Als Internationalist war ich 1994/96 maßgeblich am Aufbau der Druckerei „Las Ideas“ in Zusammenarbeit mit der Kooperative „Nueva Vida“ von und für Kriegsversehrte der FMLN in El Salvador beteiligt. Als aktiver Antimilitarist entschloss ich mich zur Totalverweigerung. Ich war Anfang der 1980er Jahre der dritte politische Totalverweigerer in der BRD, den ein Landgericht nicht in das Gefängnis schicken konnte. Dies gelang durch eine breite Solidarität, wirksame Öffentlichkeitsarbeit und die fundierte Analyse der Rolle der BRD innerhalb der Nato. Derzeit bin ich vor Ort im Anti-Nato-Bündnis (Kehl – Strasbourg – Baden-Baden) engagiert und im Bereich Presse- und Öffentlichkeitsarbeit tätig. Der Aufbau von breiten und wirkungsvollen außerparlamentarischen Bündnissen ist für mich Garant für erfolgreiche politische Arbeit auf Bundes-, Landes- und Kreisebene. Mit auf meine Initiative hin wurden Ortsverbände unserer Partei im flächengrößten Landkreis von Baden-Württemberg gegründet. Ich selbst bin Mitglied im Vorstand des Ortsverbandes DIE LINKE. Kehl am Rhein.

Meine politische Arbeit vor Ort werden auch meine Schwerpunkte im Bundestagswahlkampf 2009 sein: die Verstärkung der sozialen Bewegungen/Gewerkschaften zu den

Themenbereichen: Abschaffung von Hartz 4, Einführung eines Mindestlohnes, Herabsetzung des Renteneintrittsalters, Kampf gegen die Altersarmut. Ein weiterer wichtiger Punkt wird die Forderung nach Rekommunalisierung der öffentlichen Daseinsvorsorge sein.

Das neoliberale Modellprojekt des Eurodistriktes Strasbourg-Kehl/Ortenau wird derzeit nach den Vorgaben des Lissabonner Abkommens entwickelt und realisiert. Hier sind wir gefordert, uns auch auf der bundespolitischen Ebene zu positionieren.

Der Wahlkreis 284/ Offenburg, in dem ich als Direktkandidat antrete, ist von besonderer Bedeutung für unsere Partei. Er bietet die Möglichkeit der Auseinandersetzung zu vielen bundespolitischen Themen und der Ausstrahlung in den Wahlkreis, in dem auch Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble antreten wird.

Deshalb kandidiere ich für Platz 4 der Landesliste Baden-Württemberg.



Carsten Labudda, KV Heidelberg/Rhein-Neckar. Ich heiße Carsten Labudda und bin Vorsitzender des OV Weinheim und Mitglied im Kreisvorstand des KV Heidelberg/Rhein-Neckar. Ich kandidiere im Wahlkreis Heidelberg für den Bundestag. Unsere Kreismitgliederversammlung hat mich in geheimer Wahl einstimmig als Kandidat für Platz 4 der Landesliste

nominiert. Ich bin 33 Jahre alt und habe an der Uni Heidelberg Politologie und Germanistik studiert. Nach meinem Examen habe ich mich beruflich umorientiert und arbeite seitdem als Softwareentwickler. Anfang 1994 trat ich in die PDS ein. Mein Schwerpunkt war der Aufbau des Jugendverbandes. Von 2001 bis 2003 war ich Bundessprecher von [solid]. Nach dem Ende meiner aktiven Zeit wurde ich von der Linksjugend [solid] Baden-Württemberg zum Ehrenmitglied ernannt, was mich bis heute mit Dankbarkeit erfüllt.

Wir erleben seit dem Aufstieg der Ideologie des Neoliberalismus einen immer aggressiveren Sozialabbau, der Millionen Menschen in Erwerbslosigkeit, prekäre Beschäftigung und Armut stürzt. Gleichzeitig verstärken sich die Tendenzen des Staates, „Ruhe und Ordnung“ mit immer repressiveren Mitteln aufrecht zu erhalten. Sozialabbau und Freiheitsabbau sind zwei untrennbare Seiten einer Medaille.

Die Liste der Eingriffe des Staates in die Grundrechte seiner Bürger ist seit Kanther, Schily und Schäuble immer länger geworden. Alles dies gehört zum neokonservativen Leitbild des „präventiven Sicherheitsstaates“, das alle Menschen unter Generalverdacht stellt und immer mehr Macht in Richtung der Exekutive verschiebt.

Stattdessen trete ich für den Ausbau der Grund- und Bürgerrechte ein. Dazu gehören u.a. folgende Punkte:

Auf Bundesebene gibt es keine direkte Demokratie. Die Abschottung der Eliten gegen selbstbestimmte Sachentscheidungen der Bevölkerung hat nicht unmaßgeblich zum Abheben der politischen Klasse beigetragen. Meiner Meinung nach muss es auf allen Ebenen Volkinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid geben.

Die Eingriffsbefugnisse der Sicherheitsbehörden müssen wieder auf ein angemessenes Maß zurückgeführt werden. Das BKA-Gesetz muss vom Tisch. Auch im Bereich der Sicherheit erleben wir seit Jahren Privatisierungen. So werden inzwischen sogar an Flughäfen die Kontrollen durch private Sicherheitsdienste übernommen. Union und SPD wollten sogar die Luftsicherung verkaufen. Das ist eine fatale Entwicklung. Deshalb will ich mich dafür einsetzen, dass die Gewährleistung von Sicherheit wieder in einem größeren Umfang zu einer gesellschaftlichen Aufgabe wird. Die Privatisierung von staatlichen Sicherheitsleistungen lehne ich ab. Nach den Überwachungs-

kandalen bei Lidl, Telekom & Co ist es höchste Zeit, dass ein Arbeitnehmerdatenschutzgesetz eingeführt wird. Das wurde uns schon vor über 10 Jahren versprochen.

Dass DIE LINKE sich weiter vehement für die Überwindung von Hartz IV einsetzt und DIE Friedenspartei in Deutschland bleibt, gehört für mich zu den selbstverständlichen Grundlagen jeder Kandidatur für unsere Partei.



Michael Schlecht, KV Stuttgart, Direktkandidat Mannheim. Ich bin verheiratet, habe zwei Töchter und lebe in Stuttgart seit 1980. Geboren bin ich 1951. Seit November 2006 war ich Mitglied im Bundesvorstand der WASG, seit Juni 2007 bin ich im Parteivorstand DIE LINKE und einer der beiden Gewerkschaftspolitischen Sprecher. Ich bin vom KV Mannheim zum

Direktkandidaten zur Bundestagswahl gewählt worden. Nach der Mittleren Reife begann ich Ende 1960er Jahre in Hamburg als Drucker. 1969 habe ich den Kriegsdienst verweigert und Ersatzdienst geleistet. 1973 bin ich nach Westberlin gegangen und habe zuerst das Studium als Wirtschaftsingenieur und dann als Volkswirt abgeschlossen. Von 1980 bis 2001 war ich in der IG Druck und Papier bzw. IG Medien in Stuttgart zuständig für Tarif- und Betriebspolitik. Ich war maßgeblich beteiligt an den großen Kämpfen der 1980er Jahre um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche. Dabei ging es vor allem um die Verbesserung der Lebenslage und den Kampf gegen Arbeitslosigkeit. Ich habe schmerzlich miterlebt, wie seit Anfang der 1990er Jahre der Druck auf die Beschäftigten deutlich anstieg und Arbeitslosigkeit zunahm. Die Gewerkschaften gerieten zunehmend in die Defensive. Neoliberale Wirtschaftspolitik, politischer Druck und massive Deregulierung – das sind die Ursachen. Wir brauchen eine stärkere Politisierung und Gegenwehr der Gewerkschaften. Deshalb übernahm ich 2001 gerne den Aufbau des Bereiches Wirtschaftspolitik beim Bundesvorstand von Verdi in Berlin. Spätestens mit der Agenda 2010 war klar: Wir brauchen auch eine neue starke linke Partei. Deshalb habe ich seit Anfang 2004 den Aufbau der WASG unterstützt, später dann DIE LINKE.

Das Wahljahr 2009 steht im Zeichen der schwersten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise seit 60 Jahren. Wir müssen 2009 mit einem Anstieg der Arbeitslosigkeit um mehr als einer Million rechnen. Einen derartig schnellen Anstieg hat es in den letzten Jahrzehnten nie gegeben. Schwerste soziale Erschütterungen mit erheblichen politischen Verwerfungen sind zu gewärtigen. Alles läuft in kürzester Zeit ab. Fast wie im freien Fall. Für DIE LINKE sind damit enorme Herausforderungen verbunden. Bei vielen Menschen besteht erheblicher Orientierungsbedarf. Forderungen werden formulierbar, die noch bis September 2008 als linksradikale Spinnerei galten. Zum Beispiel die Vergesellschaftung der Banken und eine 5prozentige Millionärsteuer. DIE LINKE ist die Partei für soziale Gerechtigkeit. Dies muss erhalten und weiter ausgebaut werden. Der Kampf gegen Hartz IV, für den gesetzlichen Mindestlohn und die Gute Rente sind hierfür zentrale Elemente. Aber in Anbetracht der wirtschaftlichen Rezession und dem Crash der Finanzmärkte muss die wirtschaftspolitische Kompetenz breit gestärkt werden. Hier sehe ich mich besonders gefordert – in der Partei ist dies seit langem ein wichtiger Schwerpunkt für mich. Ab Herbst 2009 möchte ich auch aus der Bundestagsfraktion heraus vor allem für die Stärkung unseres wirtschaftspolitischen Profils wirken.

Für Listenplatz 5 bewerben sich:

Annette Groth, KV Stuttgart. Direktkandidatin in Pforzheim. Seit meiner Jugend bin ich politisch aktiv, vor allem in der Anti-Atom-, Friedens- und 3.Weltbewegung. 2001 habe ich attac Stuttgart mit gegründet und die bundesweite Anti-



GATS-Kampagne (GATS: Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen) initiiert.

Als Soziologin war ich in verschiedenen Positionen im In- und Ausland tätig (u.a. beim UN-Flüchtlingskommissariat in Genf, als Direktorin einer Tourismus-kritischen 3.Welt Organisation in Barbados/Karibik, Referentin bei Brot für die Welt). Seit Juni 2007

arbeite ich in der Bundestagsfraktion DIE LINKE, zuerst in der Bund-Länder-Koordination mit Schwerpunkt Europa, seit Februar 2008 als developmentpolitische Referentin.

Seit 2006 gehöre ich dem Landesvorstand an. Ich bin Mitglied in der LAG und BAG Frieden und Internationale Politik und aktiv im feministischen Netzwerk der Europäischen Linken. Ich bin Mitinitiatorin der LAG Frauen, weil ich mir mehr aktive Frauen in unserer Partei wünsche (Armut ist weiblich). Im November haben wir die LAG Europa gegründet, die bei den anstehenden Wahlen über die Auswirkungen der EU-Politik auf regionaler und kommunaler Ebene informieren will. Obwohl 80% unserer Gesetze aus Brüssel kommen, wird EU-Politik weiterhin stiefmütterlich behandelt. Ich setze mich für ein anti-militaristisches, soziales, demokratisches und ökologisches Europa ein und bin darum gegen den Vertrag von Lissabon.

Ich bin gegen Hartz IV („offener Strafvollzug“) und halte die wachsende soziale Ungerechtigkeit für skandalös. Laut ILO-Bericht vom November 2008 wächst die Kluft zwischen arm und reich in der Bundesrepublik, Polen und den USA am schnellsten.

Ich kämpfe gegen den zunehmenden Rechtsextremismus und möchte den weit verbreiteten Mythos von der Bedrohung durch den Terrorismus entlarven. Dieser dient lediglich als Rechtfertigung für zunehmende Militarisierung nach innen (Taser-Waffen!) und nach außen. Der Kampf gegen Sozial- und Demokratieabbau, gegen den Ausbau des Überwachungsstaats, gegen eine zunehmende Militarisierung und gegen Rechtsextremismus gehören zusammen.

Neben der Finanz- und Wirtschaftskrise wird die Ökologiekrise immer vordringlicher. Wir sollten die aktuelle Krise der Ökonomie und der Ökologie für eine radikale Umstellung unseres Wirtschaftssystems nutzen. Eng verbunden mit der Ökologie und Ökonomie ist die Verschwendung von Ressourcen für die Rüstung. Ich setze mich für Friedenspolitik und darum für eine radikale Kürzung der Rüstungsausgaben ein; stattdessen sollten wir diese Milliarden in unser defizitäres Bildungs- und krankes Gesundheitssystem investieren sowie in den Ausbau eines sozial verträglichen öffentlichen Nahverkehrs.

Es gibt Alternativen zur vorherrschenden „Wachstums- und Wettbewerbspolitik“, die Arbeitsplätze vernichtet, soziale Ungerechtigkeit produziert und in jeder Beziehung zerstörerisch wirkt. Eine andere Politik ist möglich und nötig!



Silvia Ofori, KV Hohenlohe/Schwäbisch Hall. Geboren 1956 in Schwäbisch Hall. 1975 Abitur am Wirtschaftsgymnasium in Schwäbisch Hall. Ende der siebziger Jahre Einstieg in die politische Arbeit über die Ökologiebewegung in einer Bürgerinitiative, die den Bau einer Tierkörperbeseitigungsanlage am Rande eines Naturschutzgebietes in meinem Wahlkreis verhindern konnte. Ausbildung zur Bankkauffrau und Mitglied in der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen. Aktiv in der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes mit dem Schwerpunkt Kampf gegen Neonazis. Sehr wichtig war mir dabei die Organisation funktionierender Bündnisse. Arbeit im

Landesvorstand der VVN und in der Neofaschismuskommision. Große Menschen wie Edo Leitner, Alfred Hauser und Gertrud Müller kennen zu lernen und ihren Mut zum Widerstand zu erfahren, haben mich sehr geprägt. Gegen die Diskriminierung von Frauen und für die Herstellung ihrer vollen gesellschaftlichen Gleichberechtigung engagiere ich mich bereits seit Jahren vor allem durch meine Frauenarbeit im DGB in Schwäbisch Hall mit der Organisation der Internationalen Frauentagsveranstaltungen unter Beteiligung vieler örtlicher Frauenorganisationen – bis heute. 1983/84 achtmonatiger Auslandsaufenthalt in Südamerika, USA und Ägypten und Vertiefung meiner Sprachkenntnisse. Danach Wiedereinstieg in meinen erlernten Beruf. Seit Mitte der 80er Jahre verstärkt ehrenamtliche Gewerkschaftsarbeit und seit 1986 Betriebsratstätigkeiten. Seit 1987 freigestellte Betriebsrätin. Auf gewerkschaftlicher Ebene viele verantwortungsvolle Ämter wie Tarifkommissionsmitglied, Bundesfrauenrat, stellvertretende Vorsitzende von hbv Baden Württemberg. 1991 Heirat mit Amanor Ofori aus Ghana, Musiker. Häufige Reisen nach Ghana.

Mitglied in der WASG seit 2004. Seit 2005 im Landesvorstand, danach im Interims-Landesvorstand und jetzt auch im neu gewählten Landesvorstand. Die WASG war meine erste Partei. Mein Arbeitsschwerpunkt auf Landesebene ist neben der Landesvorstandarbeit die Organisation der LAG Frauenpolitik. Daneben Mitglied der LAG Betrieb und Gewerkschaft, der BAG Frieden und internationale Politik und der BAG Lisa. Mitgliedschaften: Frauenzentrum, VVN, Naturfreunde, attac, green peace, verdi, club alpha 60, radio sthörfunk, Deutscher Esperantobund. In meiner knapper werdenden Freizeit beschäftige ich mich neben Politik mit afrikanischem Tanz und Weltmusik, Feldenkrais, Theaterpädagogik, Sprachen (englisch, französisch, spanisch, russisch, esperanto), Reisen.

Was mich wirklich an der Kandidatur und am Amt einer Bundestagsabgeordneten reizt, ist die Herausforderung, auf breiter gesellschaftlicher Ebene Druck von links zu machen. Das hat unsere Republik nötig. Täglich wird das Versagen des kapitalistischen Systems deutlicher. Die Situation der Armen in unserem reichen Land ist bedrückend. Für mich ist der globale Blick, wie ihn Rosa Luxemburg unermüdlich anmahnte, besonders wichtig. Ich will dazu beitragen, eine Zukunft mit positiven Perspektiven und Entwicklungen für die Mehrheit der Menschen zu schaffen.

Was mich wirklich an der Kandidatur und am Amt einer Bundestagsabgeordneten reizt, ist die Herausforderung, auf breiter gesellschaftlicher Ebene Druck von links zu machen. Das hat unsere Republik nötig. Täglich wird das Versagen des kapitalistischen Systems deutlicher. Die Situation der Armen in unserem reichen Land ist bedrückend. Für mich ist der globale Blick, wie ihn Rosa Luxemburg unermüdlich anmahnte, besonders wichtig. Ich will dazu beitragen, eine Zukunft mit positiven Perspektiven und Entwicklungen für die Mehrheit der Menschen zu schaffen.



Sabine Rösch-Dammenmiller, KV Göppingen. Lauterstein-Weissenstein, Kreis Göppingen, 46 Jahre, zwei Kinder, beschäftigt im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe in einer christlichen Kinder- und Jugendhilfeeinrichtung in Schwäbisch Gmünd.

Am Tag der Parteigründung Eintritt in die WASG, Kreisschatzmeisterin im KV Göppingen-Geislingen, Mitglied im geschäftsführenden Landesvorstand, ÖTV/Verdi-Mitglied seit Anfang der 80er, über zehn Jahre Personalrätin und mehrere Jahre Arbeitnehmervertreterin im Verwaltungsrat. Mitglied bei Greenpeace. In der Partei bin ich Mitglied in der LAG Frauen und in der LAG „Betrieb- und Gewerkschaft“.

Liebe Genossinnen und Genossen, auf dem Cottbuser Parteitag wurde ein Beschluss zu linker Familienpolitik gefasst. Ich betrachte diesen Beschluss für mich als einen Auftrag und als die Arbeitsgrundlage für meine Bewerbung auf der Landesliste. So wurde einerseits mit dem reaktionären Familienbild der Konservativen aufgeräumt, andererseits herrscht Klarheit, dass die „Heimchen-am-Herd-Politik“ der Christa Müller nicht Parteilinie ist. Mit diesem Beschluss wird auch eine realistische politische Alternative aufgezeigt, die sich an den wirklichen Problemen der Betroffenen (in der Regel Frauen) orientiert. Damit gibt es eine klare Alternative zur

Liebe Genossinnen und Genossen, auf dem Cottbuser Parteitag wurde ein Beschluss zu linker Familienpolitik gefasst. Ich betrachte diesen Beschluss für mich als einen Auftrag und als die Arbeitsgrundlage für meine Bewerbung auf der Landesliste. So wurde einerseits mit dem reaktionären Familienbild der Konservativen aufgeräumt, andererseits herrscht Klarheit, dass die „Heimchen-am-Herd-Politik“ der Christa Müller nicht Parteilinie ist. Mit diesem Beschluss wird auch eine realistische politische Alternative aufgezeigt, die sich an den wirklichen Problemen der Betroffenen (in der Regel Frauen) orientiert. Damit gibt es eine klare Alternative zur

stromlinienförmigen Familienpolitik einer Ministerin von der Leyen, die nur Gutverdienere nutzt. Diese Familienpolitik der LINKEN, geht von der gesellschaftlichen Realität aus, wie ich sie jeden Tag in meiner Arbeit wahrnehme. Ganz viel realistisches Elend wurde durch Gesetze, vor allem durch die Hartz-Gesetze herbeiregiert. Dieses Elend ist aber nicht ausweglos oder „ohne Alternative“, sondern änderbar.

Obwohl die familienpolitischen Rahmenbedingungen in Berlin gemacht werden, findet die Umsetzung der Politik in den Kommunen statt. Deswegen sehe ich es als Abgeordnete als meine Aufgabe an, zu allen kommunalen Räten in denen wir sitzen, enge Verbindung zu halten. Und dort auch mit großer Präsenz für unsere Familienpolitik zu werben. Dieses Angebot gilt übrigens auch jetzt schon für den Kommunalwahlkampf und völlig unabhängig davon, auf welchen Listenplatz mich die Delegierten letztlich wählen.

Wir müssen davon ausgehen, dass durch die Untätigkeit der Bundesregierung die Folgen der Konjunktur- und der Finanzmarktkrise wie üblich auf die „kleinen Leute“ abgewälzt werden. Demgegenüber stehen unsere Forderungen nach dem Ausbau der Einrichtungen, die ein selbstbestimmtes Leben der „kleinen Leute“, vor allem der betroffenen Frauen erleichtern, oft erst ermöglichen: Öffentlicher Nahverkehr, Kinderkrippen, Pflegestützpunkte, Ausbau der Familienhilfen...

Hierzu gibt es schon ganz ordentliche Gesetze auf dem Papier, die nun umgesetzt werden müssen. Andere Gesetze, die der Lebenswirklichkeit vieler Frauen und Männer zu mehr Menschlichkeit und Gerechtigkeit verhelfen können, gilt es auf den Weg zu bringen. Genau das will ich tun.

Ich danke für Euer Vertrauen, Sabine



Uta Spöri, KV Freiburg. 53 Jahre; Beruf: Chemisch-Technische Assistentin, seit 33 Jahren beschäftigt im Bereich der Unikliniken Freiburg, Personalrätin, Vertrauensfrau, stellv. Beauftragte für Chancengleichheit, Mitglied Tarifkommission. Gewerkschaftsmitglied (Verdi, vorher HBV, ÖTV) seit Beginn meiner Berufstätigkeit 1975.

Politischer Lebenslauf: Von Jugend an, seit 1969 politisch aktiv im Aufbau der Schülerbewegung gegen Notstandsgesetze und Vietnamkrieg. 1973–75 während meiner Berufsausbildung Schülersprecherin der Gewerbeschule. 1974 Bauplatzbesetzung und Verhinderung des Bleichemiewerks Marckolsheim (Elsaß) und 1975 bis 76 AKW Wyhl. Friedensbewegung, Nato-Nachrüstung (80er Jahre). Ab Kosovokrieg verstärktes politisches Engagement, vorwiegend Antikriegsarbeit, globalisierungskritische Bewegung: 2001 Aufbau attac Freiburg: Organisation zahlreicher Antikriegsdemos 2001 (Afghanistan), 2003 (Irak). Aktionen gegen Sozialabbau, Agenda 2010, Mitinitiatorin der Freiburger Montagsdemos gegen Sozialabbau 2004, Beteiligung an Aufbau und Gründung der WASG Freiburg, seit 2005 Mitglied im Kreisvorstand, Mitglied im Sprecherrat LAG Betrieb & Gewerkschaft, Mitglied der Sozialistischen Linken, Unterstützerin des Netzwerks Marx 21, Mitglied der VVN-BdA.

Seit Beginn meiner Berufstätigkeit kontinuierliche gewerkschaftliche Vertrauensleutearbeit, 1996 Mitorganisation der Proteste gegen Rechtsformwechsel (Umwandlung von Landesbetrieb in Anstalt des Öffentlichen Rechts). Organisation betrieblicher Aktionen gegen Krieg: Kosovo, Afghanistan, Irak. Mitorganisation der ersten großen Uniklinik-Streiks 2005, die Auftakt zu bundesweiten Klinikstreiks waren.

Politische Schwerpunkte: Von Jugend auf ist es mir ein Anliegen, an der Basis der Gesellschaft aktiv zu sein, Menschen für ihre berechtigten Interessen zu Aktivitäten zu bewegen, die Augen zu öffnen für Alternativen. Mit wäre es wichtig, eine feste, gewachsene Verbindung herzustellen zwischen Bewegung bzw. Organisation von Bewegung „auf der

Strasse“ und im betrieblichen und gewerkschaftlichen Bereich einerseits und der Arbeit im Parlament andererseits.

Durch meine vielfältigen Erfahrungen denke ich, daß ich in meiner Person genau diesen Zusammenhang darstelle und würde mich freuen, dies in einer klaren, linken Fraktionsarbeit umsetzen zu können. Ich halte unser Zukunftsinvestitionsprogramm für einen wichtigen Schritt zu einer gerechteren Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums.

Für mich persönlich wichtigste Forderungen sind: Keine Militäreinsätze der Bundeswehr – nicht außen und nicht im Inneren! Keine Privatisierungen! Keine Leiharbeit und keine 1-Euro-Jobs – sichere, menschenwürdige Arbeitsplätze! Abschaffung von Hartz IV! Die Wirtschaft muß wieder den Menschen dienen!

Als Abgeordnete aus Südbaden könnte und möchte ich aktiv daran mitarbeiten, den Parteaufbau der Linken in unserer Region ein gutes Stück voran zu bringen.

Mein KV unterstützt meine Bewerbung auf Platz 5 der Landesliste.

Für Listenplatz 6 bewerben sich:



Günter Gent, KV Lörrach. Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte mich mit Unterstützung des KV – Lörrach für die Landesliste bewerben. Ich bin Mitglied von Anfang an im Verein der WASG, auf Grund meiner Initiative wurden die WASG und der erste Kreisverband der WASG in Südbaden gegründet. Als Mitglied der WASG

stand ich schon 2004 mit Klaus Ernst in Freiburg auf dem Marktplatz für die WASG.

Ich bin verheiratet, habe 2 Kinder, Betriebswirt im Ruhestand und lebe im schönen Schopfheim im Südschwarzwald. 1976 bin ich zum Großversandhaus Schöpflin gewechselt und dort in der EDV-Organisation und Systementwicklung tätig gewesen. War auch dort im Betriebsrat tätig. Mein Alter von noch 61 Jahren soll für mich kein Hindernis sein, bin sportlich immer noch ausdauernd und sehr aktiv.

Mein Beweggrund, mich für diesen Platz auf der Landesliste zu bewerben, ist die Tatsache, dass ich durch die Teilnahme an der Bundestagswahl 2005 als PDS-Kandidat im Wahlkreis Lörrach-Müllheim mit 3,1% der Stimmen mehr als 100% Plus für die PDS geholt habe. Mein Ziel ist, mit meinen Parteikolleginnen und Parteikollegen mindestens 5 % zu erreichen. Ich habe also im tiefen schwarzen Süden dieser Republik dafür gesorgt, dass die damalige PDS mit einem ordentlichen Plus im Wahlbezirk Lörrach-Müllheim zur Kenntnis genommen wurde. Ziel ist eine soziale und gerechte Lebenssituation für die die Bürger unseres Landes zu erreichen.

Dass ich mich politisch aktiv betätige, hat auch damit zu tun, dass unsere gesellschaftliche Situation, speziell im Bereich der Einkommensverhältnisse zwischen Arbeitnehmern und Manager so dermaßen aus dem Ruder gelaufen ist. Die Verarmung, die ich durch viele Begegnungen mit meinen Mitbürgern auf den Marktplätzen in meinem Wahlbezirk erfahren habe, hat mich bestärkt, mich für die Linke aktiv einzusetzen. Die Abschaffung von Hartz 4 und die Einführung von Mindestlöhnen, sowie die Anpassung der Renten an die Preissteigerungen und realen Kostensteigerungen für Rentner, ist für mich unbedingt notwendig. Auch sind für mich Kontrollinstrumente für bestimmte Schlüsselindustrien unbedingt wichtig, die die Lenkung und Mitbestimmung der Politik voraussetzen (teilweise Investitionen des Staates durch Kredite – Steuergelder! –, Bereiche der Verkehrsführung – Bahn und Straße, Technologie und Energie). Das beste Beispiel für die Wahrung von grundlegenden nationalen Voraussetzungen (auch innerhalb der EU) ist unser Nachbar Frankreich.

Sehr wichtig sind für mich auch der Kontakt und die Un-

terstützung von Staaten außerhalb der EU, die völkerrechtlich alles tun, ihre Bürger und ihre Nachbarn fair und vernünftig zu behandeln. Ich kann für mich sagen, dass ich mich voll einsetzen werde für eine ausgewogene gesellschaftliche Situation in unserem Land und in Europa, deshalb bitte ich Sie um meine Unterstützung.



Richard Pitterle, KV Böblingen. Liebe Genossinnen und Genossen, hiermit bewerbe ich mich für den Platz 6 der Landesliste. Die Kreismitgliederversammlung hat mich anlässlich der Wahl zum Wahlkreis kandidaten am 25.9.2008 einstimmig für den Platz 8 nominiert. Nachdem Tobias Pflüger inzwischen erklärte, nicht für den Bundestag zu kandidieren, habe ich

mich entschlossen für Platz 6 zu kandidieren.

Persönliche Angaben: Ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe 2 Kinder. Ich gehöre zu den vielen Immigranten im Land. 1970 bin ich mit meinen Eltern von der CSSR nach Deutschland umgesiedelt. Seit 28 Jahren lebe ich in Sindelfingen. richard.pitterle@linke-bb.de

Beruf: Als Fachanwalt für Arbeitsrecht bin ich in einer Anwaltskanzlei in Stuttgart tätig, die im Arbeitsrecht überwiegend lohnabhängig Beschäftigte, Betriebsräte und viele Gewerkschaften vertritt.

Politische Aktivitäten und Engagement: Seit meiner Schulzeit bin ich politisch aktiv. Als Schülersprecher am Gymnasium in Sindelfingen. Seit dem 15. Lebensjahr bin ich Mitglied der VVN-Bund der Antifaschisten und dort von 1975 bis 1990 in den Funktionen als Kreisvorsitzender aktiv. 1980 habe ich die Friedensbewegung im Kreis Böblingen mitbegründet. Im Dezember 1990 wurde ich Mitglied der PDS. Von 1991 bis 1998 war ich als Landesschatzmeister der PDS in Baden-Württemberg tätig. Als Mitglied des geschäftsführenden Landesvorstands war ich am Parteaufbau und Organisation der Wahlkämpfe beteiligt. Ebenso war ich Gründungsmitglied und von 1998 bis 2005 Schatzmeister der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg.

Seit 2002 war ich Kreisvorsitzender der PDS und bin seit Juli 2007 Kreisvorsitzender der Linken.

Sonstige Mitgliedschaften: Ich bin Mitglied der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Baden-Württemberg, der VVN-Bund der Antifaschisten, der deutsch-kubanischen Freundschaftsgesellschaft und des Vereins Internationale Städtepartnerschaft ISPAS.

Freizeit: In meiner Freizeit spiele ich Volleyball, tanze Casino (salsa cubana) und Tango Argentino. Regelmäßig bin ich auch als DJ bei Salsa-Partys tätig.

Warum kandidiere ich? In meinem Beruf gehört es zur meiner Arbeit die Interessen meiner Mandantinnen und Mandanten zu vertreten. Als Politiker und Abgeordneter der Linken will ich die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung im und außerhalb des Parlaments vertreten. Diese Mehrheit will die Dominanz der Kapitalinteressen über die sozialen, ökologischen und kulturellen Interessen des Volkes überwunden wissen. Diese Mehrheit lehnt die Beteiligung Deutschlands an den Kriegen ab. Diese Mehrheit lehnt eine weitere soziale Spaltung der Gesellschaft durch weitere Umverteilung von unten nach oben ab.

Mir ist bewusst, dass die sich oben genannten Interessen der Mehrheit nicht in den Abstimmungen und Diskussionen des Parlaments allein durchsetzen lassen. Hierzu bedarf es einer starken sozialen Bewegung von unten, die dem außerparlamentarischen Druck der Unternehmer- und anderer Lobbyverbände entgegenwirkt.

Adelbert Ringwald, KV Emmendingen. Diplom-Betriebswirt BA; Steuern- & Prüfungswesen, 43 Jahre, ledig, zwei



Kinder, Sprecher/Gründer LAG Wirtschaftspolitik, Verdi-Mitglied, eingetretet als Mitglied der LINKEN, Wahlkampf: Hessen, Niedersachsen, Hamburg, Bayern, Hartz IV-Initiativen, Lissabon-Vertrag, Gewerkschaftsinitiativen Mindestlohn, Gentechnik, Besteuerung und Gesetzgebung.

Die Armut von Kindern ist in BW am höchsten von allen Bundesländern (von 2,2 Mio. / 645.000). Das Lohndumping und die Steuerungerechtigkeit für Arbeitnehmer ist in BW nur noch von Bayern übertroffen (Abwahl Beckstein). Die Auswirkungen des Lissabon-Vertrages werden in 2009 schärfer werden, als selbst ihre Urheber annahmen. Englische Gerichte haben die Charta zum Lissabon-Vertrag aufgehoben, trotz Zustimmung der englischen Gerichte. In Großbritannien kann niemand Rechtsschutz mit der Charta erhalten. Dies wird sich fortsetzen. Die Finanzkrise wird als Vorwand genommen über 50 Milliarden € Geschenke an Reiche zu verteilen, die diese Situation verursacht haben. Das Wahljahr 2009 wird daher entscheidend und weichenstellend sein. Gelb-Schwarz kann nur an die Macht kommen, wenn die Linke zu schwach bleibt. Keine andere Partei als die Linke kann dies verhindern. Rot-Schwarz kann gegen eine starke Linke im Deutschen Bundestag den weiteren Sozialabbau nicht fortsetzen. Ich kandidiere daher für den Deutschen Bundestag, da es darauf ankommen wird, stark aus den Wahlen hervorzugehen und eine qualifizierte linke Politik im Parlament und der Gesetzgebung nicht nur zu diskutieren, sondern konkret umzusetzen.

Ich möchte mich daher vorrangig für eine starke Wirtschafts-, Gewerkschafts- und Steuerpolitik einsetzen, da davon nicht nur das Wahlergebnis der Linken abhängt, sondern auch die entscheidende Gesetzgebungsverfahren in der Legislaturperiode abhängen. Die auch unter dem Eindruck der Finanzkrise betriebenen und beabsichtigten Gesetzverschärfungen, Lohnraub und massiver Abbau der Grundrechte muss eine starke Gegenmacht finden.

Bei einem entsprechenden Engagement und der konsequenten Beachtung der politischen Ziele kann die DIE LINKE 15 % oder mehr bei der Wahl zum Deutschen Bundestag erreichen, damit wichtigen Einfluss auf die Gesetzgebung, Regierungspolitik und Justiz zu Gunsten aller Menschen, ihren Lebens- und Arbeitsverhältnissen nehmen. Dies ist unabdingbar und Voraussetzung für alle weiteren Ansätze, für den politischen Erfolg, die Akzeptanz und das Wirken der LINKEN. Ich möchte hierzu meinen vollen Beitrag mit meiner Kandidatur leisten. Die Angriffe auf die Demokratie in der Bundesrepublik wird gerade im Wahljahr 2009 – nicht etwa nur von rechtsradikalen und faschistischen Gruppen – massiver werden, sondern die Repression mit Hartz IV, Mindestlohnthematik, Entlassungen, Lohnraub, Subventionsbetrug, Steuerflucht, Einschüchterung und Diskriminierung – gerade auch von Frauen – notwendiger und zwangsläufiger werden. Die vorsätzliche Verabschiedung von verfassungswidrigen Gesetzen (z.B. Pendlerpauschale, Hartz, Luftsicherheitsgesetze u.a.) hat Methode muss von der Linken bekämpft so wie auch parlamentarisch entschieden angegriffen werden. Die Menschen verlassen sich auf uns.



Detlef Schöning, KV Bodensee. Für die LINKE in der Region Oberschwaben/Bodensee in den Bundestag! Die Genossinnen und Genossen in den Kreisverbänden Bodensee, Ravensburg und Sigmaringen haben sich entschieden: Eine Vertretung der Region im Bundestag ist unverzichtbar. Ich bin ihr Kandidat und habe den Auftrag, mich um Platz 6 der Landesliste zu bewer-

ben. Wer bin ich? 54 Jahre, verheiratet, 2 erwachsene Kinder, geboren in Halle/Saale, aufgewachsen in Schwerin, Abitur, FDJ, SED 1975 bis 1989. Offizierausbildung bei der Volksmarine mit Abschluss Hochschulingenieur. 1990 abgewickelt mit letztem Dienstgrad Korvettenkapitän bei Auflösung der DDR-Streitkräfte. Nach Umschulung in Hamburg seit 1991 Arbeiter im Drei-Schicht-Betrieb eines namhaften Unternehmens der Metallindustrie in Friedrichshafen. Mitglied der IGM seit 1991, Vertrauensmann von 1992 bis 2004. Gründungsmitglied der Denkschule für das Solarzeitalter e.V. Stv. Kreisvorsitzender der Partei DIE LINKE. KV Bodensee.

Wofür stehe ich? Arbeitnehmer, Rentner, Erwerbslose und Kinder müssen in Deutschland zu ihrem Recht kommen. Es muss endlich Schluss sein mit einer Politik, die gegen die Interessen der Mehrheit betrieben wird. Wenn Millionen auf der Strecke bleiben während wenige systematisch immer reicher gemacht werden, sind Grundsätze der Demokratie verletzt.

Ich bin Arbeiter, seit es wieder Kapitalismus in ganz Deutschland gibt. Nach über 17 Jahren im Drei-Schicht-System gehöre ich zu den unmittelbar Betroffenen. Die sozial prekäre Situation in Deutschland gehört zu einem Alltag, den viele KollegInnen mit mir teilen. Das sind harte Fakten und nicht nur heitere Debattenthemen für weltfremde Talkshowteilnehmer.

Volkvertreter will ich sein, der neben Sachverstand seine Glaubwürdigkeit auch aus eigener Betroffenheit und persönlich gemachter Lebenserfahrung bezieht. Das verspreche ich.

Entlang der verbindlichen Linie unserer Programmatik bestimmen sich meine Vorstellungen von einer gerechten Gesellschaft in Deutschland, Europa und in der Welt. Diese Hoffnungen erfüllen sich aber nur, wenn wir alle zusammenhalten und unsere Partei, Gewerkschaften und soziale Bewegungen an einem Strang ziehen. Interessenvertretung darf nicht auf Parlamentsarbeit beschränkt bleiben und muss alle legalen Widerstandsformen einschließen. Daher werde ich mich nicht mit traditioneller Mandatsausübung begnügen und mithelfen bei der notwendigen Bündelung und Organisation gemeinsamer Gegenwehr.

Als Gründungsmitglied der Denkschule für das Solarzeitalter e.V. werde ich mich selbstverständlich für ein nachhaltiges Wirtschaften auf einer sozialen Basis stark machen.

Meine Genossinnen und Genossen im Kreisverband Bodensee haben sich für mich als Direktkandidaten im Wahlkreis entschieden. Sie haben mich gemeinsam mit den Kreisverbänden Ravensburg und Sigmaringen zu einer Kandidatur für Platz 6 der Landesliste aufgefordert, damit auch DIE LINKE der Region Oberschwaben ohne weite Wege unmittelbar in Berlin präsent sein kann.



Herbert Wilzek, KV Biberach. Fachliche Qualifikationen: Beruflich beschäftigt mich als Personalrat eines großen landeseigenen Gesundheitsbetriebs seit 20 Jahren die Gesundheits-, Wirtschafts- und Sozialpolitik. Es gelang in dieser Zeit im Rahmen zweier Rechtsformänderungen viele Forderungen der Beschäftigten, wie z.B. Verhinderung der Privatisierung,

Stärkung demokratischer Strukturen, im Landtag durchzusetzen und den Betrieb im Tarifvertrag der Länder zu halten.

Als Sohn einer Arbeiterfamilie, Ehemann einer Grundschulrektorin, Vater dreier Töchter ist für mich Bildungsgerechtigkeit ein wichtiges Thema. Seit meiner Kriegsdienstverweigerung engagierte ich mich gegen jede Form militärischer Konfliktlösungen. In Biberach kooperieren wir eng mit der örtlichen Friedensgruppe.

Fähigkeiten zu kommunikativem Verhalten und öffentlichem Auftreten: Unsere langfristigen Erfolge bei innerbetrieblichen Auseinandersetzungen, politischen Entscheidungen

des Landes und Arbeitskämpfen belegen meine kommunikativen Fähigkeiten. Als WASG Landtagskandidat trat ich im Kreis Biberach bereits sehr erfolgreich öffentlich auf. Seit 20 Jahren arbeite ich ständig an verschiedenen Publikationen, wie Betriebs-, Personalrats-, Vertrauensleute-Zeitung, PR-Infos, Veranstaltungsberichte, Internetseite unseres Kreisverbandes.

Beruflicher Werdegang: Dipl.-Ing., Dipl.-Psych., Betriebswirt, seit 1990 Personalratsvorsitzender, Mitglied im Aufsichtsrat an den Südwürttembergischen Zentren für Psychiatrie (3200 Mitarbeitende).

Bisherige politische Arbeit und Anerkennung: Seit meiner Jugendzeit bin ich politisch aktiv: Gewerkschaftsbeitritt 1971, Studentenparlament, langjähriger gewerkschaftlicher Vertrauensleutesprecher, Fachbereichsvorstand der ehemaligen ÖTV, DGB-Biberach. Kommunalpolitisches Engagement in Bad Schussenried, SPD-Kreisvorsitzender, Landtagskandidatur für die WASG.

Den Prozess der linken Parteibildung habe ich sehr aktiv unterstützt: Gründungsauftrag, Teilnahme am Gründungskongress der Wahlalternative, Mitglied im Verein WASG, Regionalkoordinator der WASG in Oberschwaben, Kreisvorsitzender des Vereins und später der Partei WASG im Kreis Biberach, Delegierter des Gründungsparteitags der Partei DIE LINKE. und seit Bestehen des Kreisverbandes Biberach dessen Vorsitzender.

Geschlechterdemokratie befürworte ich aus Überzeugung. Die Geschlechter-Quotierung von Listen hat sich in meinem Erfahrungsumfeld bestens bewährt. In unserem Personalratsgremium liegt der Frauenanteil bei fast 50%, in unserer Familie bei 80%.

Schon in der Vergangenheit habe ich mehrfach an die Partei gespendet. Das werde ich als Mandatsträger selbstverständlich auch tun. Ein Wahlkreisbüro würde ich sehr gerne unterhalten und personell gut ausstatten, denn dies wäre ein weiterer wichtiger Schritt bei der Entwicklung unserer regionalen Strukturen.

Auch deshalb sollte die Region von Ulm bis zum Bodensee auf der Landesliste aussichtsreich vertreten sein.

Für weitere Listenplätze bewerben sich:



Antje Claaßen, KV Zollernalbkreis.

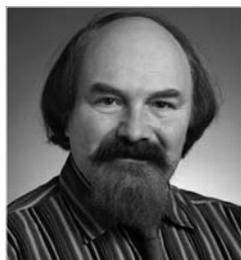
Ich bin am 24. Mai 1968 in Usingen (Hochtaunus) geboren. In Altdorf und München auf die Schule gegangen, habe in Ansbach mein Fachabitur im Fach Sozialwesen abgelegt und in Nürnberg Sozialpädagogik mit dem Schwerpunkt Resozialisierung studiert. Diplom-Sozialpädagogin mit der Abschlussarbeit: „Die Grundgesetzänderung des Art.16 GG und ihre Auswirkungen auf asylsuchende Flüchtlinge in Deutschland“.

Selbstständige Persönlichkeitsberaterin. Mitglied bei Pro Asyl. Seit 2008 Mitglied der Partei DIE LINKE und kandidiere für den Kreisverband Zollernalb für ein Direktmandat im Deutschen Bundestag.

Ich will einen tatsächlichen Nachteilsausgleich behinderter und pflegebedürftiger Menschen wie das Recht auf selbstbestimmte persönliche Assistenz, unabhängig von den persönlichen Vermögensverhältnissen. Chancengleichheit am Arbeitsmarkt; Beseitigung der Möglichkeit von Firmen, sich „freizukaufen“. Förderung der Gemeinden bei Schaffung einer barrierefreien Infrastruktur. Förderung alternativer Wohnprojekte alter und pflegebedürftiger Menschen, wie z.B. „Senioren-WGs“. Wiedereinführung einer bedarfsdeckenden Erwerbsunfähigkeitsrente. Eine grundsätzlich andere Ausländer- und Asylpolitik: Die Abschaffung der „sicheren Drittstaatenregelung“; die Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylbewerber sowie deren gleichberechtigte und menschenwürdige Teilhabe am gesellschaftlichen Leben; das hätte zur Folge, dass Ghettoisierung und Ausgrenzung verhindert wer-

den sowie Kosten reduziert werden können, da die Menschen die Chance erhalten, sich um ihren Lebensunterhalt selbst kümmern zu können; die Einführung eines bedarfsdeckenden bedingungslosen Grundeinkommens statt Hartz IV, finanziert durch Kapital- / Vermögensbesteuerung und eingesparte Rüstungskosten. Die vollständige Gleichstellung aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, sexueller Orientierung, Herkunft, sozialer Stellung sowie Glaubenszugehörigkeit. Ich trete entschieden gegen Rassismus und Neofaschismus / Rechtsradikalismus ein. Den Ausstieg aus Militärbündnissen sowie die Abschaffung der Bundeswehr. Den Ausschluss von Unternehmen, die Kriegswaffen entwickeln, herstellen oder davon profitieren, von öffentlichen Aufträgen.

Ich werde mich auch als Mandatsträgerin der LINKEN aktiv für eine sozialere Politik in unserem Land einsetzen. Zusammen mit Initiativen und Betroffenenengruppen das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben einfordern. Im Fall meiner Wahl einen angemessenen Mandatsträgerinnenbeitrag für die LINKE spenden sowie ein Wahlkreisbüro in der Region Süd-württemberg unterhalten.



Jochen Findeisen, KV Esslingen kandidiert für den Wahlkreis 263 (Kirchheim-Nürtingen zzgl. Waldenbuch und Steinenbronn). Er ist der Pressesprecher des Kreisverbandes Esslingen der LINKEN, den Kreisverband der Vorgängerorganisation, der WASG, hat er mitbegründet. Der am 19.2.1948 geborene Jurist (verheiratet, zwei Kinder) wohnt in 72667 Schlaiddorf und

arbeitet bei einer Versicherungsgesellschaft. Er ist dort langjähriges Betriebsratsmitglied, Sprecher der dortigen Verdi Betriebsgruppe und nimmt bei Verdi weitere Funktionen wahr.

Findeisen sagt: „Wir müssen drauf achten, dass die Finanzkrise nicht dazu missbraucht wird, den Lohnabhängigen weitere Lohneinbußen abzupressen. Das Gejammer um die schwache Inlandsnachfrage ist verlogen, da es hauptsächlich von denen angestimmt wird, die den Niedriglohnsektor ausgedehnt haben und Zurückhaltung bei den Löhnen und den Renten predigten. Wir brauchen gesetzliche Mindestlöhne und die Rückkehr zur alten Rentenformel – nur das belebt nachhaltig die Konjunktur!“ Selbst nicht mehr sehr weit vom Rentenalter entfernt, tritt er für Renten ein, von denen jeder gut leben kann. Er wendet sich dagegen, den Leuten mit dem „demografischen Faktor Angst zu machen“- „Voraussetzung für gute Renten sind vor allem gute Löhne!“ In der Rentenfrage teilt der Sozialverband VdK größtenteils Einschätzungen und Forderungen der LINKEN. Findeisen ist Vorstandsmitglied der VdK Ortsgruppe Altenriet/Schlaiddorf. Weiter ist er aktives Gemeindeglied der evang. Kirchengemeinde in seinem Heimatort und pflegt vielfältige Kontakte zu sozial und ökologisch aktiven Christen.

Findeisen wuchs in Kirchheim /Teck auf, wo er bereits als Student die erfolgreiche Bürgerinitiative „Rettet die Altstadt“ mitbegründete. Erhalt und Studium des kulturellen Erbes unserer Heimat sind dem, wie er sagt, „Hobbyhistoriker“, ein Anliegen, das er auch vom Schwäb. Albverein gepflegt sieht und dem er deshalb als Mitglied angehört. Er war Initiator des erfolgreichen Aktionsbündnisses gegen Genmaisbau. Dieses Bündnis organisierte starken, öffentlichen Druck gegen die im Auftrag des Agro-Multis Monsanto von der Fachhochschule Nürtingen durchgeführten Versuche mit freigesetztem Genmais. Die Versuche wurden eingestellt! Als Mitbegründer von ATTAC Nürtingen organisierte er Veranstaltungen zur EU-Verfassung. Findeisen meint: „Wir brauchen ein Europa, das nicht nur ein starker Wirtschaftsraum ist sondern in dem auch gewerkschaftliche Rechte im grenzüberschreitenden Dienstleistungsverkehr und gesetzliche Mindestlöhne gelten!“ Die weitere Privatisierung der Bahnen, der Energieversorgung

und anderen Unternehmen der Daseinsfürsorge lehnt er auch in der EU genauso ab, wie die Etablierung der EU als Militärmacht. „Die neoliberale Wirtschaftsdoktrin ist bankrott und mit ihr eine Politik, die sich zum Lakaieren der deregulierten Finanzmärkte machte“ stellt er fest. „DIE LINKE. folgt dem Ziel einer nachhaltigen Politikgestaltung, die einen fairen Ausgleich von sozialen, ökologischen und wirtschaftlichen Interessen sucht!“



Rainer Hauenschild, KV Esslingen.

Direktkandidat Esslingen, Sprecher DIE LINKE.Plochingen. Geboren bin ich am 11.2.1968 in Plochingen, geschieden, ein Sohn, von Beruf Werkschutzfachkraft. Nach meinem Schulabschluss bin ich durch die Berufsbranchen Einzelhandel und Krankenpflege gewandert. Seit 1994 bin ich in der Sicherheitsbranche tätig, wo

ich lange Jahre als Personenschützer und Privatermittler tätig gewesen bin. 2004 habe ich letztendlich noch die Prüfung zur Werkschutzfachkraft vor der IHK abgelegt. Als Werkschutzfachkraft bin ich tätig für eine internationale Sicherheitsdienstfirma. Innerhalb der Firma bin ich Ersatzbetriebsratsmitglied, Einsatzleiter bei Veranstaltungen sowie verantwortlich für ein Objekt unseres Kunden.

Politisch möchte ich mich einsetzen für einen Mindestlohn, Abschaffung von Zeitarbeit und 1 Euro Jobs, Sozialtickets für Bus und Bahn, Sozialpässe für Bedürftige, Abzug der Bundeswehr aus Afghanistan. In folgende Projekte bin ich bereits aktiv Forderung eines Sozialpass für Plochingen, Sozialticket-Initiative im Kreisverband Esslingen, linke Politik in den Gemeinderat von Plochingen. In meinem Heimatlandkreis Esslingen möchte ich mich für die Jugend und Senioren einsetzen Ausbau und Förderung von Jugendzentren und betreutes Wohnen. In der Heimat (Kijabe) meiner zukünftigen Frau werde ich mich für Förderprojekte einsetzen. Mitgliedschaften: DIE LINKE., Gewerkschaft Verdi, im Vorstand des Verdi Ortsverein Esslingen-Filder, FV 1911 Plochingen sowie im Freundeskreis der Pfadfinder Plochingen. Ich habe mich für den Listenplatz 10 der Landesliste beworben und bitte die Mitglieder des Landesverbandes um Unterstützung.



Werner Jourdan, KV Ortenau.

Theologe und Journalist (53), aufgewachsen in einer Waldenserfamilie genau an der Grenze zwischen Württemberg und Baden. Ausbildung zum evangelischen Pfarrer, später zum Zeitungs-, Zeitschriften und Hörfunk-Redakteur (unter anderem Heilbronner Stimme, iwz, Motorpresse Stuttgart), derzeit verantwortlicher Redakteur der Links-

zeitung und Leiharbeiter zum Billiglohn. Aktiv in Friedensbewegung und Gewerkschaft, Mitglied bei Verdi seit 1975, WASG- und später Linke-Mitglied seit 2004 und Mitglied im Sprecherrat der Linken in Lahr (Schwarzwald) seit 2008.

Warum wird ein Mensch Sozialist? Auf diese Frage hatte der Theologe und Sozialist Helmut Gollwitzer (1908-1993) eine recht einleuchtende Antwort: „Ein Mensch wird Sozialist, weil er entweder durch die Schäden des gegenwärtigen Gesellschaftssystems selber schwer getroffen ist oder weil er sich mit diesen Betroffenen identifiziert, aus moralischen Motiven oder aus rationaler Einsicht in die Dringlichkeit revolutionärer Veränderung oder aus beidem.“

Gollwitzer, der vor wenigen Wochen erst 100 Jahre alt geworden wäre, hat mich in den siebziger Jahren als mein theologischer Lehrer, als aufrechter Mensch und gerade auch als hoffender Sozialist geprägt wie kein zweiter. Noch mehr als die Frage, ob Christen Sozialisten sein können, beschäftigte

ihn und damit auch mich die Frage: „Kann man als Christ das gegenwärtige Gesellschaftssystem samt der ihm zugrunde liegenden Wirtschaftsordnung bejahen und verteidigen oder muss das für einen Christen nicht unerträglich sein?“

Unerträglich war vieles seither. Angefangen damit, dass auf die Friedenspolitik Willy Brandts der von der SPD getragene Beschluss zur Nachrüstung von Atomraketen folgte. Weiter ging es mit steten Rückschritten in Politik und Gesellschaft während der Kohl-Ära, dem Beitritt der neuen Länder zur BRD, der ja wohl eher eine Kolonialisierung des Ostens als eine Vereinigung war, dem ersten Krieg, der wieder von deutschem Boden ausging und das unter einem Außenminister der Grünen, und – das war nun allerdings der Gipfel – mit dem größten Sozialraub, den man sich vorstellen konnte, unter Rot-Grün und dem Applaus von Union und FDP.

Dabei war Hartz IV, wie zu erwarten, weit mehr als eine misslungene Arbeitsmarktreform. Hartz IV mit seinen Rückgriffen auf die Arbeitsmarktpolitik der Nazis ist der Schlüssel zum Verständnis von vielen aktuellen Veränderungen zum Schlimmen. Hartz IV bedeutet Zweckrassismus statt Solidarität, Kastenwesen statt Armutsbekämpfung, Lohndrückerei statt Wohlstand für alle – und es bedeutet für Millionen erhebliches Leid und das Ende von Hoffnung.

Vielleicht ist Hartz IV auch das Ende der SPD, keinesfalls aber das Ende des demokratischen Sozialismus – und deshalb stellt sich für mich die Frage, ob Linke ins Parlament sollen oder besser draußen bleiben, so wenig wie die Frage, ob ich als Christ Sozialist sein darf. Ich muss es einfach – nicht unbedingt ins Parlament, aber Sozialist sein.



Stephan Lorent, KV Tübingen. Geboren am 15. August 1961. Wohnort: Tübingen; Beruf: Wirtschaftsinformatiker.

Politische Erfahrungen: seit 1978 in der Behindertenbewegung in Bonn tätig; von 1983 bis 1987 Mitglied im allgemeinen Studentenausschuss (AStA) für den MSB-Spartakus; von 1983 bis 1990 in der studentischen Behindertenbewegung tätig; von 1987 bis heute in der Tübinger Behindertenbewegung; seit 2006 Mitglied der PDS, heute DIE LINKE; seit 2006 in der BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“; seit 2007 Mitglied im Kreisvorstand Tübingen; 2008 Gründung der LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“

hinderertenbewegung tätig; von 1987 bis heute in der Tübinger Behindertenbewegung; seit 2006 Mitglied der PDS, heute DIE LINKE; seit 2006 in der BAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“; seit 2007 Mitglied im Kreisvorstand Tübingen; 2008 Gründung der LAG „Selbstbestimmte Behindertenpolitik“

Allgemeines: In Bundesrepublik Deutschland leben 8,6 Millionen Menschen mit körperlichen, geistigen und psychischen Behinderungen. Wenn wir die nächsten Angehörigen und die pflegenden Personen hinzu zählen, so sind zirka 20 bis 25% der Bevölkerung in Deutschland von Behinderungen direkt oder indirekt betroffen. Angesichts dieser Zahlen ist eine emanzipatorische Politik, Nichtausgrenzung von Minderheiten, eine logische Folgerung. Ich möchte hier ausdrücklich festhalten: Wir Menschen mit Behinderungen können nicht nur trotz, sondern gerade wegen unserer Behinderungen zu einer funktionierenden solidarischen Gesellschaft beitragen. Wir sind nur das sichtbare Beispiel dafür, dass jeder Mensch körperliche, geistige und psychische Stärken und Schwächen besitzt. Gerade deshalb hat jeder Mensch ein Recht auf einen Platz in der Mitte einer solidarischen Gesellschaft. Behindertenpolitik ist eine Querschnittsaufgabe für alle Politikfelder. Wir wollen diese Querschnittsaufgabe mit Inhalt füllen und in alle Politikfelder hineinragen. Behindertenpolitik ist keine Klientelpolitik. Auch viele andere Personengruppen profitieren von Veränderungen, die ein gemeinschaftliches Leben von Menschen mit Behinderungen in dieser Gesellschaft erleichtern. Diese einzelnen Personengruppen können und müssen wir als Verbündete für unsere Forderungen gewinnen.

Politische Ziele: Umsetzung eines Nachteilsausgleichsgesetzes für Menschen mit Behinderungen und anderen

Benachteiligungen. „Eine Schule für Alle“ (Inklusion). Abschaffung von Studiengebühren. Gesetzlicher Mindestlohn 8 bis 10 € (auch in Werkstätten für Menschen mit Behinderungen; Entkoppelung von Grundsicherung und Entlohnung in WfbM). Recht auf politischen Streik. Mindestrente (mindestens Existenzminimum 978 €). Abschaffung der Hartz IV Gesetze. Abschaffung der zwei Klassenmedizin (Abschaffung der privaten Krankenversicherungen). Vergesellschaftung der öffentlichen Daseinsfürsorge (Banken, Gesundheit, Energie, ÖVPN, Grundnahrungsmittel, Müllentsorgung). Barrierefreiheit und Erweiterung des öffentlichen Nahverkehrs (weg mit Stuttgart 21). Keine Kriegseinsätze der Bundeswehr (Abschaffung der Bundeswehr). Demokratie stärken (Volksbegehren, Volksentscheid, Bürgerhaushalte auf kommunaler Ebene). Verbot der NPD.



Norbert Masson, KV Baden-Baden/Rastatt. Elektro-Meister, Elchesheim-Illingen. Liebe Genossinnen und Genossen, ich bewerbe mich um einen Listenplatz für die Bundestagswahl 2009 auf der Landesliste.

Zur Person: Ich bin 51 Jahre alt und ledig. Nach Abschluss der Hauptschule habe ich eine Ausbildung zum Elektroinstallateur absolviert und 1987

meinen Meister gemacht. Ich arbeite seit meiner Ausbildung im selben Betrieb, bin dort inzwischen auch im Betriebsrat. Ehrenamtlich bin ich in der IG Metall seit 1979 tätig, Mitglied bin hier seit 1978. Funktionen sind zurzeit, Vorsitzender des Orts Handwerks Ausschusses, Mitglied der Tarifkommission Elektro-Handwerk und Ortsvorstandmitglied. Andere Funktionen nehme ich war, als Mitglied des Regionalbeirates der IKK in Mittelbaden sowie in der Handwerkskammer Karlsruhe im Berufsbildungsausschuss und der Vollversammlung. Bei der letzten Kommunalwahl war ich als Parteiloser auf der Liste der Orts-SPD meines Heimatortes. Im Kreisverband Baden-Baden/Rastatt bin fast seit Beginn Mitglied und seit WASG-Zeit Schatzmeister.

Politisch liegen mir die Themen Bildung und gerechte Bezahlung von Arbeit am Herzen. Im Parlament sind schon viele Kompetenzen vorhanden, eine jedoch vermisse ich, die, der Basis. Diese will ich mit einbringen.



Reinhard Neudorfer, KV Rems-Murr. Geboren und aufgewachsen in München, daher geeignet als Kompromiss zwischen Baden und Württemberg, seit 32 Jahren wohnhaft in Waiblingen, meine Frau (auch in der LINKEN) kommt aus Südbaden. Als Diplom-Verwaltungswirt (FH) war ich viele Jahre bei der Bundesagentur für Arbeit als Berater für berufliche Rehabilitation von behinderten Jugendlichen tätig. Seit kurzem bin ich arbeitslos und nähere mich der Rente.

Politischer Werdegang: In der Studentenbewegung und der außerparlamentarischen Opposition der „68er“, 1970 GEW-Mitglied, 1971 Marxistischer Studentenbund Spartakus, 1972 bis 1989 DKP-Mitglied, Unterstützer der Reformströmung, 1990 Mitglied der PDS (Funktionen auf Landesebene); Mitglied im bisherigen Landesvorstand DIE LINKE, einer der zwei Kreisvorstandssprecher Rems-Murr (z.Zt. kommissarisch). Ich gehöre keiner Strömung der Partei an; u.a. deshalb weil ich andere Aufgaben für dringlicher halte und mir dann die Zeit dafür nicht mehr reichen würde. Mitglied im Vorstand von Verdi im Rems-Murr-Kreis Mitglied im Kreis- und Landesvorstand der VVN-Bund der AntifaschistInnen, Mitglied als Gewerkschaftsvertreter im Fachbeirat des Landkreises

gegen Rechtsextremismus; Sprecher des kommunalpolitischen Forums Baden-Württemberg. Mitarbeit in der AG Betrieb und Gewerkschaft, der AG Bildung des Landesverbandes und bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung Baden-Württemberg. Ferner mache ich bei ATTAC mit und bei der Alternativen Liste, einem parteiübergreifenden kommunalpolitischen Bündnis, das ich mitgegründet habe. Als stadtbekannter PDS-Aktivist habe ich bei der OB-Wahl in Waiblingen 2001 4,5% der Stimmen erreicht, was damals (so ändern sich die Zeiten!) als großer Erfolg galt.

Als wichtigste Aufgabe sehe ich die kommunale Verankerung der Partei an, nicht nur im Hinblick auf die Kommunalwahlen und Regionalparlamentswahl Stuttgart, sondern als grundlegende Aufgabe auch außerhalb von Wahlzeiten! Die Vorbereitung der Regionalparlaments-Wahl koordiniere ich im Auftrag des Landesvorstands. 2007 und verstärkt 2008 habe ich mich in vielen Veranstaltungen der Kreisverbände vor Ort für die Diskussion der kommunalpolitischen Themen eingesetzt. Am Leitfaden für die Kommunalwahl habe ich mitgearbeitet. Die kommunalpolitische Orientierung der Partei möchte ich auch gerne auf der Bundesebene fördern. Probleme der Kreise und Kommunen müssen gerade im Bundestag noch mehr zur Sprache gebracht werden. Hier sehe ich ebenso wie beim Thema Antifaschismus ein wichtiges Aktionsfeld für mich. Allgemeinplätze wofür oder wogegen ich bin, möchte ich hier nicht aufführen, das wissen eh alle, ggfs. einfach rückfragen! Nach meinem Politikverständnis sollte Parteiarbeit zumindest zur Hälfte außerhalb der Partei erfolgen, also in Bündnissen und in außerparlamentarischen Aktionen. Dies setze ich in meiner täglichen Arbeit vor Ort um. Auch in einer Abgeordnetentätigkeit wäre der Bezug zur Basis für mich wichtig.



Heide Ramme, KV Böblingen. Ich wurde 1939 in Köln geboren und wuchs dort auch auf. Seit 1984 wohne ich in Baden-Württemberg, seit zwölf Jahren in Herrenberg. Ich besitze den Kaufmannsgehilfenbrief. Als Sozialversicherungsfachfrau arbeitete ich zehn Jahre bei einer gesetzlichen Krankenkasse. Nach der Geburt meines Sohnes, 1972, studierte ich an

der Universität in Wuppertal Germanistik und evangelisch Theologie. Nach dem Referendariat arbeitete ich als Lehrerin der Sekundarstufe I drei Jahre an einem Gymnasium in Wuppertal, von 1984 bis zu meinem Rentenbeginn an einer Real- und Berufsschule in Sindelfingen. Aus Altersgründen wurde ich nicht verbeamtet. Das Schulamt in Sindelfingen bildete mich zur schulpädagogischen Beraterin und zur Drogenpräventionslehrerin aus. Ich bin Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse (GKV) und erhalte meine Rente von der Deutschen Rentenversicherung Bund. Am 1.3.2008 trat ich in „DIE LINKE“ ein. Im Arbeitskreis „Gesundheit und Soziales“ referierte ich am 18.10.2008 über die Auswirkungen von Agenda 2010. Am 20.11.2008 hielt ich ein Referat im KV Böblingen über den Gesundheitsfonds. Da die Kluft zwischen „Arm und Reich“ durch fehlgesteuerte politische Entscheidungen immer größer wird, sehe ich eine Aufgabe der LINKEN darin, den Menschen, die keine Lobby haben, eine Stimme zu geben, z.B. GKV-Versicherten, Arbeitslosengeld I- und II-Empfängern, Pflichtversicherten in der Deutschen Rentenversicherung Bund und deren Rentenbeziehern sowie den 1,35 Millionen Aufstockern, die wegen der von der CDU-SPD Koalition verweigerten Einführung eines Mindestlohnes Zuschüsse durch die Arbeitsagentur erhalten müssen, um überhaupt leben zu können. Die Gesetze aus den Jahren 1989 bis 2004 sowie durch Agenda 2010 zu Lasten der GKV-Versicherten sind rückgängig zu machen. Versicherte der GKV sind aufzuklären, dass nach dem Stand von 2008 zur Entlastung

anderer Sozialsysteme und des Staates 45,5 Milliarden Euro der GKV entzogen werden. Bei kostendeckender Abgeltung von Leistungen der GKV an Dritte könnte der Beitragssatz um mehr als vier Beitragspunkte gesenkt werden. Eine Aufklärungskampagne durch DIE LINKE sehe ich als eine meiner Aufgaben an. 72 Millionen gesetzlich Versicherte stehen 8,6 Millionen mit einer Vollpolice bei Privaten gegenüber. Ziel der LINKEN ist, eine Abschaffung der unsolidarischen Zuteilung der Krankenversicherungen in eine einheitliche Bürgerversicherung für alle.



Lothar Schuchmann, KV Freiburg. Direktkandidat Waldshut, 68 Jahre. Politische Motivation: Als häuslicher Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin im Bereich eines sozialen Brennpunktes in Freiburg sehe ich besonders seit der Hartz-IV-Gesetzgebung eine zunehmende Verarmung und soziale Ausgrenzung von Kindern und ihren Familien mit all ihren negativen Folgen

für die Lebensperspektive dieser Kinder, mit schlechteren Bildungs- und Berufschancen und einem deutlich schlechteren Gesundheitszustand. Zudem werden lohnabhängige Berufstätige in unserem Land immer häufiger unterbezahlt bis zur Ausbeutung, hin und hergeschoben und schließlich in die Arbeitslosigkeit entlassen, während Unternehmer und Aktionäre sich mit Unterstützung neoliberaler Politiker schamlos bereichern. Oligarchen beherrschen unser Land und zerstören durch Privatisierung der Daseinsvorsorge und Ökonomisierung aller Lebensbereiche Gemeinwesen, Sozialstaat und Demokratie. Deutschland führt wieder Kriege, obwohl diese Art von „Problemlösung“, die darin besteht, möglichst viele Menschen zu vernichten und ihre Häuser zu zerstören, ebenso unglaublich primitiv wie vollkommen erfolglos ist – und dies schon seit der Steinzeit. Haben wir wirklich nichts dazu gelernt? Als Kind hörte ich den Slogan Adenauers: „Die Hand soll verdorren, die je wieder ein Gewehr ergreift“ – davon sind wir schon wieder weit abgekommen. Warum eigentlich sollen unsere Söhne für fremde Händel sterben? Dies alles erzeugt meinen anhaltenden Zorn; wir fordern eine andere Politik, für die Menschen statt für Profite, für ein sozial gerechtes Wirtschaftssystem, für Rüstungskontrolle und gegen die aktuelle Kriegspolitik.

Politischer Lebenslauf: SPD-Mitglied von 1967 bis 1993 in den Ortsvereinen Karlsruhe, Freiburg und Garmisch-Partenkirchen mit Funktionen auf Orts- und Kreisebene. 1993 Austritt aus der SPD als Reaktion auf die damals geänderte Asylgesetzgebung – dies im Hinblick auf meine jahrzehntelange aktive Mitarbeit bei Amnesty International. Nach kurzer passiver Mitgliedschaft bei der Partei Die Grünen seit Juli 2004 WASG-Mitglied, ab März 2005 im Freiburger WASG-Vorstand, seit Juli 2007 im Vorstand der LINKEN (Sprecher). Initiator der LAG Gesundheit und Soziales seit 2005, Mitglied der BAG für Gesundheit und Soziales seit 2008. Mitarbeit bei der Freiburger Bürgerbewegung „Wohnen Ist Menschenrecht“ (WIM).

Politische Fachgebiete: Gesundheitswesen (einschließlich Forschungspolitik), soziale Situation von Familien, Kinder und Jugendlichen, Menschenrechte (einschließlich Kinderrechte), Asyl- und Friedenspolitik. Soziale Aktivitäten: Seit 1974 Mitglied von AI, lange Zeit aktiv bei Urgent Actions (UA), seit 1997 Vorsitzender des Deutschen Kinderschutzbundes (KSB), Ortsverband Freiburg und Breisgau-Hochschwarzwald, hier verantwortlich für die Programme „Schulsozialarbeit“, „Soziale Prävention und Gesundheit“ sowie „Kinderschutz durch Elternbildung“. Berufspolitik: Mitglied des Marburgs Bundes 1967 bis 1984, Obmann im Berufsverband der Kinderärzte für den Bezirk Freiburg und Baden-Süd von 1991-2003.

DIE LINKE.

BADEN-WÜRTTEMBERG

Landesgeschäftsstelle

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart. Tel.: 0711-241045, Fax: 0711-241046. info@die-linke-bw.de, www.die-linke-bw.de. Dienstag bis Freitag, 10 Uhr bis 17 Uhr

Geschäftsführender Landesvorstand

DIE LINKE. Baden-Württemberg, Landesvorstand, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart
Bernard Riexinger, Tel.: 0711-639711, eMail: BRiexinger-Linke@web.de
Bernhard Strasdeit, Telefon: (07071)-21534, Mobil: 0171-1268215, Fax: (07071)-23946, eMail: strasdeit@t-online.de
Dorothee Diehm, mobil: 0160-5330030, eMail: dorothee.diehm@igmetall.de
Sabine Rösch-Dammenmiller, Tel.: 07332/ 4988, mobil: 0162- 9231196, eMail: roeda@gmx.de
Sybille Stamm, Tel.: 0711/ 2573671, mobil: 0170-2138651
eMail: Sybille.Stamm@t-online.de

Landesschatzmeister

Christoph Cornides, Briefe bitte: c/o DIE LINKE. Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Telefon (0621)331650, Fax (0621) 331656, christoph.cornides@t-online.de

Landesschiedskommission

Anträge und Stellungnahmen an die Landesschiedskommission bitte über die Postadresse des Landesverbandes.

Spenden und Beiträge

DIE LINKE. Baden-Württemberg
Postbank Stuttgart, BLZ 600 100 70
Konto 289582700

Kontakte zu den Kreisverbänden der LINKEN

Baden-Baden/Rastatt

Dieter Hitscherich, 76532 Baden-Baden, 07221-991592, der.hit@web.de

Biberach

Herbert Wilzek, 88427 Bad Schussenried, 07583/1451, herbert.wilzek@gmx.de, www.die-linke-biberach.de

Bodensee

Gottfried Heil, Tel.: 07541/55097, Mail: gottfried.heil@dielinke-bodensee.de, www.dielinke-bodensee.de

Böblingen

Harry Ladwig, Tel.: 07152/52368, Mail: post@linke-bb.de, Net: www.linke-bb.de

Breisgau/Hochschwarzwald

Louis Runge, Postfach 1162, 79419 Heitersheim, Tel.: 07634/507750, dielinke-breisgau@t-online.de;

Calw

Hans-J. Drebber, Forststr. 42/1, 75382 Althengstett, Tel.: 07051/3516, Mail: allpro-handel@web.de

Emmendingen

Alexander Kauz, August-Faller-Str. 7a, 79183 Waldkirch, Tel: 07681-23143, Mail: info@die-linke-emmendingen.de

Esslingen

Bernd Luplow, Jahnstr. 31, 73779 Deizisau, Tel.: 07153/ 25983, Mail:bluplow@web.de

Freiburg

DIE LINKE. Freiburg/Regionalbüro, Greifeneggring 2, 79098 Freiburg, Tel: 0761-4510292, Mail: info@dielinke-freiburg.de, Net: www.dielinke-freiburg.de

Freudenstadt

Hans-Ulrich Büniger, Sandgrube 15, 72270 Baiersbronn, Tel.: 07442/120961, Mail: hubuenger@gmx.net

Göppingen

Sabine Rösch-Dammenmiller, 73111 Lauterstein, 07332/4988, Mail: roeda@gmx.de

Heidelberg / Rhein-Neckar

Heinrich Müller, Hinter der Mühle 15, 69226 Nußloch, Tel.: 06224/16937, mobil: 0177 4008790, Mail: henri.mueller@online.de, Net: www.dielinke-hd-rn.de

Heidenheim

Hasan Cildir, 89522 Heidenheim, 07321-22 975, die.linke.kv.hdh@web.de

Heilbronn

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de, Johannes Müllerschön, Alte Saline 1, 74254 Offenau, Tel. 07136-4280, heilbronn@linkspartei-bw.de.

Hohenlohe /Schwäbisch-Hall

Ernst Kern, Ernst-Schmid-Str. 7, 74653 Ingelfingen, Tel.: 07940/ 7994 , Mail: Ernst-Kern@gmx.de.

Jochen Dürr, Zur Hohen Waag 12, 74523 Schwäbisch Hall, Tel (0791) 5 4118, Fax (07 91) 55178, Mail: jochenduerr@freenet.de

Karlsruhe

DIE LINKE. Karlsruhe, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Mail: info@dielinke-ka.de, www.dielinke-ka.de, Tel: 0721-35489342

Konstanz

Jürgen Geiger, Kindlebildstr. 10A, 78467 Konstanz, eMail: die-linke-konstanz@gmx.de

Lörrach

Günter Gent, 79650 Schopfheim, eMail: g.gent@freenet.de
Brigitte Tondar-Sigl, 79677 Schönau, eMail: Brigitte.Tondar-sigl@gmx.de

Ludwigsburg

Hans-Jürgen Kemmerle, 71642 Ludwigsburg, 07141/57320, kemmerle_ludwigsburg@yahoo.de, Ursula Genswürger, Ludwigsburg, Tel.: 07141/ 58209, eMail: u.genswuerg@gmx.de

Main-Tauber

Rolf Grüning, 97941 Tauberbischofsheim, Tel. 09341/600366, Mail: rechtsanwalt-Gruening@t-online.de

Mannheim

Regionalbüro Mannheim: B2 14, 68159 Mannheim. Kreisverband: Tel.: 0621/1227218 (mit AB) Mail

Thomas Trüper, Am Brunnengarten 24, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/303695, Mail: ttrueper@aol.com. Marianne Marten, Lutherstr. 15, 68169 Mannheim, Tel.: 0621/312681, Mail: marten.m@online.de

Neckar-Odenwald-Kreis

Burkhard Malotke, In der Heinrichsburg 12/6, 74821 Mosbach, Tel 06261-617000, eMail: Burkhard.Malotke@gmx.de

Ortenau

Thomas Heidt, 77855 Achern, Tel.: 07841/280138, tom-andi@t-online.de; Karl-Martin Matt, Weidenstr. 30, 77871 Renchen, Tel.: 07843-84146, druckwerkstatt-renchen@t-online.de

Ostalb

Roland Hamm, 73431 Aalen, 07361-35945, roland.hamm@gmx.de,

Pforzheim

Claus Spohn, 75177 Pforzheim, 07231/359230, claus.spohn@online.de

Ravensburg

Mirco Kolarcik, Tel.: 0751/ 94843, Mail: info@linkspartei-ravensburg.de, Net: www.linkspartei-ravensburg.de

Rems-Murr

Claudia Howeg, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151/ 965469, eMail: arneclaudiahoweg@arcor.de

Stephan Schwarz, 71409 Schwaikheim, eMail: BesterChecker007@aol.com

Reutlingen

Petra Braun-Seitz, 72768 Reutlingen, Tel.: 07121/ 600289, eMail: p.braun-seitz@t-online.de

Johann Eller, 72829 Engstingen, Tel.: 0152-08789173, eMail: J.Eller@gmx.de

Schwarzwald-Baar-Heuberg

Enikö Riek-Nagy, Rottweil, Mail: enikoe.riek-nagy@arcor.de, Paul Wachter, Tuttlingen, Mail: wachter.tut@web.de, Tel.: 07461/6558

Sigmaringen

Rainer Kaltfofen, Zehntstr.8, 88356 Ostrach, Tel. 07585-935296; Mail: Rainer.Kaltfofen@die-linke-sigmaringen.de

Stuttgart

DIE LINKE. Kreisverband Stuttgart, Marienstr. 3a, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711/72236848, Fax 0711/72236849, eMail: info@die-linke-stuttgart.de;

Tübingen

Dr. Emanuel Peter, 72108 Rottenburg a.Neckar, 07472-42096, emanuelpeter@gmx.de

Ulm / Alb-Donau

Regionalbüro Ost-Württemberg, Lindenstr. 27, 89077 Ulm. Tel.: 0731/3988823, Fax /3988824, eMail: buero-ulm@dielinke-bw.de, mobil über: Walter Kubach, 016090792293.

Waldshut

Paul Barrois, 79733 Görwihl, Tel.: 07754/ 929243, Mail: paul.barrois@web.de, Net: www.die-linke-kv-waldshut.de, Friedrich Gebhard, 79771 Klettgau, mail: ankabafri@t-online.de

Zollernalb

Jochen Lange, Mühlackerstr.13, 72336 Balingen, Tel.: 07433/9978566 oder 0152-05394972, eMail: dielinke.zak@t-online.de

Arbeitsgemeinschaften**AG Antifa**

Reinhard Neudorfer, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151/ 54806, eMail: ckramerneudorfer@onlinehome.de

AG Bildung

Erhard Korn, 71711 Steinheim/Murr, Tel.: 07144-23431, eMail: eukorn@web.de

AG Frieden

Thomas Haschke, 70469 Stuttgart, Tel.: 0711/81477965, eMail: thomas.haschke@gmx.de

AG Frauen

Silvia Ofori, 74523 Schwäbisch Hall, Tel.: 0170/5842439, eMail: Silvia.Ofori@t-online.de

AG Betrieb und Gewerkschaften

Hasso Ehinger, 74078 Heilbronn, 07131/910366, ehinger.hasso@web.de

AG Bürgerrechte und Demokratie

Carsten Labudda, Hölderlinstr. 4, 69469 Weinheim, Tel+Fax: 06201-876758, eMail: carsten.labudda@linkspartei-weinheim.de

AG Erwerbslose und Geringverdiener

Monika Zalewski, 76199 Karlsruhe, mobil: 01520-5117788, eMail: lag.erwerbslose@yahoo.de

AG Gesundheit und Soziales

Prof. Dr. Lothar Schuchmann, 79100 Freiburg i. Breisgau, Tel.: 0761/131516, Fax: 0761/135871, eMail: lothar_schuchmann@gmx.de

AG Queer

Christian Stähle, Tel. 0171/9181900, Mail: queer@die-linke-bw.de

AG Religion

Frank Winkel, Tel.: 07331/824194, Mail: frank_winkel@t-online.de

AG rote reporterInnen

Gregor Mohlberg, Tel: 0721-3548577, eMail: gregor.mohlberg@dielinke-bw.de

AG Selbstbestimmte Behindertenpolitik

Stephan Lorent, Tübingen, Tel. 07071/639426, eMail: slorent@gmx.de

AG Ökologische Plattform

Anne-Maika Rahlfs, Tel.: 0176 22943915, eMail: anne.rahlfs@linkspartei-bw.de
Wolfgang Kämmerer, mail@wolfgangkaemmerer.de

AG Wirtschaftspolitik

Adelbert Ringwald, Tel.: 07682/ 328315, eMail: info@ringwald-elzach.de

Geraer Dialog / Sozialistischer Dialog

Joachim Kayser, Eisenbahnstraße 120, 72072 Tübingen, Tel. 07071-32498

Hochschulgruppen
DIE LINKE.SDS

FREIBURG: edmond@jaegerhome.de
Karlsruhe: daniel.brunns@stud.uni-karlsruhe.de

TÜBINGEN: www.tuebingen.solid-bw.de
HEIDELBERG: heidelberg@solid-bw.de
STUTTGART: stuttgart@solid-bw.de
KONSTANZ: Mirco.Kolarczik@uni-konstanz.de
LANDESKOORDINATION: DIE LINKE.SDS, Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721 35 48 93 41, info@solid-bw.de, www.linke-hochschulgruppen.de

Jugendverband
Linksjugend [‘solid]

Linksjugend [‘solid] Landesgeschäftsstelle
Kreuzstr. 4, 76133 Karlsruhe, Tel: 0721-3548 9341, info@solid-bw.de, www.solid-bw.de

Europabüro
Tobias Pflüger

Hechinger Strasse 203, 72072 Tübingen
Email: mail@tobias-pflueger.de
Tel: 07071-7956981, Fax: 07071-7956981
homepages: www.tobias-pflueger.de, www.linkspartei.pds-europa.de

Linke in Gemeinderäten**Karlsruhe**

Niko Fostropoulos, Die Linke., Haus der Fraktionen, Hebelstr. 13, 76133 Karlsruhe, Tel. 0721-386409, Fax 0721-386410, stadt-rat@pds-karlsruhe.de.

Konstanz

Vera Hemm, Linke. Liste Konstanz, Gartenstr. 33, 78462 Konstanz, vera.hemm@t-online.de

Mannheim

Gudrun Kuch, Linke Liste Mannheim, Tel: 0621/ 293-9585 Fax: 0621/ 293-9595, Rathaus E 5, 68159Mannheim. Öffnungszeiten: Mo bis Do 9-12.30 Uhr und nach Vereinbarung. E-mail: gudrun.kuch@mannheim.de

DIE LINKE.

BADEN - W Ü R T T E M B E R G

Stuttgart

Ulrike Küstler, Die Linke, Rathaus, Marktplatz 1, 70173 Stuttgart, Tel. 0711-2 62 99 51, Fax 0711-2 62 99 52, ulrike.kuestler@stuttgart.de, www.stuttgart.de/die-linke

Tübingen

TÜLL (Tübinger Linke/Linkspartei) in Gemeinderat und Kreistag, Am Lustnauer Tor 4, 72070 Tübingen, www.tuebingen-linke.de. Gerlinde Strasdeit (Stadtträtin) und Bernhard Strasdeit (Kreisrat), Tel. 07071-21534, Fax: -23946, strasdeit@t-online.de • Anton Brenner (Stadt- und Kreisrat), Tel. 07071-40450, Fax: -49992, Mail: AntonBrenner@t-online.de • Bernd Melchert (Stadtträtin), Tel. 07071/78689, Mail: bernd.melchert@walter-ag.de • Edeltraud Horn-Metzger (Stadtträtin), Tel. 07071/23848, Traudel.Horn-Metzger@gmx.de

Bundestagsabgeordnete**Wahlkreisbüro Ulrich Maurer**

Marienstraße 3a, 70178 Stuttgart. Tel. 0711-2293227. Fax: 0711-2293228. ulrich.maurer@wk.bundestag.de. www.ulrich-maurer.de

Wahlkreisbüro Heike Hänsel

Tübingen: Linkes Forum, Am Lustnauer Tor 4, 72074 Tübingen, Tel. 07071/208810, Fax: 07071/208812, info@heike-haensel.de, www.heike-haensel.de
Freiburg: Heike Hänsel MdB, c/o Bürogemeinschaft Freiburger Linke, Greiffenegg-ring 2, 79098 Freiburg, Tel. 0761/4510292 freiburg@heike-haensel.de

Wahlkreisbüro Karin Binder

Kreuzstraße 4, Eingang Zirkelhof, 76133 Karlsruhe Tel: (0721) 3548 575 (mit AB), Fax: (0721) 3548 9396. Mail: karin.binder@wk.bundestag.de, www.karin-binder.de
Mannheim: Karin Binder MdB, B2-14, 68159 Mannheim. Anne Rahlfs Email: mannheim@karin-binder.de, Tel: 0621-4017137

Berlinfahrt des Bundestagsabgeordneten
Ulrich Maurer

Auf Einladung des Bundestagsabgeordneten Ulrich Maurer findet vom 4. Mai bis 7. Mai wieder eine Berlin-Fahrt statt. Das ist eine dreitägige politische Bildungsfahrt, die in Zusammenarbeit mit dem Presse- und Informationsamt der Bundesregierung organisiert wird. Die Fahrt bietet Gelegenheit, die Arbeit des MdB und der Fraktion DIE LINKE. kennen zu lernen. Dazu gibt es ein interessantes politisches Rahmenprogramm mit Besuchen von Mahn- und Gedenkstätten, Stadtrundfahrt und vieles mehr. Fahrt, Unterbringung in Doppelzimmern und Verpflegung werden vom Deutschen Bundestag getragen.

Anfragen oder Anmeldungen bitte ausschließlich über das Wahlkreisbüro des Abgeordneten.

Wahlkreisbüro Ulrich Maurer, Marienstr. 3 A, 70178 Stuttgart. Ansprechpartnerin: Rosemarie Bleicher, Tel.: 0711-2293227, Fax: 0711-2293228, Email: ulrich.maurer@wk.bundestag.de

Veranstaltungen, Termine, Hinweise

■ Freiburg

Linke Kommunalpolitik: Menschen vor Profite mit Herman Schauf, MdL, DIE LINKE Hessen u.a. am Mittwoch, 28. Januar 2009 um 19 Uhr im DGB-Haus, Hebelstraße 10, Freiburg
Wahlplenum der Linken Liste Freiburg: Aufstellung der Kommunalwahlliste. Sonntag, 8. Februar 2009, AWO am Tennenbacher Platz, Freiburg
DIE LINKE KV Freiburg: Deutsch-französische Begegnung mit Gästen der Parti de Gauche aus Besancon. Samstag, 7. März 2009. Ort und Uhrzeit noch offen.

■ Rosa-Luxemburg-Forum

Programm Januar – März

- Mario Candeias: „Finanzkrise = Ende des Neoliberalismus?“ 20. Januar, 20 Uhr, Tübingen, Schlatterhaus, Österbergstr. 2
 - Ingo Elbe: „Marx im Westen. Lesartendes Kapital.“ 28. Januar, 19 Uhr, Stuttgart, Uni Stadtmitte, K1, Keplerstr. 11
 - John Neelsen: „Nahrungsmittelkrise und Menschenrechte.“ 29. Januar, 20 Uhr, Tübingen, Neue Aula, HS 2, Wilhelmstr. 7
 - Ingo Elbe: „Entstehung und Kritik des bürgerlichen Eigentumsbegriffs“ 29. Januar, 20 Uhr, Freiburg, genauer Ort s. Homepage
 - Uli Cremer: „60 Jahre Nato – kein Grund zum Feiern!“ 31. Januar, 10 Uhr, Stuttgart, Forum 3, Gymnasiumstr. 21
 - John Neelsen: „Finanzmarktkrise, Nahrungsmittelkrise und Unterentwicklung.“ 31. Januar, 10 Uhr, Stuttgart, Forum 3, Gymnasiumstr. 21
 - Johannes M. Becker: „Nato, EU-Militarisierung und zivile Alternativen.“ 4. Februar, 20 Uhr, Mannheim, Bürgerhaus Neckarstadt, Lutherstr. 17
 - Reihe Kommunalpolitische Bildung; Seminar in Karlsruhe; „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ – mit Hermann Abmayr. 14. Februar, 10–17 Uhr, Karlsruhe, DGB-Haus, Ettlingerstr. 3a. Anmeldung erforderlich
 - Frigga Haug: „Die 4-in-1-Perspektive: Eine Utopie für Frauen, die eine Utopie für alle ist.“ 26. Februar, 19 Uhr, Stuttgart, Forum 3, Gymnasiumstr. 21
 - Reihe Kommunalpolitische Bildung; Seminar in Stuttgart, „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ – mit Hermann Abmayr. 28. Februar, 10–17 Uhr, Stuttgart, Bürgerräume West, Bebelstr. 22. Anmeldung erforderlich
 - Hans-Peter Waldrich: „Der Markt, der Mensch, die Schule.“ 6. März, 19 Uhr, Stuttgart, Bürgerräume West, Bebelstr. 22
 - Reihe Kommunalpolitische Bildung; Seminar in Ulm zu „Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit“ – mit Hermann Abmayr. 7. März, 10–17 Uhr, Ulm, DGB-Haus, Weinhof 23. Anmeldung erforderlich
 - David Meinenreis: „Kampf ums Öl? Ressourcenkonflikte und die Rückkehr der Geopolitik.“ 13. März, 20 Uhr | Tübingen, Neue Aula, HS 2, Wilhelmstr. 7
 - Hermann Abmayr: „Chinas ArbeiterInnen in Zeiten der Finanzkrise.“ 17. März, 19 Uhr, Stuttgart, Bürgerräume West, Bebelstr. 22
- Weitere Infos unter: www.rlf-bw.de oder per mail: schlager@rosalux.de, Tel. 0711-6936607

ÖKO-KONGRESS STUTTGART

Samstag, 07. Februar 2009

DIE LINKE.
Ökologische Plattform

Stuttgart, DGB-Haus,
Willi-Bleicher-Str. 20

Ablauf und Zeitplan

10.00 - 10.30 Uhr	Begrüßung und Vorstellung der Arbeitsgruppen
10.30 - 11.30 Uhr	Inputreferat: Klimawandel und Klimarisiko Dr. Gerd Schädler, Institut für Meteorologie und Klimaforschung
11.30 - 12.30 Uhr	Ökoprogramm der LINKEN Heike Hänsel (MdB)
12.30 - 13.30 Uhr	Mittagspause
13.30 - 16.00 Uhr	Arbeitsgruppen
16.00 - 16.30 Uhr	Pause
16.30 - 18.00 Uhr	Plenum und Berichte aus den Arbeitsgruppen
18.00 - 18.15 Uhr	Schlusswort Bernd Rixinger Landesvorsitzender

Ganztägig:

Markt der Möglichkeiten und Ausstellung

Wir bitten um rechtzeitige Anmeldung unter:

Mail: oekoplatteform@die-linke-bw.de

Handy: 0176-22943915



frauen
DIE LINKE.
baden württemberg

DAS GEWOHNTE ANDERS MACHEN!

Erster Kongress der Frauen
in der LINKEN
Baden-Württemberg

am 20./21. Februar 2009
im Tagungshotel Esslingen,
Römer Str. 10, 73732 Esslingen am Neckar

Liebe Frauen,

bei unserem ersten Landeskongress möchten wir mit euch gemeinsam eine feministische Initiative in der Linken starten:

- ★ Linke Feministinnen in der LINKEN stärken!
- ★ Gemeinsame Themen und Forderungen diskutieren und vertiefen!
- ★ Frauen in der LINKEN in Baden-Württemberg vernetzen!

Thesen & Themen

- ★ Arbeit ist mehr als ein sicherer Job
- ★ Gewaltfrei gemeinsam kämpfen
- ★ Linke Familienpolitik und Sorgearbeit
- ★ Erziehung & Bildung - Entfaltung für alle
- ★ Frauensolidarität kennt keine Grenzen
- ★ Politik selber machen

Wir diskutieren feministische und linke Standpunkte zu den genannten Themen in Arbeitsgruppen und analysieren Zusammenhänge: Zwischen Krieg und Familie, bezahlter und unbezahlter Arbeit, der weltweiten Achtung der Menschenrechte und dem revolutionären Alltag von Frauen in der LINKEN..

* unter: www.dielinke-bw.de findet ihr:

- Aktuelles zum Abendprogramm und den AGs
- Anfahrtspläne/Abholmöglichkeit
- Neuigkeiten zum Kongress
- Informationen zum Vorbereitungsteam der LAG



**Newsletter
abonnieren**

www.die-linke.de: Hier kann der wöchentlich erscheinende Newsletter mit Informationen der Partei DIE LINKE abonniert werden. Eine Kündigung mit Löschung aller übermittelten Daten ist jederzeit möglich.